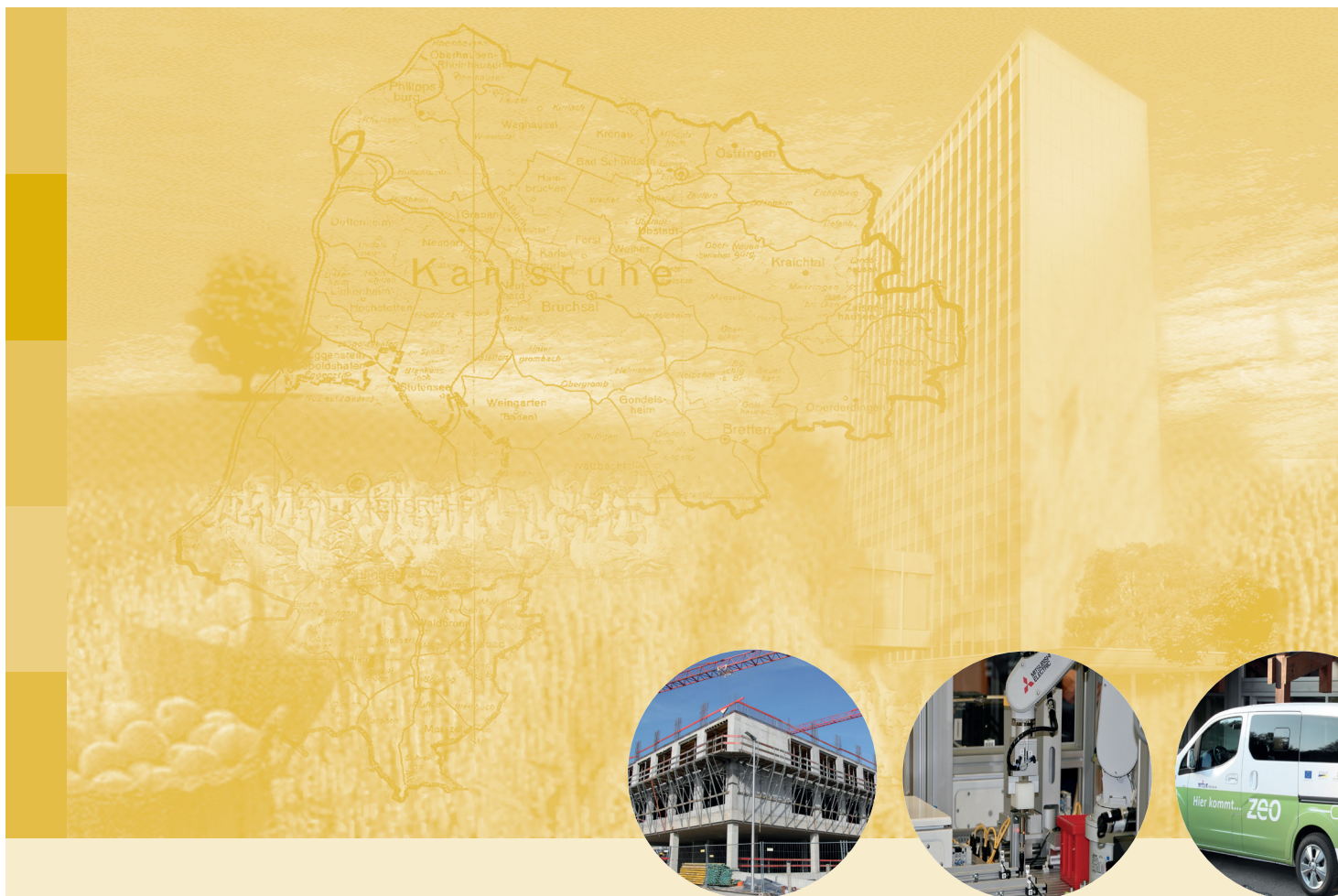




Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr

2017

Landratsamt Karlsruhe
Dezernat II - Kämmerereiamt

BETEILIGUNGSBERICHT DES LANDKREISES KARLSRUHE

Ausgearbeitet auf der Grundlage der Prüfungs- und
Geschäftsberichte 2017

Herausgegeben vom Kämmereiamt des Landratsamtes Karlsruhe

Dezernent: Ragnar Watteroth

Amtsleiter: Gerhard Reitermayer

Fachliche Verantwortung: Abteilung 2 - Haushalt, Beteiligungen

Redaktion: Felicitas Döring und Steffen Bachmann

Herstellung: Hausdruckerei des Landratsamtes Karlsruhe

Landratsamt Karlsruhe
Dezernat II
Kämmereiamt -Abteilung 2-
Beiertheimer Allee 2
Bezugsadresse: 76137 Karlsruhe

Tel.: 0721/936-55160

Fax: 0721/936-55161

Email: kaemmereiamt@landratsamt-karlsruhe.de

Dieser Bericht wurde aus Kosten- und Umweltschutzgründen beidseitig gedruckt.

VORWORT

Mit der Veröffentlichung des jährlichen Beteiligungsberichts kommen wir nicht nur unserer gesetzlichen Verpflichtung nach, sondern bieten den interessierten Einwohnerinnen und Einwohnern des Landkreises auch ein umfassendes Bild der Aktivitäten des Landkreises Karlsruhe im Rahmen seiner wirtschaftlichen Betätigung.

Der Landkreis Karlsruhe erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll war, wurden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts oder Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. Im Jahr 2017 hatte der Landkreis Karlsruhe einen Eigenbetrieb, eine Anstalt des öffentlichen Rechts und war an insgesamt 13 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. Im Rahmen dieser unmittelbaren Beteiligungen entstanden in der Vergangenheit auch mittelbare Beteiligungen, von denen zwei, über die gesetzlich vorgeschriebene Berichtspflicht hinaus, zusätzlich in diesem Beteiligungsbericht dargestellt werden.



Der Landkreis Karlsruhe hat darüberhinaus eine eigene Stiftung, ist an einer weiteren beteiligt und verwaltet eine dritte. Zudem ist er in vier Zweckverbänden vertreten und in einem weiteren Zweckverband Gastmitglied.

Das Aufgabenspektrum erstreckt sich von regional wichtigen Infrastruktureinrichtungen wie zum Beispiel dem Baden-Airpark, dem Breitbandausbau und der Neuen Messe Karlsruhe, über Gesundheits- und Sozialeinrichtungen wie den Kliniken des Landkreises Karlsruhe und der Beschäftigungsqualifizierungsgesellschaft bis hin zu Entsorgungseinrichtungen wie der Abfallentsorgung und der Tierkörperbeseitigung.

Um unsere Asylunterkünfte zukunftsfähig verwalten zu können, hat der Kreistag beschlossen, eine „Anstalt des öffentlichen Rechts“ für diese Tätigkeit zu gründen. Sie wurde im Dezember 2016 eingerichtet und nahm ihre Geschäftstätigkeit zum 01.01.2017 auf. Über sie wird nun erstmalig im Beteiligungsbericht 2017 detailliert informiert.

Im Zuge der institutionellen Weiterentwicklung der TechnologieRegion Karlsruhe wurde die bisherige Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) umgewandelt. Die TRK GmbH wird in diesem Beteiligungsbericht 2017 erstmalig als GmbH aufgeführt. Zum Vergleich zur Vorgängergesellschaft werden die Daten der GbR nachrichtlich weiterhin aufgeführt.

Karlsruhe, im Oktober 2018

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Christoph Schnaudigel'. The signature is fluid and cursive, written over a white background.

Dr. Christoph Schnaudigel
Landrat

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a. D.	außer Dienst
Abs.	Absatz
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club
AfA	Absetzung für Abnutzung (Abschreibungen)
AWB	Eigenbetrieb Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe
BTG	Baden-Airpark-Beteiligungsgesellschaft mbH
BAG	Baden-Airpark GmbH
BEQUA	gemeinnützige Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
BGV	Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband
BPflV	Bundespflegesatzverordnung
BLK	Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH
BRLK	Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH
bzw.	beziehungsweise
CMI	Case Mix Index (Fallschwere-Index im DRG-System)
Co.	Compagnie
DKB	Deutsche Kreditbank AG
Dr.	Doktor
DRG	Diagnosis Related Groups (Diagnosebezogene Fallgruppen)
DSD	Duales System Deutschland
€	Euro
EBITDA	Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände (earnings before interest, taxes, depreciation and amortization)
ELB	Erster Landesbeamter
etc.	et cetera
e.V.	eingetragener Verein
Fa.	Firma
ff.	fortfolgende
FSG	Flughafen Stuttgart GmbH
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GdbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung Baden-Württemberg
GfA	Gesellschaft für Abfallwirtschaft mbH & Co. KG
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
i. Br.	im Breisgau
i. d. F.	in der Fassung
i. H. v.	in Höhe von
i. S. d.	im Sinne des

KAG	Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg
KG	Kommanditgesellschaft
KGST	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KIVBF	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken
KLK	Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH
KVBW	Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg
KVV	Karlsruher Verkehrsverbund GmbH
LEADER	Förderprogramm der Europäischen Union und des Landes Baden-Württemberg für den ländlichen Raum
LKrO	Landkreisordnung Baden-Württemberg
mbH	mit beschränkter Haftung
Mg.	Megagramm (ehemals Tonnen)
Mio.	Million
n.b.	nicht bekannt
NMK	Neue Messe Karlsruhe GmbH & Co. KG
Nr.	Nummer
Prof.	Professor
RKH	Regionale Kliniken Holding GmbH
RRZ	Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GbR
s.	siehe
SDLK	Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH
SGB	Sozialgesetzbuch
SPK	Sparkasse Kraichgau
stv.	stellvertretende / stellvertretender
STG	Schwarzwald Tourismus GmbH
t	Tonnen
T€	in Tausend Euro
TRK	Technologieregion Karlsruhe GmbH
u. a.	unter anderem
UMA	Unbegleitete minderjährige Ausländer
v. H.	vom Hundert
Vgl.	Vergleich
Vj.	Vorjahr
ZRN	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar
ZTN	Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken
ZV	Zweckverband

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

I. Allgemeiner Teil

I. 1	Gesetzliche Grundlagen des Beteiligungsberichts	3
I. 2	Vorbemerkungen	3
I. 3	Erläuterung der Finanzkennzahlen	4
I. 4	Änderungen der Beteiligungsverhältnisse	5
I. 5	Beteiligungsorganigramm	6
I. 6	Abschlussprüfer	8

II. Einzeldarstellung der Beteiligungsgesellschaften 10

II. 1	Eigenbetrieb Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe	11
II. 2	unmittelbare Beteiligungen	20
II. 2.1	Kommunalanstalt für Wohnraum im Landkreis Karlsruhe AöR	21
II. 2.2	Kapitalgesellschaften	27
II. 2.2.1	BEQUA - gemeinnützige Beschäftigung- und Qualifizierungsgesellschaft mbH	29
II. 2.2.2	BLK - Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH	37
II. 2.2.3	BRLK - Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH	45
II. 2.2.4	BTG - Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH	53
II. 2.2.5	Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH	59
II. 2.2.6	KLK - Kliniken des Landkreises Karlsruhe gemeinnützige GmbH	67
II. 2.2.7	KVV - Karlsruher Verkehrsverbund GmbH	77
II. 2.2.8	RKH - Regionale Kliniken Holding - RKH GmbH	85
II. 2.2.9	STG - Schwarzwald Tourismus GmbH	93
II. 2.2.10	TRK - Technologieregion Karlsruhe GmbH	101
II. 2.2.11	Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe GmbH	109

II. 2.2	Personengesellschaften	116
II. 2.2.1	NMK - Neue Messe Karlsruhe GmbH & Co. KG	117
II. 2.2.2	RRZ - Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GdbR	125
II. 3	Weitere mittelbare Beteiligungen, Stiftungen und Zweckverbände	127
II. 3.1	Mittelbare Beteiligungen	128
II. 3.1.1	BAG - Baden-Airpark GmbH	129
II. 3.1.2	SDLK - Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH	137
II. 3.2	Stiftungen	143
II. 3.2.1	Stiftung Frauenalb	144
II. 3.2.2	Stiftung Fürst-Stirum-Hospitalfonds	145
II. 3.2.3	Stiftung Großherzoglicher Unterstützungsfonds	146
II. 3.3	Zweckverbände	147
II. 3.3.1	Eurodistrict PAMINA	148
II. 3.3.2	Zweckverband Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen	150
II. 3.3.3	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF)	153
II. 3.3.4	Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ZTN)	154
II. 3.3.5	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (ZRN)	156
III.	Sonstige Mitgliedschaften	158

I. ALLGEMEINER TEIL

I. 1 Gesetzliche Grundlagen des Beteiligungsberichts

Nach § 48 der Landkreisordnung (LKrO) in Verbindung mit § 105 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GemO) in der derzeit gültigen Fassung, ist der Landkreis Karlsruhe verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht zu erstellen.

Mithilfe des Beteiligungsberichtes soll gegenüber dem Kreistag und der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Entwicklung der Unternehmen in Privatrechtsform, an denen der Landkreis Karlsruhe unmittelbar oder mit mehr als 50 v. H. mittelbar beteiligt ist, abgelegt und eine transparente Darstellung über die ausgegliederte Aufgabenerfüllung ermöglicht werden.

Der Beteiligungsbericht hat für jede Beteiligung in einer Rechtsform des privaten Rechts folgende Angaben zu enthalten:

- den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufs des letzten Geschäftsjahres, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen sowie die und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen,
- die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe (Ausnahme: § 286 Abs. 4 HGB - auf die Angabe der Bezüge kann verzichtet werden, wenn aus diesen Angaben auf die Bezüge einzelner Personen geschlossen werden kann).

Bei Beteiligungen unter 25 v.H. kann die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks beschränkt werden. Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu machen.

Da auch die Mitgliedschaften des Landkreises in Zweckverbänden wirtschaftlich und grundsätzlich von Bedeutung sind, hat sich die Verwaltung dazu entschlossen, den Beteiligungsbericht um die Darstellung der Mitgliedschaften in Zweckverbänden in verkürzter Form zu erweitern.

I. 2 Vorbemerkungen

- Der Bericht wurde zum Stichtag 31.12.2017 erstellt.
- Bezugsgrößen sind die Jahresabschlüsse und Prüfungsberichte des Geschäftsjahres 2017.
- Die Abbildung der Gewinn- und Verlustrechnungen wurde verkürzt.
- Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, T€, %) auftreten.

I. 3 Erläuterung der Finanzkennzahlen

Finanzanalysen von Betrieben werden häufig mit Hilfe von Kennzahlen durchgeführt. Zur Beurteilung der Jahresabschlüsse und der Bilanzen der verschiedenen Kapital- und Personengesellschaften enthält der Beteiligungsbericht in den Einzeldarstellungen der Gesellschaften ebenfalls Kennzahlen. Um die Interpretation und den Vergleich dieser Zahlen zu erleichtern, werden nachfolgend die wichtigsten Kennzahlen erläutert:

I. Vermögenslage

1. Anlageintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	Die Anlageintensität ermöglicht Aussagen zum Vermögensaufbau. Eine hohe Anlageintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.
2. Umlaufintensität	$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	Die Umlaufintensität gibt ebenfalls Hinweise zum Vermögensaufbau und der Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens.

II. Finanzlage

1. Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital eines Unternehmens ist. Die Eigenkapitalquote gibt zusammen mit der Fremdkapitalquote Auskunft über die Kapitalstruktur eines Unternehmens. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als wichtiger Indikator für die Bonität eines Unternehmens.
2. Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Die Fremdkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital eines Unternehmens ist. Das Fremdkapital erfasst dabei sowohl kurz- als auch langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten.
3. Anlagedeckungsgrad I	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Der Anlagedeckungsgrad drückt aus, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt wird.

III. Ertragslage

1. Umsatzrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$	Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Beurteilung der Ertragskraft eines Unternehmens.
2. Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$	Die Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
3. Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt an, welche Rendite das im Unternehmen gebundene Kapital erbracht hat. Die Kennzahl ermöglicht eine von der Kapitalstruktur unabhängige Beurteilung der Ertragskraft.
4. Kostendeckung	$\frac{\text{Umsatzerlöse} \times 100}{\text{Gesamtaufwand}}$	Die Kostendeckung stellt dar, in welchem Umfang ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.

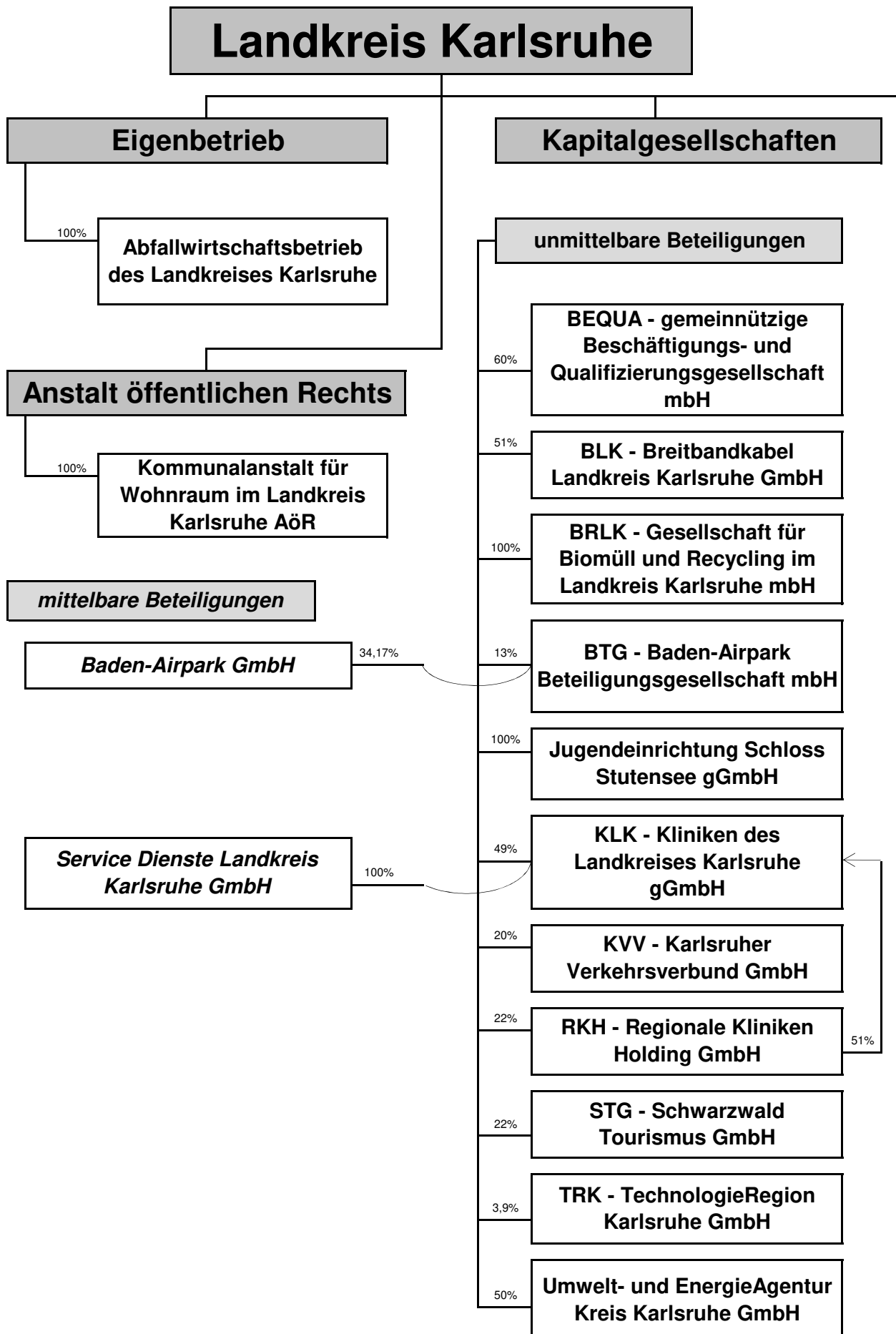
IV. Personal

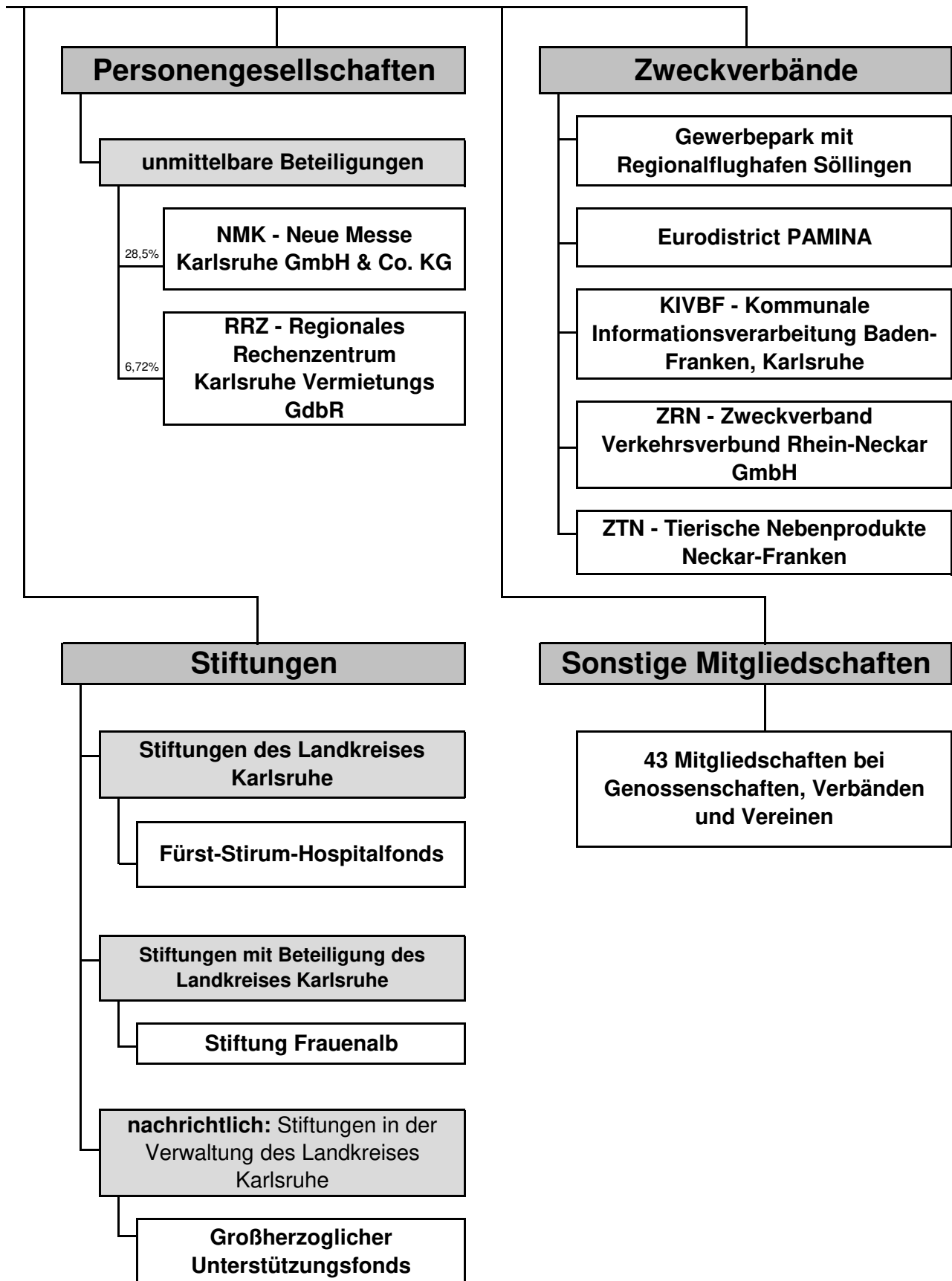
1. Personalintensität	$\frac{\text{Personalkosten} \times 100}{\text{Gesamtaufwand}}$	Die Kennzahl zeigt das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den gesamten Aufwendungen. Damit wird ausgedrückt, wie intensiv die Unternehmens-tätigkeit vom Personal-einsatz geprägt ist.
------------------------------	---	--

I. 4 Änderungen der Beteiligungsverhältnisse

Im Zuge der institutionellen Weiterentwicklung der Vorgängergesellschaft, der TechnologieRegion Karlsruhe Gesellschaft bürgerlichen Rechts (TRK GbR), beschlossen die Gesellschafter die Gründung der Nachfolgersgesellschaft, der TechnologieRegion Karlsruhe Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TRK GmbH), und die Auflösung der GbR. Die Gründung der GmbH erfolgte mit notarieller Beurkundung des Gesellschaftsvertrags zum 07.04.2017 und der Eintragung in das Handelsregister beim Amtsgericht Mannheim zum 22.08.2017 (HRB 728435). Die Auflösung der GbR wurde am 21.07.2017 im Rahmen der 83. Gesellschafterversammlung der GbR vollzogen.

I. 5 Beteiligungsorganigramm





I. 6 Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für den Jahresabschluss						
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eigenbetriebe						
Abfallwirtschafts- betrieb des Landkreises Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe
Kapitalgesellschaften						
Baden-Airpark Beteiligungs- gesellschaft mbH	Wissler · Protzen & Partner	RWM GmbH & Co. KG	RWM GmbH & Co. KG	Zumbach & Reiter PartGmbH	Zumbach & Reiter PartGmbH	Zumbach & Reiter PartGmbH
Baden-Airpark GmbH	Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH	Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH	Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH	Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH	Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH	Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH
BEQUA gGmbH	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe	Kommunal- und Prüfungsamt, Landkreis Karlsruhe
Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH	-	-	KPMG AG Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft	KPMG AG Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft	KPMG AG Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft	KPMG AG Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft
Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Lkr. KA mbH	Ernst & Young AG	Ernst & Young AG	Ernst & Young GmbH	Ernst & Young GmbH	Price- waterhouse Coopers AG	Price- waterhouse Coopers AG
Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH	PflugerPartner GmbH	PflugerPartner GmbH	PflugerPartner GmbH	PflugerPartner GmbH	B&C Revision Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfu ngsgesellschaft	B&C Revision Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfu ngsgesellschaft
Karlsruher Verkehrsverbund GmbH	Price-waterhouse Coopers AG	Ernst & Young GmbH	Ernst & Young GmbH	Ernst & Young GmbH	Ernst & Young GmbH	KPMG AG Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft
Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Price- waterhouse Coopers AG	Price- waterhouse Coopers AG	Price- waterhouse Coopers AG
Regionale Kliniken Holding GmbH	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Price- waterhouse Coopers AG	Price- waterhouse Coopers AG	Price- waterhouse Coopers AG
Schwarzwald Tourismus GmbH	MTR Markgräfler Treuhand & Revision GmbH	Regio Audit GmbH Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft	Regio Audit GmbH Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft	Hecht und Partner GmbH Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft	Hecht und Partner GmbH Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft	Hecht und Partner GmbH Wirtschafts- prüfungs- gesellschaft
Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG	Price- waterhouse Coopers AG	Price- waterhouse Coopers AG	Price- waterhouse Coopers AG
Technologie Region Karlsruhe GmbH	-	-	-	-	-	CL Wirtschaftsprüfu ng und Steuerberatung GmbH & Co.KG
Umwelt- und EnergieAgentur Kreis Karlsruhe GmbH	Eversheim Stuible Treuberater GmbH	Eversheim Stuible Treuberater GmbH	Eversheim Stuible Treuberater GmbH	Dipl.-Kaufrau Monika Ludwig Wirtschafts- prüferin, Steuerberaterin	Dipl.-Kaufrau Monika Ludwig Wirtschafts- prüferin, Steuerberaterin	Dipl.-Kaufrau Monika Ludwig Wirtschafts- prüferin, Steuerberaterin

II. EINZELDARSTELLUNG DER BETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN

II. 1 Eigenbetrieb

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe

II. 2 unmittelbare Beteiligungen

II. 2.1 Anstalt des öffentlichen Rechts

Kommunalanstalt für Wohnraum im Landkreis Karlsruhe AöR

II. 2.2 Kapitalgesellschaften

II. 2.2.1 BEQUA - gemeinnützige Beschäftigung- und Qualifizierungsgesellschaft mbH

II. 2.2.2 BLK - Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH

II. 2.2.3 BRLK - Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH

II. 2.2.4 BTG - Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH

II. 2.2.5 Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH

II. 2.2.6 KLK - Kliniken des Landkreises Karlsruhe gemeinnützige GmbH

II. 2.2.7 KVV - Karlsruhe Verkehrsverbund GmbH

II. 2.2.8 RKH - Regionale Kliniken Holding - RKH GmbH

II. 2.2.9 STG - Schwarzwald Tourismus GmbH

II. 2.2.10 TRK - Technologieregion Karlsruhe GmbH

II. 2.2.11 Umwelt- und EnergieAgentur Kreis Karlsruhe GmbH

II. 2.3 Personengesellschaften

II. 2.3.1 NMK - Neue Messe Karlsruhe GmbH & Co. KG

II. 2.3.2 RRZ - Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GbR

II.1 Eigenbetrieb Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe



ALLGEMEINE ANGABEN

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe (AWB)
Werner-von-Siemens-Str. 2-6
Gebäude-Nr.: 5110a
76646 Bruchsal

Tel.: 07251 / 9820-6408

Fax: 07251 / 9820-5111

Email: zentrale@awb.landratsamt-karlsruhe.de

Homepage: www.awb-landkreis-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Der Kreistag beschloss am 28.10.1999 die Abfallwirtschaft mit Wirkung zum 01.01.2000 im Rahmen eines Eigenbetriebes "Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe" zu führen. Grundlage des Eigenbetriebs ist die Betriebssatzung vom 28.10.1999, in der Fassung vom 02.12.1999.

GEGENSTAND DES EIGENBETRIEBES

Der Abfallwirtschaftsbetrieb nimmt die vom Landkreis Karlsruhe als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger durch Gesetz und Rechtsverordnung zugewiesenen Aufgaben wahr. Aufgabe und Ziel ist die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen auf der Grundlage der Abfallwirtschaftskonzeption des Landkreises Karlsruhe. Zur Erfüllung dieser Aufgaben betreibt der Eigenbetrieb die dazu erforderlichen Einrichtungen.

2002 fiel die Teilaufgabe der Einsammlung von gewerblichen Abfällen zurück an den Landkreis. Der Kreistag hat am 03.05.2007 beschlossen, auch das Einsammeln und Befördern von Abfällen und die Grünabfallentsorgung zum 01.01.2009 auf den Landkreis zurück zu übertragen. Ab 01.01.2009 ist der Landkreis für die Aufgabe des Einsammelns und Beförderns von Abfällen und der Grünabfallverwertung zuständig. Dies umfasst u. a. die Einsammlung von Hausmüll, Gewerbemüll, Sperrmüll, wildem Müll und Wertstoffen. Auch ist er zuständig für den Betrieb von Wertstoffhöfen und Grünabfallsammelplätzen und für die Abfallberatung. Mit den Städten und Gemeinden wurden Vereinbarungen getroffen, die eine teilweise Aufgabenerledigung durch die Kommunen regeln.

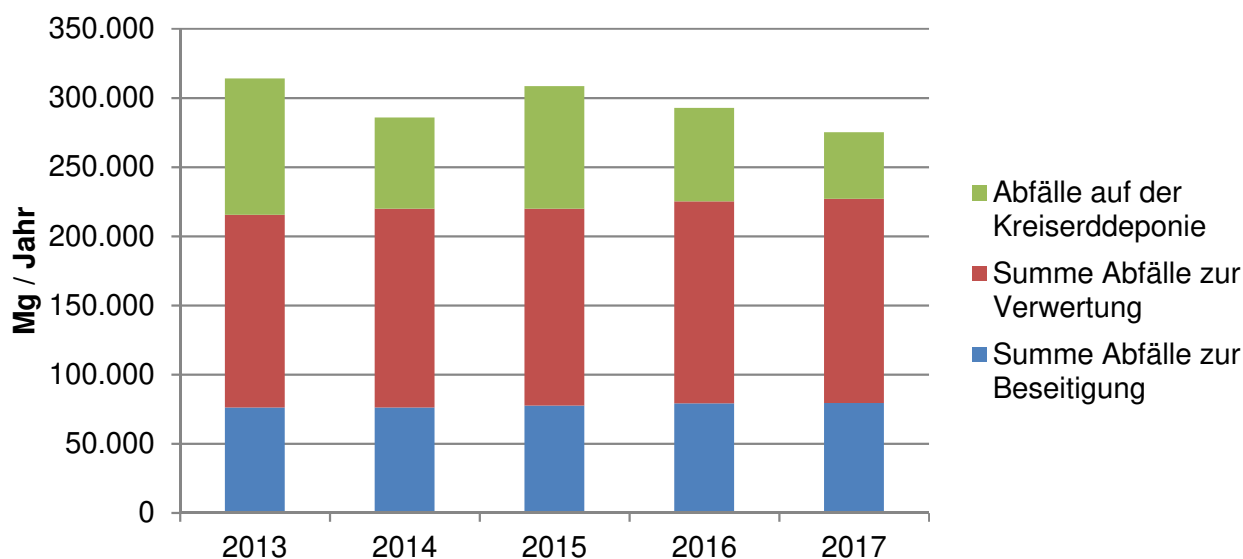
Die Entsorgung (Verwertung und Beseitigung) von Abfällen für das Jahr 2009 hat der Landkreis in seiner neugefassten Abfallwirtschaftssatzung vom 24.07.2008 geregelt. Die Benutzung seiner Entsorgungseinrichtungen hat er in seiner Benutzungsordnung (Satzung) festgelegt. Einigen Gemeinden ist neben der Aufgabenzuständigkeit des Landkreises die Erdaushub-, Bauschutt- und Straßenaufbruchentsorgung als eigene Aufgabe übertragen.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Abfallmengenentwicklung

Abfallarten	2014 Mg ¹⁾ /Jahr	2015 Mg ¹⁾ /Jahr	2016 Mg ¹⁾ /Jahr	2017 Mg ¹⁾ /Jahr
Abfälle zur Beseitigung				
Haus- und Geschäftsmüllsammlung	49.395	49.986	50.536	50.407
Sperrmüll	7.024	7.773	8.225	8.569
Gewerbeabfallsammlung	17.046	16.974	17.480	17.150
Selbstanlieferungen	2.503	2.505	2.564	2.888
Landkreis-Sortierreste	0	0	0	0
Sonstige (inkl. Wilder Müll)	297	261	282	294
Summe Abfälle zur Beseitigung	76.265	77.499	79.087	79.308
Abfälle zur Verwertung				
Hausmüllsammlung	54.861	54.791	55.831	55.141
Holz-, Metallsammlung	9.011	8.981	9.033	8.541
E-Gerätesammlung	689	813	858	816
Selbstanlieferungen Wertstoffe	12.735	12.710	13.632	14.116
Grünabfälle	58.055	56.955	57.859	60.589
Landkreis-Sortierreste	8.283	8.095	8.902	8.636
Summe Abfälle zur Verwertung	143.634	142.345	146.115	147.839
Abfälle auf der Kreiserddeponie				
Bodenaushub, Separierungsreste	65.855	88.807	67.695	48.158

1) Megagramm (ehemals Tonnen)



STAMMKAPITAL

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde in der Betriebssatzung abgesehen.

ANTEILSBESITZ

Die Beteiligung des Landkreises Karlsruhe an der Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH beläuft sich auf rund 1,53 Mio. €.

ORGANE DES EIGENBETRIEBS

Organe des Eigenbetriebs sind der Kreistag, der Ausschuss für Umwelt und Technik / Betriebsausschuss "Abfallwirtschaftsbetrieb" (als beschließender Ausschuss), der Landrat und die Betriebsleitung.

Kreistag

Der Kreistag mit 91 Kreisrätinnen und Kreisräten beschließt über die Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die ihm durch die Landkreisordnung und das Eigenbetriebsgesetz vorbehalten sind. Den Vorsitz hat Landrat Dr. Schnaudigel inne.

Ausschuss für Umwelt und Technik / Betriebsausschuss "Abfallwirtschaftsbetrieb"

Der Betriebsausschuss besteht aus 23 Kreisrätinnen und Kreisräten sowie dem Vorsitzenden, Landrat Dr. Schnaudigel.

Mitglieder des Betriebsausschuss 31.12.2016

Vorsitzender: Landrat Dr. Christoph Schnaudigel

Kreisrat Kurt Dickemann (CDU)	Kreisrat Felix Geider (Freie Wähler)
Kreisrat Bernhard Bistriz (CDU)	Kreisrat Heinz-Jürgen Deckers (Freie Wähler)
Kreisrat Dr. Matthias Ehrlein (CDU)	Kreisrat Franz Masino (SPD)
Kreisrat Jürgen Heß (CDU)	Kreisrat Heinrich Sickinger (SPD)
Kreisrat Lothar Hillenbrand (CDU)	Kreisrat Gerhard Bauer (SPD)
Kreisrat Frank Hörter (CDU)	Kreisrat Walter Linsin (SPD)
Kreisrat Thomas Nowitzki (CDU)	Kreisrat Ernst-Friedrich Schäfer (SPD)
Kreisrat Ernst Rauch (CDU)	Kreisrat Otto Mansdörfer (Grüne)
Kreisrat Bernhard Steltz (CDU)	Kreisrätin Birgit Rösner (Grüne)
Kreisrat Reinhold Gsell (Freie Wähler)	Kreisrätin Marion Wiede (Grüne)
Kreisrat Karl-Heinz Hauser (Freie Wähler)	Kreisrat Werner Schön (FDP)
Kreisrat Werner Scherer (Freie Wähler)	

Betriebsleitung

Herr Dipl.-Geologe Uwe Bartl

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Betriebsleitung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Der Eigenbetrieb beschäftigte 2017 durchschnittlich 32 Personen (Vj.: 33), davon 7 Beamte (Vj.: 8) und 25 Beschäftigte (Vj.: 25).

WICHTIGE VERTRÄGE

- u. a. Vertrag über die Entsorgung des Restabfalls mit der MVV RHE AG vom 20.04.2005.

Verträge mit der BRLK:

- u. a. Rahmenvertrag mit der BRLK vom 13.05.1992.

Grundlagenvertrag mit der BRLK über die Planung, die Errichtung und den Betrieb eines Deponigas-Blockkraftwerks auf der Kreismülldeponie Bruchsal vom 02.02.1996.

Betreibervertrag der Müllumladestation Bruchsal vom 27.05.1998.

Vertrag über die Betriebsführung der Kreismülldeponie Bruchsal vom 02./03.05.2005.

Vertrag über die Einrichtung und die Betriebsführung von Wertstoffhöfen und Grünabfallsammelplätzen im Landkreis Karlsruhe vom 06./08.05.2008.

Verträge mit der Suez/SITA, Verträge mit der GfA, die auf die SITA Süd GmbH übergegangen sind:

- u. a. Rahmenvertrag mit der Arbeitsgemeinschaft für Abfallwirtschaft im Landkreis Karlsruhe vom 10.05.1990.

Entgeltvertrag mit der GfA vom 21.08.1995 über die Sortierung und Vermarktung der PKK Fraktion und der Nicht-DSD-Stoffe (in der Fassung vom 24./27.02.2014).

Vertrag mit der SITA Süd GmbH über die Einrichtung und den Betrieb von drei Übergabestellen für Wertstoffe und Elektroaltgeräte vom 11.12.2013.

Verträge mit der SITA Süd GmbH über die Übernahme, den Transport und die Verwertung von Elektroaltgeräten der Gerätegruppen 1 und 5 nach dem ElektroG vom 11.12.2013.

Verträge mit der SITA Süd GmbH über die Übernahme, den Transport und die Verwertung von Metallen, Altpapier und Kartonagen vom 11.12.2013

Verträge mit der SITA Süd GmbH über die Verwertung von Grünabfällen im nördlichen, östlichen und südlichen Kreisgebiet vom 04.11.2014.

Vertrag mit der SITA Kommunal Service Süd GmbH über Einsammlung und Transport von Haus- und Gewerbemüll, Sperrmüll und Elektroaltgeräten vom 2. Juli 2008.

Vereinbarung mit der SITA Süd GmbH über das Einsammeln und Befördern des Landkreisanteils aus der Wertstofftonne (Grüne Tonne) im Landkreises Karlsruhe vom 16./22.12.2011.

Vertrag mit der SITA Süd GmbH über die Übernahme, Transport und Verwertung von Sortierresten vom 18.12.2015.

Vertrag mit der Suez Süd GmbH über Containerstellung, Übergabe, Laden, Transport und Verwertung von krautig/grasigen Grünabfällen im Landkreis vom 13.11.2017.

Verträge mit den Dualen Systemen

- u.a. Abstimmungsvereinbarung mit Duales System Deutschland GmbH vom 25./26.06.1992.

Vereinbarung mit Der Grüne Punkt - Duales System Deutschland GmbH über die Kostenbeteiligung an Abfallberatung vom 1./5. Dezember 2008.

Vereinbarung mit ISD Interseroh Dienstleistung GmbH (vom 20./27.02.2007), Landbell AG für Rückholsysteme (vom 16.03/28.03.2007), Belland Vision GmbH (25.07./09.08.2007), Vfw AG (vom 19.07./14.08.2007), Eko-Punkt GmbH (vom 20.07./14.08.2007), Zentek GmbH & Co. KG (vom 29.10.2007/31.01.2008), Redual GmbH & Co. KG (vom 23./31.01.2008), Verlo GmbH & Co. KG (vom 28.02./30.07.2008) und RKD GmbH & Co. KG (vom 05.09.2011/29.01.2013), ELS Europäische Lizenzierungssysteme GmbH (vom 26.02.2014/02.02.2015) zur Abstimmung nach § 6 Abs. 3 Verpackungsverordnung.

Vereinbarungen mit den Städten und Gemeinden des Landkreises Karlsruhe und sonstigen Stadt-/Landkreisen

- u. a. Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über die kommunalen Beistandsleistungen "Abfallberatung", "Einsammeln des wilden Mülls", "Betrieb von einem Wertstoffhof / Wertstoffhöfen", "Betrieb von einem Grünabfallsammelplatz /Grünabfallsammelplätzen", "Grünabfallverwertung" mit den Städten und Gemeinden des Landkreises Karlsruhe von Februar bis Oktober 2008.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über die Mitbenutzung der vom Enzkreis betriebenen Abfallentsorgungsanlage (Deponie Hamberg) mit dem Enzkreis vom 21./23.01.2004.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	84	72	31	143
Sachanlagen	1.928	1.649	1.347	1.053
Finanzanlagen	18.560	18.560	18.560	18.560
	20.572	20.281	19.938	19.756
Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.724	18.591	18.839	2.719
Flüssige Mittel	10.950	11.979	12.096	27.734
Übrige Aktiva	0	0	0	0
	29.674	30.570	30.935	30.453
Rechnungsabgrenzungsposten	81	65	49	34
Bilanzsumme	50.327	50.916	50.922	50.243
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	0	0	0	0
Gewinnrücklagen	594	646	694	700
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	15	10	-9	52
	609	656	685	752
Rückstellungen	42.926	43.630	43.318	43.546
Verbindlichkeiten	6.793	6.631	6.919	5.945
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	49.719	50.261	50.237	49.491
Bilanzsumme	50.327	50.916	50.922	50.243

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	33.936	34.219	34.620	34.973
Sonstige betriebliche Erträge	2.347	2.663	2.855	4.628
Betriebliche Erträge	36.283	36.882	37.475	39.601
Materialaufwand	29.223	29.814	31.166	30.689
Personalaufwand	1.941	2.024	2.007	2.084
Betriebliche Aufwendungen	31.164	31.838	33.173	32.773
Zwischenergebnis	5.119	5.044	4.302	6.828
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	121	61	34	14
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	50
	121	61	34	64
Abschreibungen	396	397	403	384
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.581	4.509	3.783	6.411
	4.977	4.906	4.186	6.795
Zwischenergebnis	263	76	150	97
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	122	85	71	58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	370	274	229	103
Zwischenergebnis (Finanzergebnis)	-248	-189	-158	-45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15	10	-8	52
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag/- überschuss	15	10	-8	52

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRG-SCHAFTEN DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis hat an den Eigenbetrieb 2017 keine Kapitalzuführungen/ Gesellschafterzuschüsse geleistet.

Bürgschaften durch den Landkreis:

keine

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Das Jahr 2017 schließt mit einer Bilanzsumme von 50.243.117,40 € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 52.188,71 €. Der Jahresüberschuss ergibt sich aus Zinserträgen (1.977,08 €), die der Abfallwirtschaftsbetrieb für die Anlage von Mitteln erhalten hat, die aus Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren stammen, und aus der Ausschüttung der BRLK (50.211,63 €) zusammen.

Im Gebührenbereich „Abfall“ ergab sich 2017 eine Gebührenüberdeckung von 3.546.935,98 €. Diese entstand in erster Linie durch höhere Gebühreneinnahmen und durch die Auflösung von Rückstellungen, die im Hinblick auf eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes gebildet wurden. Im Bereich „Abfall“ steht damit zum Stichtag 31.12.2017 ein Gebührenüberschuss von rd. 9 Mio. € zur Verfügung. In der Gebührenkalkulation 2018 wurde ein Abbau an Gebührenüberdeckungen in Höhe von 2.830.000 € berücksichtigt, von denen aber nur 2.823.875,44 € der Rückstellung entnommen werden. Der Rest ist - im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 - aus der Rücklage aus Zinsen zu finanzieren.

Da diese Gebührenüberdeckungen gemäß dem Kommunalabgabengesetz (KAG) in künftigen Abfallgebührenkalkulationen zu Gunsten der Gebührenzahler berücksichtigt werden müssen, wurden sie den Rückstellungen (Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren) zugeführt.

Im Gebührenbereich der Kreiserdaushubdeponie Karlsbad-Ittersbach ergab sich 2017 eine Überdeckung von ca. 38 T€. Insgesamt sind in diesem Bereich Ende 2017 noch Gebührenüberschüsse von rd. 169 T€ vorhanden. In der Gebührenkalkulation 2018 wurde ein Abbau von 45 T€ berücksichtigt.

Ausblick

Im Jahr 2009 hat der Landkreis das Einsammeln und Befördern der Abfälle und die Grünabfallverwertung mit der Berechnung der Abfallgebühren vollständig von den Städten und Gemeinden übernommen. Die Abfallentsorgung wird seither zentral organisiert. Die Städte und Gemeinden sind jedoch weiter in die Abfallberatung, die Einsammlung des wilden Mülls, den Betrieb der Wertstoffhöfe und Grünabfallsammelplätze und die Grünabfallverwertung eingebunden.

Die Entwicklung der Jahre 2009 bis 2017 zeigt nicht nur, dass die Nutzer mit dem Sammelsystem zufrieden sind, sondern auch, dass das Ziel erreicht werden konnte, durch Einsparungen bei der Müllabfuhr die erheblichen Mehrkosten für die thermische Behandlung der Restabfälle deutlich zu verringern. Mit den aus Vorjahren vorhandenen Gebührenüberschüssen konnten die Abfallgebühren von 2009 bis 2012 stabil gehalten werden.

Die Kosten für die thermische Behandlung der Restabfälle konnten ab dem Jahr 2013 um jährlich rund 2,8 Mio. € gesenkt werden. Dadurch mussten die Abfallgebühren 2013 nur maßvoll angehoben werden und konnten seitdem wieder unverändert bleiben.

Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes ist gut. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht abzusehen. Allerdings gibt es in den nächsten Jahren erhebliche Kostenrisiken, die der Landkreis nur wenig beeinflussen kann. Geringere Gebühreneinnahmen durch eine weiter abnehmende Nutzung der öffentlichen Gewerbeabfallentsorgung, geringere Wertstoff Erlöse durch die zunehmende gewerbliche Sammlung von werthaltigen Abfällen und durch Marktschwankungen, höhere Anforderungen an die Sammlung und Verwertung von Abfällen und die unsichere Finanzierung der Wertstoffentsorgung durch die Dualen Systeme können erhebliche Auswirkungen auf die Abfallgebühren haben. Die Einführung einer Biotonne wird zu einem Kostenanstieg führen. Noch nicht geklärt ist, wie die Entsorgung von freigegebenen Abfällen aus dem Rückbau der im Kreisgebiet liegenden kerntechnischen Anlagen erfolgen wird.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die Abfallgebühren durch den Abbau der vorhandenen Gebührenüberschüsse voraussichtlich noch bis zum Jahr 2019 stabil gehalten werden können. Danach laufen auch große Leistungsverträge aus und müssen neu ausgeschrieben werden. Tendenziell ist ab dem Jahr 2020 mit steigenden Abfallgebühren zu rechnen.

II. 2 unmittelbare Beteiligungen

II. 2.1

Kommunalanstalt für Wohnraum im Landkreis Karlsruhe AöR (KWLK)

ALLGEMEINE ANGABEN

Kommunalanstalt für Wohnraum im Landkreis Karlsruhe AöR
Beiertheimer Allee 2
76137 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 936 57000

Fax: 0721 / 936 57999

Email: kwlk@landratsamt-karlsruhe.de

Homepage: www.landratsamt-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Kommunalanstalt ist die Anstaltssatzung in der Fassung vom 21.07.2016.

GEGENSTAND DES KOMMUNALANSTALT

Der Landkreis Karlsruhe ist untere Aufnahmebehörde i.S.v. §§ 7 Abs. 1, 14 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG). Er überträgt die Teilaufgabe der Bereitstellung von Wohnraum auf die Kommunalanstalt. Aufgabe der Kommunalanstalt ist danach die Bereitstellung von Wohnraum, insbesondere für die Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Karlsruhe. Weitere Aufgabe der Kommunalanstalt ist die Beratung und Unterstützung von kreisangehörigen Städten und Gemeinden bei der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen.

Sofern es dem Zweck der Kommunalanstalt dienlich ist, kann sich die Kommunalanstalt mit Zustimmung des Landkreises Karlsruhe entsprechend § 105a GemO i.V.m. § 48 LKrO an anderen Unternehmen beteiligen.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Zum 31.12.2017 verfügt der Landkreis Karlsruhe über 3.684 Unterbringungsplätze in 38 Einrichtungen.

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital beträgt 100.000,00 €.

ANSTALTSTRÄGER

Alleiniger Anstaltsträger ist der Landkreis Karlsruhe.

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an anderen Unternehmen nicht beteiligt.

ORGANE DER KOMMUNALANSTALT

Organe der Kommunalanstalt sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Vorstand

Der Vorstand besteht aus zwei Mitgliedern, dem Vorstandsvorsitzenden und dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende soll der jeweilige Kreiskämmerer des Landkreises Karlsruhe sein.

Vorstandsvorsitzende: Frau Barbara Früh
Stv. Vorstandsvorsitzender: Herr Ragnar Watteroth

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus 9 Mitgliedern. Der jeweilige Landrat des Landkreises Karlsruhe ist kraft Amtes Mitglied und Vorsitzender des Verwaltungsrats.

Mitglieder

Vorsitzender: Landrat Dr. Christoph Schnaudigel

Roß, Uli (CDU),
Schrempp, Sebastian (CDU)
Dr. Ehrlein, Matthias (CDU)
Deckers, Heinz-Jürgen (Freie Wähler)

Hauser, Karl-Heinz (Freie Wähler)
Roser, Heinz E. (SPD)
Masino, Franz (SPD)
Seufert-Dittes, Dorothea (GRÜNE)

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Die KWLK verfügt mit Ausnahme der Vorstandsvorsitzenden, die im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung angestellt ist, über keine eigenen Mitarbeiter.

Die KWLK erhält im Rahmen von Personalgestellungen Personal vom Landkreis Karlsruhe. Zum Stichtag 31.12.2017 waren 24 Stellen durch Angestellte und 4,6 Stellen durch Beamte besetzt.

WICHTIGE VERTRÄGE

- a) Vereinbarung zwischen dem Landkreis Karlsruhe und der KWLK AöR zum Übergang von Sachanlagen auf die KWLK AöR zum 01.01.2017 in Höhe von 640.227,44 € vom 20.07.2017.
- b) Vereinbarung zwischen dem Landkreis Karlsruhe und der KWLK AöR zum Übergang von Mietereinbauten auf die KWLK AöR zum 01.01.2017 in Höhe von 13.460.258,73 € vom 20.07.2017.

VERMÖGENSLAGE

Aktivseite	31.12.14 T€	31.12.15 T€	01.01.17 T€	31.12.17 T€
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände			0	0
Sachanlagen			14.100	9.038
Finanzanlagen			0	0
			14.100	9.038
Umlaufvermögen				
Vorräte			0	155
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände			0	4.418
Flüssige Mittel			100	3.277
			100	7.850
Rechnungsabgrenzungsposten			0	838
Bilanzsumme			14.200	17.726
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital			100	100
Gewinnvortrag			0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag			0	0
			100	100
Rückstellungen			0	0
Verbindlichkeiten			14.100	17.593
Rechnungsabgrenzungsposten			0	33
			14.100	17.626
Bilanzsumme			14.200	17.726

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 und 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse				27.624
Sonstige betriebliche Erträge				295
Betriebliche Erträge				27.919
Materialaufwand				16.705
Personalaufwand				7
Abschreibungen				4.289
Sonstige betriebliche Aufwendungen				6.893
Betriebliche Aufwendungen				27.894
Betriebsergebnis				25
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				0
Finanzergebnis				0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				25
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				0
Sonstige Steuern				25
Jahresüberschuss/-fehlbetrag				0

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Zur Betriebsaufnahme der KWLK AöR wurden Mietereinbauten und Sachanlagen gemäß den Vereinbarungen zum Übergang von Mietereinbauten und Sachanlagen zum jeweiligen Buchwert zum 01.01.2017 auf die KWLK übertragen. Die Bezahlung der Mietereinbauten erfolgt in jährlich zu leistenden Raten in Höhe der AfA an den Landkreis Karlsruhe.

Daneben hat der Landkreis Karlsruhe rd. 25 Mio. € bestehend aus den Zahlungen zur satzungsgemäßen Aufgabenerfüllung (regelmäßige Abschlagszahlungen und der abschließende Verlustausgleich) geleistet.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Die Gründung der Kommunalanstalt für Wohnraum im Landkreis Karlsruhe, Anstalt des öffentlichen Rechts des Landkreises Karlsruhe (nachfolgend Kommunalanstalt), mit Sitz in Karlsruhe, wurde mit Beschlussprotokoll des Kreistags vom 12.07.2016 beschlossen. Die Kommunalanstalt nahm ihre Geschäftstätigkeit am 01.01.2017 auf. Die Eintragung in das Handelsregister beim Amtsgericht Mannheim erfolgte am 24.03.2017 unter der Registernummer HRB 707446.

Der Umsatz in Höhe von 27,6 Mio. € resultiert hauptsächlich aus Erlösen aus der Übernahme der Besorgung aller Geschäfte des Landkreises im Zusammenhang mit den übernommenen Vertragsverhältnissen sowie Mieterlösen nebst Nebenkosten.

Im Wirtschaftsplan für 2017 wurde für diesen Bereich noch mit 48,8 Mio. € Umsatz gerechnet. Insbesondere der Rückgang der Flüchtlingszahlen und die Fortsetzung des konsequenten Rückbaus nicht benötigter Unterkünfte führten bei der Kommunalanstalt zu dieser erheblichen Differenz.

Die Kosten für die Personalgestellung in Höhe von rd. 1,5 Mio. € wurden im Materialaufwand (Aufwendungen für bezogene Leistungen) verbucht und betrugen, bezogen auf den Umsatz, rd. 5,5 %.

Der Materialaufwand war, ohne die Kosten für die Personalgestellung, mit rd. 15,2 Mio. € der größte Posten auf der Aufwandsseite.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Ausblick

Zum 31.12.2017 verfügt der Landkreis Karlsruhe unter Anwendung der gesetzlichen Vorgabe von 7 m² über 3.684 Unterbringungsplätze in 38 Einrichtungen.

Der Landkreis Karlsruhe ist nach den Vorgaben des Landes Baden-Württemberg angehalten, die Rückbaumaßnahmen in den kommenden Monaten weiter zu intensivieren, da überschüssige Kapazitäten in der vorläufigen Unterbringung zwingend abgebaut werden müssen. Kreisweit ist im Jahr 2018 eine durchschnittliche Mindestauslastung der Gesamtunterbringungskapazitäten von 70 % zu gewährleisten.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)			51,0%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)			44,3%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)			0,6%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)			99,4%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)			1,1%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)			0,0%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)			0,0%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)			0,0%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)			98,9%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)			0,03%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

II. 2 unmittelbare Beteiligungen

II. 2.2 Kapitalgesellschaften

- Leerseite -

II. 2.2.1

Beschäftigungs- und Qualifizierungs- gesellschaft im Landkreis Karlsruhe



ALLGEMEINE ANGABEN

BEQUA gGmbH
Im Stöck 8
76275 Ettlingen

Tel.: 07243 / 5 89 70-0

Fax: 07243 / 5 89 70-8

Email: info@bequa-ggmbh.de

Homepage: www.bequa-ggmbh.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag. Dieser wurde, nach Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 24.09.2015, geändert, am 17.01.2017 notariell beurkundet und ins Handelsregister eingetragen.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

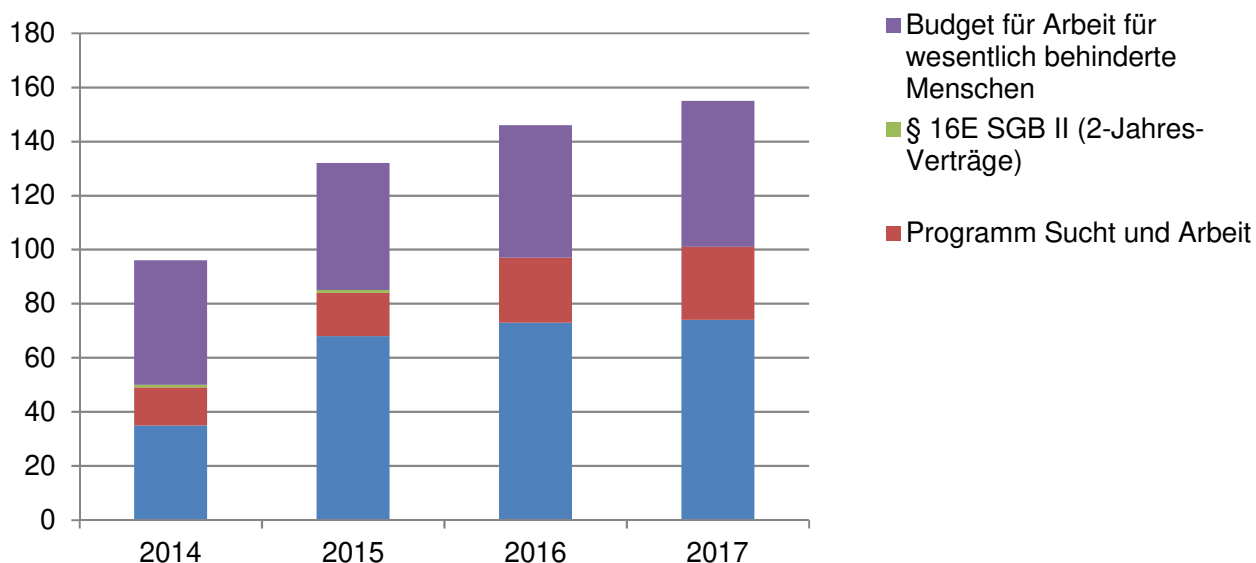
Zweck der Gesellschaft nach dem neuen Gesellschaftsvertrag ist die Förderung der Wohlfahrtspflege. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch vorübergehende Beschäftigung - auch im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung - sowie die Betreuung und die Qualifizierung von Empfängern von Leistungen nach SGB II, SGB IX oder SGB XII aus dem Landkreis Karlsruhe durch die Vermittlung dieser Personen in den ersten Arbeitsmarkt, durch die Erhöhung ihrer Vermittlungsfähigkeit auf dem freien Arbeitsmarkt oder durch die Befähigung für eine Ausbildung bzw. Umschulung.

Die Gesellschaft verfolgt und erfüllt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Die Gesellschaft kann ihre Zwecke selbst, durch Hilfspersonen oder dadurch verwirklichen, dass sie Mittel teilweise einer anderen, ebenfalls steuerbegünstigten Gesellschaft oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken zuwendet oder Mittel für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke einer anderen steuerbegünstigten Gesellschaft oder Körperschaft oder für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts beschafft.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

	2016	2017
Durch die BEQUA gGmbH vorgehaltene Arbeitsgelegenheiten (AGH), sogen. "1€-Job"	73	101
Programm Sucht und Arbeit, Koop. Suchberatung AGJ Ettlingen	24	16
§ 16E SGB II (2-Jahres-Verträge)	0	10
Budget für Arbeit für wesentlich behinderte Menschen	49	54
Summe	146	181



Entwicklung der Vermittlungen im "1,- € Job"

	2014	2015	2016	2017
tatsächlich besetzte Arbeitsgelegenheiten	49	41	64	101
Vermittlungen in den Arbeitsmarkt	4	3	3	7
Vermittlungsquote (%)	8,2%	7,3%	4,7%	6,9%

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital betrug wie im Vorjahr 25.000,00 €.

GESELLSCHAFTER

Landkreis Karlsruhe	15.000,00 €	60,00%
Internationaler Bund	10.000,00 €	40,00%
zusammen	25.000,00 €	100,00%

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an anderen Unternehmen nicht beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn ELB Bühler vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der BEQUA besteht aus 5 Mitgliedern. Der Landkreis Karlsruhe stellt 3 und der Internationale Bund 2 Mitglieder.

Mitglieder

Vorsitzender: Herr Dezernent Peter Kappes

Herr Michael Bolek	Landratsamt Karlsruhe	
Herr Ragnar Watteroth	Landratsamt Karlsruhe	
Frau Doris Lauer	Internationaler Bund	stellvertr. Vorsitzende
Herr Walter Kühn	Internationaler Bund	

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine Bezüge und keine Aufwandsentschädigungen.

Geschäftsführer

Herr Ulrich Max (seit 01.04.2014)

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Am Bilanzstichtag waren im Unternehmen 123 Mitarbeiter beschäftigt. Diese sind aufgeteilt in 45 Angestellte, 73 Arbeiter/innen und 5 leitende Angestellte.

WICHTIGE VERTRÄGE

- a) Mietvertrag mit der Fa. Rollmann Grundstücks Gesellschaften bR für das Objekt Eisenbahnstr. 6, 76646 Bruchsal vom 08.07.2009. Dieser Vertrag wurde bis zum 30.09.2029 verlängert.
- b) Mietvertrag mit dem Landratsamt Karlsruhe für das Objekt im Stöck 8, 76275 Ettlingen i. d. F. vom 10.03.2017 mit einer Laufzeit vom 01.08.2016 bis 31.12.2036.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	5	3	2
Sachanlagen	250	219	306	267
Finanzanlagen	0	0	0	
	253	224	309	269
Umlaufvermögen				
Vorräte	9	9	7	5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	208	336	307	137
Flüssige Mittel	120	72	201	314
	337	417	515	456
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	591	641	826	726
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25
Gewinnvortrag	324	237	263	291
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-86	26	28	7
	263	288	316	323
Rückstellungen	36	45	96	29
Verbindlichkeiten	292	308	413	373
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	328	353	509	402
Bilanzsumme	591	641	826	726

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	1.499	1.751	2.389	2.463
Sonstige betriebliche Erträge	1.111	1.229	1.114	1.223
Betriebliche Erträge	2.610	2.980	3.503	3.686
Materialaufwand	29	51	81	61
Personalaufwand	2.092	2.285	2.660	2.748
Abschreibungen	62	63	71	80
Sonstige betriebliche Aufwendungen	510	553	662	788
Betriebliche Aufwendungen	2.693	2.952	3.474	3.676
Betriebsergebnis	-83	27	29	10
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	1	1	3
Finanzergebnis	-2	-1	-1	-3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-85	26	28	7
Außerordentliche Erträge	1	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	2	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	-1	0	0	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-86	26	28	7

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Finanzielle Beziehung zum Landkreis Karlsruhe:

	2014 €	2015 €	2016 €	2017 €
Investitionskredite ¹⁾	0	0	0	
Kassenkredite ²⁾	250.000	250.000	300.000	300.000
Verlustrückstellungen	-	-	-	-

¹⁾ Vom Landkreis Karlsruhe gewährter Investitionskredit, Stand jeweils zum 31.12.

²⁾ Vom Landkreis Karlsruhe gewährter Kassenkredit, Stand jeweils zum 31.12.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Das Jahr 2017 war geprägt von strukturellen und personellen Veränderungen und Erneuerungen, um die BEQUA zukunftsorientiert neu aufzustellen.

Daneben wurde mit der erfolgreichen Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 ein neuer Standard gesetzt. Die vorbereitenden Maßnahmen zur Zertifizierung waren eine zentrale und umfangreiche Aufgabe, die die gesamte Belegschaft und Struktur der BEQUA betraf. Der erfolgreiche Abschluss ist eine hervorzuhebende Gesamtleistung, die der BEQUA eine gute Basis für die Zukunft verschafft.

Das Projekt Sucht und Arbeit wurde im Jahr 2017 wieder erfolgreich durchgeführt. Die Teilnehmeranzahl konnte erreicht werden.

Die AGH Maßnahmen wurden auch in 2017 angeboten. Der Teilnehmerkreis wurde allerdings immer dünner und unzuverlässiger. Diese Tendenz ist auch für das Jahr 2018 prognostiziert. Grund hierfür ist die allgemeine Arbeitsmarktsituation.

Die BEQUA hält für bis zu 48 Teilnehmer Plätze in Einsatzstellen vor, um in der Maßnahme „Arbeiten und Lernen“ der Möglichkeit einer Beschäftigung nachzugehen. Durch die veränderte Flüchtlingssituation ist die Teilnehmerzahl in 2017 deutlich gesunken. Das Angebot wird daher in 2018 bedarfsorientiert mit dem Landratsamt weiterentwickelt.

Im Budget für Arbeit ist ein Anstieg zu verzeichnen, in dessen Folge auch die Zahl der Mitarbeiter für das Budget für Arbeit auf 47 Personen angestiegen ist und sieben Personen in Betreuung sind. Die Mitarbeiter aus dem Budget für Arbeit sind sowohl im Bereich Logistik, in den Grüngruppen sowie in der Reinigung beschäftigt.

Das in 2015 gestartete Kleidermobil hat sich im Rahmen der Flüchtlingssituation und der starken Nachfrage etabliert. Durch die veränderte Flüchtlingsslage zeichnete sich in 2017 ein Rückgang der Nachfrage ab.

Im Grünbereich ist eine unzureichende Gruppenbelegung sowie ein deutlicher Rückgang der Leistungsfähigkeit der AGH Teilnehmer zu beklagen, die sich unmittelbar auf die Produktivität der Gruppen auswirkt. Auch hier ist die sogenannte Vollbeschäftigung des Arbeitsmarkts zu spüren. Dies führt dazu, dass keine neuen Aufträge angenommen werden können, die der Wirtschaftlichkeit des Grünbereichs zugutekäme. Die allgemeine Auftragslage und – auslastung des Bereichs ist gut, aber ohne veränderte Rahmenbedingungen nicht weiter ausbaubar in 2018.

Die Voraussetzungen für den Aufbau einer Integrationsabteilung (Inklusionsabteilung) wurden in 2017 geschaffen. Der positive Bescheid über die Zusage der Förderung bis zu EUR 82.810,00 des KVJS ist im November 2017 eingegangen. Dieser ebnete den Weg für den Start der entsprechenden Abteilung, die ab 2018 im Grünbereich beginnt.

Im Bereich Logistik betreibt die BEQUA seit Herbst 2016 das Lager in Ettlingenweiler. Der Bereich ist langfristig angelegt und wird entsprechend über das Jahr 2017 hinaus weitergeführt. Hierüber werden auch Verlegungsfahrten und Ausstattungsaufträge abgewickelt.

Die Möbel- und Kleiderbörse in Ettlingen ist in 2017 weiterhin erfolgreich. Neben Transportaufträgen werden gespendete Kleider und Möbel sortiert und aufbereitet. Niederschwellige Beschäftigungsangebote können hier weiterhin in 2018 angeboten und ausgebaut werden.

Der Reinigungsbereich in Bruchsal war in 2017 ein konstantes Betätigungsfeld. Durch die Aufträge im ADAC Gebäude, der Handelslehranstalt und im TRIWO Park konnten auch wieder Menschen mit Behinderung beschäftigt werden. Der Bereich soll in 2018 weiter ausgebaut werden und neue Aufträge hinzukommen.

Die Bilanzsumme der BEQUA hat sich auf EUR 726.064,01 verringert (Vorjahr: EUR 825.782,36). Dies begründet sich hauptsächlich durch geringere Rückstellungen sowie einem Abbau der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	34,9%	37,5%	37,1%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	65,1%	62,3%	43,2%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	44,9%	38,3%	44,6%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	55,5%	61,6%	55,4%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	128,6%	102,2%	120,2%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	1,5%	1,2%	3,0%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	9,0%	8,9%	2,3%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)	4,2%	3,4%	0,6%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	59,3%	68,8%	67,0%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	77,4%	75,9%	74,7%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.2

Breitbandkabel

Landkreis Karlsruhe GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH
Beiertheimer Allee 2
76137 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 936 - 55000

Fax: 0721 / 936 - 55999

Email: BLK@landratsamt-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag datiert vom 14. Oktober 2014 (eingetragen im Handelsregister am 16. Oktober 2014) in der Fassung vom 16.03.2015 (eingetragen im Handelsregister am 18. März 2015).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Daseinsvorsorgeaufgabe des Schaffens der Voraussetzungen für eine Grundversorgung in allen 32 Städten und Gemeinden im Landkreis Karlsruhe und daran angrenzenden Regionen mit einem Breitbandkabel von 50 Mbit/s symmetrisch. Dabei soll ein landkreisweites Netz mit zwei Anschlüssen in allen Ortsteilen als Hochgeschwindigkeitsnetz (Backbone) errichtet werden. Zum Gegenstand des Unternehmens gehört dabei sowohl die Anmietung entsprechender Leitungen als auch die Errichtung erforderlicher Leitungsverbindungen zur Überlassung des gesamten Backbone an einen Betreiber, dem diese zur Verfügung gestellt werden.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen und Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, pachten oder verpachten sowie Unternehmensverträge schließen.

Die Gesellschaft erfüllt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§ 102 ff GemO Baden-Württemberg und beachtet die dort genannten Grundsätze.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die Vergabe der Ausschreibung zur Überlassung des gesamten Backbone an einen Betreiber erfolgte nach einem mehrstufigen Vergabeverfahren am 6. Juli 2015. Das wirtschaftlichste Angebot hatte dabei die Firma Inexio GmbH aus Saarlouis abgegeben, die den Zuschlag für den Betrieb des Open Access-Netzes bis 31.03.2029 erhalten hat.

	2014	2015	2016	2017
Anzahl aktiver Endkunden zum 31.12.	0	0	201	548
Überlassene Backboneinfrastruktur [m]	0	0	149.390	306.491

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000,00 €.

GESELLSCHAFTER

Landkreis Karlsruhe	51.000,00 €	51,00%
TelemaxX Telekommunkation GmbH	49.000,00 €	49,00%
zusammen	100.000,00 €	100,00%

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an anderen Unternehmen nicht beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der BLK besteht aus 13 Mitgliedern.

Mitglieder zum 31.12.2017:

Vorsitzender: Herr Landrat Dr. Schnaudigel

Herr Eberhard Oehler (Stv. Vorsitzender)
Herr Armin Baumgärtner
Herr Thomas Deuschle
Herr Edgar Geißler
Herr Thomas Nowitzki
Herr Helmut Oehler

Herr Dr. Karl Roth
Herr Markus Rupp
Herr Sebastian Schrempp
Herr Bernd Stober
Herr Jens Timm

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen im Jahr 2017 1 T€ (Vj. 1 T€).

Geschäftsführer

Herr Ragnar Watteroth, Kaufmännischer Geschäftsführer
Herr Andreas Tremmel, Technischer Geschäftsführer

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung inkl. Fahrtkostenpauschale betrugen 2017 wie im Vorjahr 16,8 T€.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Die durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung) nach Gruppen stellen sich wie folgt dar:

Vollzeit: 0 Mitarbeiter

Teilzeit: 5 Mitarbeiter

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 €	31.12.15 €	31.12.16 €	31.12.17 €
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	480	1.120	4.314
Sachanlagen	0	60.796	417.565	1.557.378
Finanzanlagen	0	0	0	0
	0	61.276	418.685	1.561.692
Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.809	185.353	1.064.464	734.990
Flüssige Mittel	202.752	954.674	419.097	350.692
	226.561	1.140.027	1.483.560	1.085.682
Sonstige Aktiva	0	0	0	0
Bilanzsumme	226.561	1.201.303	1.902.245	2.647.373
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	100.000
Gewinnvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0
	100.000	100.000	100.000	100.000
Sonderposten				
- für Zuschüsse des Landes	0	0	0	382.618
- für Zuschüsse der Gemeinden	0	0	0	1.531.208
Rückstellungen	0	5.000	69.000	16.000
Verbindlichkeiten	126.561	1.096.303	1.733.245	617.547
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	126.561	1.101.303	1.802.245	2.547.373
Bilanzsumme	226.561	1.201.303	1.902.245	2.647.373

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 €	2015 €	2016 €	2017 €
Umsatzerlöse	0	10.460	1.143.413	2.913.791
Sonstige betriebliche Erträge	86.174	398.397	925.190	838.151
Betriebliche Erträge	86.174	408.858	2.068.603	3.751.942
Materialaufwand	0	10.360	1.099.185	2.719.112
Personalaufwand	18.239	38.272	43.536	51.092
Abschreibungen	0	160	6.071	15.802
Sonstige betriebliche Aufwendungen	67.935	360.066	919.810	965.936
Betriebliche Aufwendungen	86.174	408.858	2.068.603	3.751.942
Betriebsergebnis	0	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Finanzergebnis	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGSCHAFTEN DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis Karlsruhe leistete 2017 keine Kapitalzuführung/Gesellschafterzuschüsse an die BLK GmbH.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Im Jahr 2017 wurden keine Umsatzerlöse (VJ 44 T€) aus Netzbetreiberentgelten berücksichtigt. Ursächlich dafür ist die unklare Abrechnung mit dem Netzbetreiber inextio. Im Jahr 2018 wird die Abrechnungsmodalität geklärt, so dass für das Jahr 2018 wieder Netzbetreiberentgelte realisiert werden können.

Umsatzerlöse für die Weiterveräußerung von Bauleistungen belaufen sich auf ca. 2,9 Mio. € (VJ 1,1 Mio. €). Dies spiegelt sich auch in den Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 2,7 Mio. € (VJ 1,1 Mio. €) wider.

Sonstige betriebliche Erträge entstanden durch die Auflösung der Zuschüsse von Gemeinden in Höhe von rd. 801 T€, die Auflösungen der Sonderposten des Backbone-Netzes von rd. 36 T€ und durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von rd. 1 T€.

Die Personalaufwendungen betrugen rd. 51 T€ (VJ. rd. 44 T€). Abschreibungen entstanden in Höhe von rd. 16 T€, davon für das Backbone-Netz rd. 14 T€ (VJ. rd. 6 T€).

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Die verwendeten Mittel der Gemeinden im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit werden für investive Vorgänge im Jahr 2017 erstmalig auch in einen Sonderposten umgegliedert. Die Umgliederung erfolgt für investive Baumaßnahmen des Backbone-Netzes. Relevant sind bereits in Nutzung gegangene Strecken und Anlagen im Bau. Die Abschreibungsdauer dieses „Sonderpostens Gemeinden“ beträgt 20 Jahre analog zur Abschreibungsdauer des Anlagevermögens.

Der ausgewiesene Sonderposten für Zuschüsse der Gemeinden in Höhe von derzeit rd. 1,5 Mio. € trennt folglich die verwendete und bislang auch als „Verbindlichkeiten gegenüber den Gemeinden“ ausgewiesene Umlagezahlung von den noch nicht verwendeten Umlagezahlungen der Gemeinden.

Die Neutralisierung des Jahresergebnisses erfolgt weiterhin über die Position „Verbindlichkeiten gegenüber den Gemeinden“ im Posten „sonstige Verbindlichkeiten“.

Im Jahr 2017 wurden rd. 801 T€ (VJ. rd. 925 T€), enthalten in der Position „sonstige betriebliche Erträge“ i. H. v. 838 T€, als sonstiger betrieblicher Ertrag zur Erzielung eines ausgeglichenen Ergebnisses aufgelöst.

Ausblick

2018 wird die interkommunale Zusammenarbeit im Landkreis Karlsruhe alleine über FTTB/H-Anschlüsse über 2.600 Kunden erreichen können. Sobald die alten Internetverträge der Kunden auslaufen, erwartet die BLK GmbH einen Wechsel der Kunden auf das schnelle Internet der kommunalen Glasfaserkabel.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage		2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)		5,1%	22,0%	59,0%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)		94,9%	78,0%	41,0%
II. Finanzlage		2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)		8,3%	5,3%	3,8%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)		91,7%	94,7%	96,2%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)		163,2%	23,9%	6,4%
III. Ertragslage ¹⁾		2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)		0,0%	0,0%	0,0%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)		0,0%	0,0%	0,0%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ ((Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 /		0,0%	0,0%	0,0%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)		2,6%	55,3%	77,7%
IV. Personal		2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)		9,4%	2,1%	1,4%

Erläuterungen:

- 1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.
 2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.3

Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH

ALLGEMEINE ANGABEN

Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH (BRLK)
Werner-von-Siemens-Straße 2-6
76646 Bruchsal

Tel.: 07251 / 9820-6408
Fax: 07251 / 9820-5111

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag vom 13.05.1992 in der Fassung vom 01.12.2005.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Bau und der Betrieb von eigenen Verwertungs- und Behandlungsanlagen für die Kompostierung, die Baustellenmischabfallsortierung, für Bauschutt und Erdaushub, Straßenaufbruch, Umladestationen, Deponiegasanlagen, Deponiesickerwasser-aufbereitungsanlagen im Landkreis Karlsruhe, der Betrieb von Hausmüll- und Erdaushubdeponien und die Entsorgung von Stoffen, für die gesetzliche Entsorgungspflichten im Sinne des §14 Landesabfallgesetz bestehen, außerdem die Planung, der Bau und Betrieb von weiteren Anlagen, die im Rahmen der Entsorgungspflicht des Landkreises Karlsruhe zu erstellen sind sowie das Einsammeln und Befördern von Abfällen.

Gegenstand ist insbesondere auch die Verwirklichung des Rahmenvertrages zwischen dem Landkreis Karlsruhe und der Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH über die Behandlung von Biomüll, Aussortieren von Baustellenmischabfällen, Aufbereitung von Bauschutt und Straßenaufbruch sowie das Umladen von Abfällen im Landkreis Karlsruhe.

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital betrug wie im Vorjahr 1.533.875,64 €.

GESELLSCHAFTER

Die Gesellschaftsanteile werden seit Dezember 2004 ausschließlich vom **Landkreis Karlsruhe** gehalten. Die BRLK ist somit eine Eigengesellschaft des Landkreises. Gemäß der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Karlsruhe und dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe (AWB) vom 05.04/06.04.2005 wird die Beteiligung vollständig beim AWB ausgewiesen.

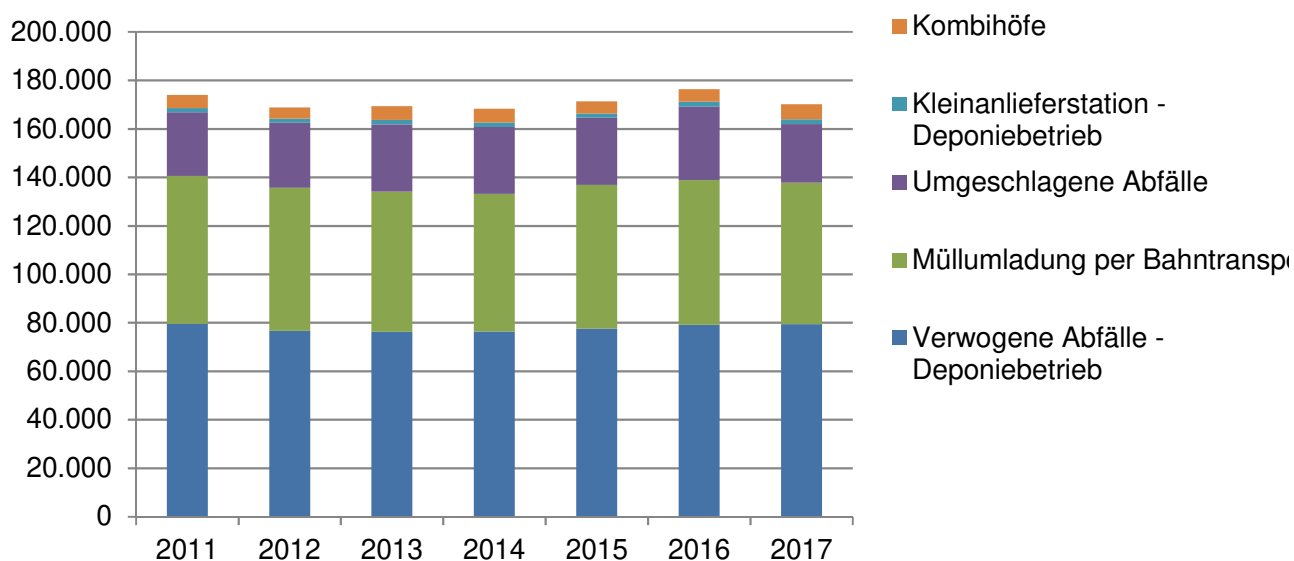
ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an anderen Unternehmen nicht beteiligt.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Mengenentwicklung	2014	2015	2016	2017
	Mg ¹⁾ /Jahr	Mg ¹⁾ /Jahr	Mg ¹⁾ /Jahr	Mg ¹⁾ /Jahr
Verwogene Abfälle	76.390	77.540	79.110	79.360
per Schiene transportierte Abfälle	56.800	59.300	59.720	58.340
Umgeschlagene Abfälle (per LKW)	27.610	27.670	30.420	24.190
Kleinanlieferstation	1.850	1.780	1.870	1.990
Kombihöfe	5.620	5.000	5.180	6.220
zusammen	168.270	171.290	176.300	170.100

¹⁾ Megagramm (ehemals Tonnen)



ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung) betrug 27 Mitarbeiter. Am 31. Dezember 2017 waren als Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig: ein Deponieleiter, ein technischer Angestellter, ein Kassenmitarbeiter, sechs Deponiearbeiter und achtzehn Arbeiter als geringfügig Beschäftigte (Minijobs).

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Verwaltungsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat vertreten.

Verwaltungsrat

Herr Dr. Christoph Schnaudigel, Landrat

Dem Verwaltungsrat wurden innerhalb des Geschäftsjahres keine Sitzungsgelder vergütet. In der Gesellschafterversammlung vom 19.06.2007 wurde beschlossen, dass alle Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrats bis auf weiteres direkt von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen werden.

Geschäftsführer

Herr Dipl.-Geologe Uwe Bartl

An die Geschäftsführung wurden 4.680,00 € vergütet.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	0	0
Sachanlagen	715	549	391	283
Finanzanlagen	0	0	0	0
	715	549	391	283
Umlaufvermögen				
Vorräte	25	25	24	24
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	165	125	212	66
Flüssige Mittel	1.605	1.719	1.780	1.941
	1.795	1.869	2.015	2.031
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	3
Bilanzsumme	2.510	2.418	2.407	2.317
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	1.534	1.534	1.534	1.534
Gewinnvortrag	181	181	181	181
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	62	57	60	59
	1.777	1.772	1.775	1.774
Rückstellungen	74	71	77	58
Verbindlichkeiten	659	575	555	485
	733	646	632	543
Bilanzsumme	2.510	2.418	2.407	2.317

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	2.194	2.085	2.278	2.108
Sonstige betriebliche Erträge	3	7	7	24
Betriebliche Erträge	2.197	2.092	2.286	2.132
Materialaufwand	875	886	822	852
Personalaufwand	540	559	557	539
Abschreibungen	195	185	172	150
Sonstige betriebliche Aufwendungen	483	367	639	499
Betriebliche Aufwendungen	2.093	1.998	2.191	2.040
Betriebsergebnis	104	94	95	92
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	7	6	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24	22	19	16
Finanzergebnis	-16	-14	-13	-11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	87	80	82	81
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21	19	20	20
Sonstige Steuern	4	3	2	2
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	62	57	60	59

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRG-SCHAFTEN DES LANDKREISES KARLSRUHE

Finanzielle Beziehung zum Landkreis Karlsruhe:

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Jahresüberschuss	62	57	60	59
Landkreisanteil	62	57	60	59
Gewinnausschüttung/Verlustübernahme Landkreis Karlsruhe¹⁾	62	57	60	59

1) Da der Eigenbetrieb Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe die Übernahme der gesamten Geschäftsanteile im Jahr 2004 finanziert hat, fließt diesem der Gewinn zur Verzinsung und Refinanzierung wieder zu.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Das Jahr 2017 schloss mit einer Bilanzsumme von 2.317.053,47 €. Davon entfallen auf der Aktivseite auf das Anlagevermögen 283.077,00 €, auf das Umlaufvermögen 2.031.215,43 € und auf Rechnungsabgrenzungsposten 2.761,04 €. Auf der Passivseite entfallen auf das Eigenkapital 1.773.973,21 €, auf die Rückstellungen 58.194,24 € und auf die Verbindlichkeiten 484.886,02 €.

Das Anlagevermögen der BRLK besteht aus Sachanlagen zu einem Restbuchwert von ca. 0,3 Mio. €. Der Großteil wird dabei der Müllumladestation zugerechnet. Im Jahr 2017 wurden Investitionen in Höhe von rund 42.000 € getätigt.

Das Wirtschaftsjahr 2017 verlief, wie in den Vorjahren, wiederum erfolgreich. Der geplante Jahresüberschuss für das Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von 54.400 € konnte übertroffen werden. Mit einem Jahresüberschuss von 58.659,46 € hat die Gesellschaft erneut ein gutes Geschäftsergebnis erreicht.

Die Umsatzerlöse betrugen im Jahr 2017 rund 2,1 Mio. €. Der größte Teil der Umsätze (ca. 2,0 Mio. €) stammt aus den Betreiberverträgen mit dem Landkreis (Deponiebetrieb, Müllumladestation, Gasverwertung und Kombihöfe). Daneben erwirtschaftete die BRLK durch die Übernahme von Verladearbeiten im Auftrag der SUEZ Süd GmbH ca. 107 T€ an weiteren Erlösen.

Die Gesamtkosten der Gesellschaft (ohne Steuern) lagen mit 2,06 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres. Mit rund 700 T€ entfällt vom Materialaufwand der größte Teil der Kosten auf den Bahntransport (Güterzugbetrieb) von Restmüll zur Müllverbrennungsanlage in Mannheim. An Personalaufwendungen fielen 539 T€ für eigenes und 117 T€ für fremdes Personal an. Trotz tariflicher Lohnerhöhungen ist der Personalaufwand leicht gesunken. Durch langfristige Krankheitsfälle musste dafür mehr Leihpersonal eingesetzt werden.

Der Jahresüberschuss von rund 59 T€ liegt etwa auf dem Wert des Vorjahres (60 T€). Im Wirtschaftsplan 2017 war ein Überschuss von rund 54 T€ geplant.

Ausblick für das Jahr 2018

Das Geschäftsjahr 2018 verläuft bisher, insgesamt betrachtet, nahezu planmäßig. Nach Ablauf der Zinsbindung ist im Juni 2018 die Kompletttilgung der Restschuld des Bankkredites vorgesehen, mit dem die Müllumladestation finanziert wurde. Dies wurde bereits mit der Bank abgestimmt. Seit Januar 2018 betreibt die BRLK auch die Kombihöfe in der Stadt Bruchsal. Der Betrieb verläuft bisher reibungslos. Sondereffekte sind aus heutiger Sicht für 2018 nicht zu erwarten.

Das Jahr 2018 wird danach voraussichtlich ebenfalls mit einem Überschuss abschließen.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlageintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	22,7%	16,3%	12,2%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	77,3%	83,7%	87,7%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	73,3%	73,7%	76,6%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	26,7%	26,3%	23,4%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	322,6%	453,8%	626,7%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	2,7%	2,6%	2,8%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	3,2%	3,4%	3,3%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)	3,4%	3,3%	3,3%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	102,4%	102,1%	102,1%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	27,4%	25,0%	25,9%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.4

Baden-Airpark

Beteiligungsgesellschaft mbH

ALLGEMEINE ANGABEN

Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH (BTG)
Flughafen Karlsruhe / Baden-Baden
Victoria Boulevard A 106
77836 Rheinmünster

Tel.: 07229 / 66-2125

Fax : 07229 / 66-2309

Email: Amt11@Landkreis-Rastatt.de

Homepage: www.baden-airpark.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 2000 in der Fassung vom 11.07.2007.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck der Gesellschaft ist die Beteiligung von Kommunen, Landkreisen und sonstigen öffentlichen Körperschaften sowie ggf. Privaten aus der Region an der als Tochtergesellschaft der Flughafen Stuttgart GmbH gegründeten Baden-Airpark Erwerbs GmbH, heute Baden-Airpark GmbH.

Deren Zweck ist im Wesentlichen die Errichtung und der Betrieb des Gewerbeparks Baden-Airpark sowie des Regionalflughafens Karlsruhe/Baden-Baden und die Übernahme der dafür erforderlichen Grundstücke und Anlagen sowie die Einrichtung und der Betrieb bzw. Ermöglichung von Freizeiteinrichtungen auf dem Konversionsgelände.

Die Gesellschaft verfolgt nach § 2 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich öffentliche Zwecke i.S.d. § 103 Abs. 1 Nr. 2 GemO BW.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Zweck der Gesellschaft ist die Beteiligung von Kommunen, Landkreisen und sonstigen öffentlichen Körperschaften sowie ggf. Privaten aus der Region an der als Tochtergesellschaft der Flughafen Stuttgart GmbH gegründeten Baden-Airpark Erwerbs GmbH, heute Baden-Airpark GmbH.

Im Berichtsjahr 2017 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt, in denen die Sitzungen der Baden-Airpark GmbH seitens der Gesellschafter der BTG vorberaten wurden.

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital betrug wie im Vorjahr 32.800,00 €.

GESELLSCHAFTER

Stadt Karlsruhe	14.400,00 €	43,90 %
Stadt Baden-Baden	5.100,00 €	15,55 %
Landkreis Karlsruhe	4.150,00 €	12,65 %
Landkreis Rastatt	4.150,00 €	12,65 %
Gemeinde Hügelshiem	1.600,00 €	4,88 %
Gemeinde Rheinmünster	1.600,00 €	4,88 %
Stadt Bühl	1.400,00 €	4,27 %
Stadt Rheinau	400,00 €	1,22 %
zusammen	32.800,00 €	100,00 %

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft hält eine Beteiligung in Höhe von 34,17 % an der Baden Airpark GmbH (BAG) mit Sitz in Rheinmünster-Söllingen.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den **Landrat** vertreten.

Geschäftsführung

Herr Dieter Au
Herr Burkhard Jung (Prokurist)

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Während des Jahres 2017 beschäftigte die BTG durchschnittlich 2 (Vj.: 2) Personen.

WICHTIGE VERTRÄGE

In der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg, der Flughafen Stuttgart GmbH (FSG) und der Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH (BTG) vom 30.07.2003 haben sich die FSG und die BTG als Gesellschafter der Baden-Airpark GmbH verpflichtet, zu deren Fortentwicklung, insbesondere für Investitionen und Folgelasten in den Jahren 2003 bis 2015 in jährlich gleichen Teilbeträgen Gesellschafterzuschüsse an die Baden-Airpark GmbH in Höhe von insgesamt 114 Mio. € im Verhältnis zwei Drittel (FSG) und zu einem Drittel (BTG) zu leisten.

Mit Datum vom 22.12.2015 haben das Land Baden-Württemberg, die FSG und die BTG eine Fortführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung vom 30.07.2003 abgeschlossen. Die Beteiligten sind sich einig, dass derzeit eine weitere Aufstockung der Kapitalrücklage nicht erforderlich ist. Die noch offene Einzahlungsverpflichtung der BTG in die Kapitalrücklage der BAG in Höhe von 134 TEUR zuzüglich der per 31.12.2015 gebuchten Zinsen in Höhe von 54 TEUR entfällt. Zum Ausgleich einer hierdurch bedingten weiteren Erhöhung der disquotalen Dotierung der Kapitalrücklage wurde die FSG ermächtigt, zulasten der Kapitalrücklage 377 TEUR zu entnehmen.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	0	0	0	0
Finanzanlagen	43.636	46.425	46.425	46.425
	43.636	46.425	46.425	46.425
Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	182	22	1	0
Flüssige Mittel	42	24	46	43
	224	47	47	43
Bilanzsumme	43.860	46.472	46.471	46.467
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	33	33	33	33
Kapitalrücklage	40.636	46.425	46.425	46.425
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0
	40.669	46.458	46.457	46.457
Rückstellungen	7	12	12	9
Verbindlichkeiten	184	2	2	1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	191	14	14	10
Bilanzsumme	43.860	46.472	46.471	46.467

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	28	81	28	28
Betriebliche Erträge	28	81	28	28
Materialaufwand	0	0	0	0
Personalaufwand	12	12	12	13
Abschreibungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16	69	16	16
Betriebliche Aufwendungen	28	81	28	28
Betriebsergebnis	0	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	7	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	7	0	0
Finanzergebnis	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	0	0	0	0
Gewinn-/ Verlustvortrag Vorjahr	0	0	0	0
Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	0	0	0	0

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGSCHAFTEN DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis hatte an die BTG 2017 folgende Zahlung geleistet bzw. erhalten:

Betriebskostenumlage 2017 3.775,00 € (Vj.: 3.576 €)

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr an den Entscheidungen der Baden-Airpark GmbH entsprechend den im Gesellschaftsvertrag verankerten Zuständigkeiten eingebunden und steht in Abhängigkeit zur Entwicklung der BAG (siehe Geschäftsverlauf Baden-Airpark II. 3.1.1).

Chancen und Risiken der weiteren Entwicklung

Die 2014 begonnenen Gespräche über eine Fortführungsvereinbarung zur Ende 2015 auslaufenden Rahmenvereinbarung von 2003 konnten im Dezember 2015 erfolgreich abgeschlossen werden. Am 22. Dezember 2015 unterzeichneten die Vertreter des Landes Baden-Württemberg, der Flughafen Stuttgart GmbH und der Baden Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH eine Vereinbarung, die die Zukunft des Baden-Airparks sichert. In dieser Vereinbarung wird neben der Absicht, den Baden-Airpark über das Jahr 2015 hinaus weiter zu betreiben, gemeinsam festgestellt, dass hierfür kein weiterer Finanzbedarf besteht und die Beteiligungsverhältnisse mit 65,83 % (FSG) und 34,17 % (BTG) unverändert bleiben.

Die Entwicklung der BTG ist an die Entwicklung des Baden-Airparks gekoppelt. Nach Einschätzung der Geschäftsführung der BAG sind derzeit keine Faktoren zu erkennen, die Bestand gefährdend seien oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Baden-Airpark GmbH wesentlich beeinträchtigen könnten. Die Geschäftsführung der Baden Airpark Beteiligungsgesellschaft schließt sich dieser Einschätzung an.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	99,9%	99,9%	99,9%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	0,1%	0,1%	0,1%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	100,0%	100,0%	100,0%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	0,0%	0,0%	0,0%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	100,1%	100,1%	100,1%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	-	-	-
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	0,0%	0,0%	0,0%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ ((Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 /	0,0%	0,0%	0,0%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	0,0%	0,0%	0,0%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	14,9%	42,7%	44,6%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.5

Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH
Schloss Stutensee
76297 Stutensee

Tel.: 07249 / 9441-0

Fax: 07249 / 9441-20

Email: info@jugend-schloss.de

Homepage: www.jugend-schloss.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag vom 02.12.2009.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen der Jugend- und Behindertenhilfe im Rahmen des § 102 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg sowie einer Sonderschule für Erziehungshilfe.

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, die Erziehung von Kindern und jungen Erwachsenen durch die Erbringung von Leistungen im Rahmen des SGB VIII (Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte) zu fördern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. d. Abgabenordnung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus den oben genannten Ausführungen und spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB.

In entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe der Gemeinden geltenden Vorschriften stellt die Geschäftsführung jährlich einen Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan mit Stellenübersicht) auf.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Umsatzerlöse nach Leistungsträgern	2014 in %	2015 in %	2016 in %	2017 in %
Stadt Karlsruhe	26,00%	24,30%	18,30%	18,40%
Landkreis Karlsruhe	41,30%	41,80%	57,30%	54,20%
Justizministerium Mainz				1,60%
Stadt Pforzheim				1,50%
Stadt Heilbronn				1,30%
Summe aller Restlichen	32,70%	33,90%	24,40%	23,00%
Gesamt	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%
Umsatzerlöse	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Sondereinrichtungen	3.092	3.262	3.780	3.318
Wohngruppen (ab 2016 inkl. UMA)	1.864	2.002	3.905	4.842
Tagesbetreuung	2.904	2.876	2.945	3.272
Mobile Hilfen	1.673	1.753	1.810	1.608
Schule	558	581	588	576
Sonstiges	62	59	65	119
Zuschüsse f. lfd. Zwecke	3.983	4.228	4.312	4.185
Gesamt	14.136	14.761	17.405	17.920

Fallzahlen	2016	2017
Jugendhilfefälle ¹⁾	326	298
Ambulante Maßnahmen	128	133
Schüler	255	258

1) Wohngruppen und Tagesgruppen

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital beträgt 100.000,00 €.

GESELLSCHAFTER

Landkreis Karlsruhe	100.000,00 €	100,00%
---------------------	--------------	---------

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an keinen anderen Unternehmen beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den **Landrat** vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH besteht aus 8 Mitgliedern.

Mitglieder

Vorsitzender: Landrat Dr. Christoph

Herr Dr. Matthias Ehrlein (Stv. Vorsitzender)	Kreisrat, Landkreis Karlsruhe
Herr Klaus Demal	Kreisrat, Landkreis Karlsruhe
Frau Dr. Doreen Fischer	Kreisrätin, Landkreis Karlsruhe
Herr Uwe Fließ	Kreisrat, Landkreis Karlsruhe
Frau Karin Langeneckert	Direktorin Sozial- und Jugend Stadt Karlsruhe
Herr Heinrich Sickinger	Kreisrat, Landkreis Karlsruhe
Frau Erika Schäfer (nicht stimmberechtigt)	Betriebsratvorsitzende Schloss Stutensee

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen im Jahr 2017 640,00 € (Vj.: 960,00 €).

Geschäftsführer

Herr Jens Brandt (ab 01.12.2017)

Herr Werner Deusch (bis 31.12.2017)

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Während des Jahres 2017 beschäftigte die Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH durchschnittlich 273 (Vj.: 259) Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer und ohne Sonderstatus, wie Elternzeit, Vorpraktikanten etc.).

WICHTIGE VERTRÄGE

- a) Mietvertrag über die Vermietung der Liegenschaft in Stutensee zwischen der Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH und dem Landkreis Karlsruhe vom 08.11.2013.
- b) Spaltungs- und Übernahmevertrag sowie Spaltungsplan vom 04.08.2009.
- c) Drei Darlehensverträge mit der DKB vom 12.11.2010, 26.08.2015 und 13.10.2015.
- d) Erbbauvertrag zwecks Errichtung eines Schulhauses vom 16.02.2011 mit dem Landkreis Karlsruhe.

VERMÖGENSLAGE

Aktivseite	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	13	13	12
Sachanlagen	3.997	3.991	4.058	4.120
Finanzanlagen	1	1	1	1
	4.004	4.005	4.072	4.133
Umlaufvermögen				
Vorräte	50	63	84	115
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.963	2.752	3.076	3.225
Flüssige Mittel	165	45	38	49
	2.178	2.860	3.198	3.389
Rechnungsabgrenzungsposten	111	429	1.029	1.020
Bilanzsumme	6.293	7.294	8.298	8.542
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100	100	100	100
Kapitalrücklage	1.223	1.223	1.223	1.223
Gewinnrücklage	101	101	101	101
Gewinnvortrag	182	26	126	45
	1.606	1.486	1.550	1.468
Sonderposten	730	710	690	671
Rückstellungen	715	599	360	365
Verbindlichkeiten	3.242	4.499	5.653	6.039
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	45	0
	4.687	5.808	6.748	7.074
Bilanzsumme	6.293	7.294	8.298	8.542

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	847	-1.147	-75	112
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-419	-355	-446	-455
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-280	1.382	514	354
Veränderung des Finanzmittelfonds	148	-120	-7	11
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	17	165	45	38
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	165	45	38	49

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	14.136	14.761	17.405	17.920
Sonstige betriebliche Erträge	86	115	182	257
Betriebliche Erträge	14.222	14.876	17.587	18.177
Materialaufwand	1.435	1.521	1.675	1.675
Personalaufwand	10.499	11.114	13.079	13.580
Abschreibungen	319	335	359	373
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.820	1.932	2.315	2.514
Betriebliche Aufwendungen	14.073	14.902	17.428	18.142
Betriebsergebnis	149	-27	159	35
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	24	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	79	85	108	111
Finanzergebnis	-79	-85	-84	-69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	70	-112	75	-69
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	8	8	11	12
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	62	-120	64	-81

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Zum Stand 31.12.2017 bestanden Ausfallbürgschaften zur Sicherung mehrerer Darlehen gegenüber folgenden Kreditinstituten zu Gunsten der Jugendeinrichtung Schloss Stutensee gGmbH (Stand der Darlehen zum 31.12.2017).

- Landeskreditbank BW	706.155,00 €
- Deutsche Kreditbank AG	982.819,50 €
- Deutsche Kreditbank AG	1.556.384,78 €
- Deutsche Kreditbank AG	220.000,00 €
	3.465.359,28 €
 - Kassenkredit an die Jugendeinrichtung (Stand 31.12.2017)	 1.000.000,00 €

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Die Belegsituation war in 2017 über alle Sparten mit 85,33 % Auslastung insgesamt gesehen als noch gut zu bezeichnen. Etwas geringer war die Auslastung im Heinrich-Wetzler-Haus (HWH) mit 83,9 % und in den Wohngruppen mit 81,3 %.

Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse auf rd. 17.920 T€ und damit um rd. 515 T€ bzw. rd. 3,0 % gegenüber dem Vorjahr. Das Planziel von rd. 18.965 T€ wurde damit um rd. 1.045 T€ unterschritten. Dies beruht hauptsächlich auf der Minderauslastung der neu eingerichteten UMA-Gruppen.

Wie in den Jahren zuvor stellt der Personalaufwand mit rd. 13.579 T€ die größte Aufwandsposition dar. Es wurde eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rd. 501 T€ verzeichnet.

Die Investitionen betrugen rd. 435 T€ und lagen um rd. 204 T€ über dem Planansatz. Nicht geplant waren hohe Investitionen in mieterseitige Einbauten (z. B. Komplettsanierung Wohngruppe 20 und Büromöbel), selbst erstellte Parkplätze, der vorzeitige Kauf eines Fahrzeuges Ende 2017, welches für 2018 vorgesehen war, und Abschlussarbeiten an der energetischen Sanierung.

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 244 T€ erhöht. Die Erhöhung resultiert, neben kleineren Änderungen, im Wesentlichen aus dem Anstieg der anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung um rd. 148 T€ auf rd. 1.143 T€, dem Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um rd. 410 T€ auf rd. 2.407 T€ und der Verringerung der Sonstigen Vermögensgegenstände um rd. 260 T€ auf rd. 819 T€.

Das Gesamtkapital stieg ebenfalls um rd. 244 T€ an. Hervorzuheben sind hierbei die Erhöhung der Bankverbindlichkeiten um rd. 354 T€, resultierend aus erhöhter Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten abzüglich den planmäßigen Tilgungen der Darlehen, und der Rückgang des Bilanzgewinns um den Jahresfehlbetrag.

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 81.472,68 €.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	54,9%	49,1%	48,4%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	39,2%	38,5%	39,7%
3. Investitionen	368 T€	428 T€	435 T€

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	20,4%	18,7%	17,2%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	79,6%	81,3%	82,8%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	37,1%	38,1%	35,5%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	-0,8%	0,4%	-0,4%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	-8,1%	4,1%	-5,5%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)	-0,5%	2,1%	0,4%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	98,4%	99,2%	98,1%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	74,1%	74,5%	74,3%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II.2.2.6 Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH



**Kliniken des Landkreises
Karlsruhe gGmbH**

Im Verbund der RKH Regionale
Kliniken Holding GmbH

ALLGEMEINE ANGABEN

Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH
Gutleutstr. 1-14
76646 Bruchsal

Tel.: 07251 / 708-0

Fax: 07251 / 708-5749

Homepage / Email: www.fuerst-stirum-klinik.de / info.bs@kliniken-lk.de
www.rechbergklinik.de / info.br@kliniken-lk.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Rechtliche Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag vom 21.07.2009.

Neben dem Gesellschaftsvertrag wurde am 21.07.2009 auch ein Konsortialvertrag zwischen dem Enzkreis, dem Landkreis Ludwigsburg, der Großen Kreisstadt Bietigheim-Bissingen, dem Landkreis Karlsruhe, der RKH, den Kliniken Ludwigsburg Bietigheim gGmbH, den Enzkreis-Kliniken gGmbH sowie den KLK abgeschlossen.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck der Gesellschaft ist die bedarfsgerechte medizinische und pflegerische Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Karlsruhe, insbesondere durch vor-, nach-, teil- oder vollstationäre sowie ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen in Krankenhäusern.

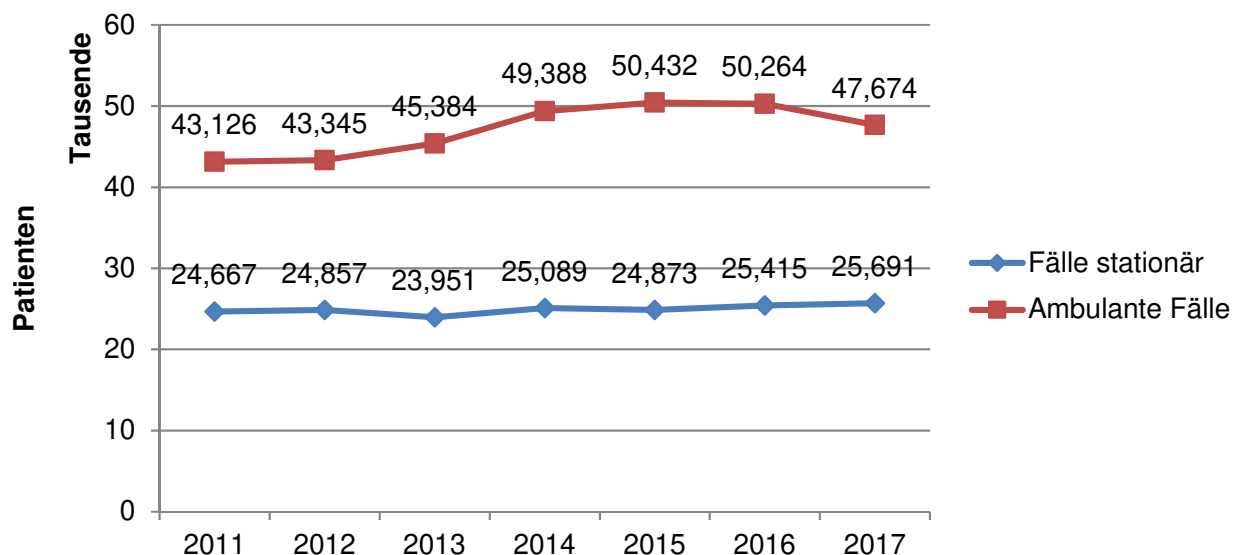
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der "Fürst-Stirum-Klinik" in Bruchsal und der "Rechbergklinik" in Bretten. Die Gesellschaft wird diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiterentwickeln. Die KLK hat zum 01.01.2009 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Belegungsdaten und Auslastung ¹⁾

	2016	2017
Fälle (stationär)		
Krankenhaus Bruchsal	18.369	18.652
Krankenhaus Bretten	7.046	7.039
Insgesamt	25.415	25.691
Case-Mix		
Krankenhaus Bruchsal	17.389,27	17.219,70
Krankenhaus Bretten	6.976,36	6.721,41
Insgesamt	24.365,63	23.941,11
Fallschwere (DRG) ²⁾		
Case-Mix-Index ³⁾		
Krankenhaus Bruchsal	0,958	0,935
Krankenhaus Bretten	0,990	0,955
Verweildauer ⁴⁾		
Krankenhaus Bruchsal	5,41	5,39
Krankenhaus Bretten	6,20	6,03
ambulante Fälle		
Krankenhaus Bruchsal	34.027	32.462
Krankenhaus Bretten	16.237	15.212
Insgesamt	50.264	47.674

- 1) Darstellung unter Verwendung eines einheitlichen Katalogs für Inlieger und Überlieger. Ermittlung der Daten gemäß den gesetzlichen Vorgaben der Fallpauschalenverordnung bzw. Bundespflegesatzverordnung incl. Tagesbezogene Entgelte, Ausländische Patienten nach § 3 Abs. 7 KHEntgG bzw. § 3 Abs. 4 BpflV und kosmetische Operationen.
- 2) Diagnosis Related Groups (Diagnosebezogene Fallgruppen)
- 3) Der Case Mix Index (CMI) beschreibt in Abrechnungs- und Managementsystemen, die mit Diagnosis Related Groups (DRG) arbeiten, den durchschnittlichen Schweregrad der in der betreffenden Einrichtung im Laufe eines Zeitraumes behandelten Fälle.
- 4) Durchschnittliche Verweildauer in Tagen



STAMMKAPITAL

Das Stammkapital wurde mit Beschluss der Gesellschafterversammlung und auf Grundlage des Ausgliederungs- und Übernahmevertrags vom 21. Juli 2009 um 3.975.000 € auf 4.000.000 € erhöht. Die Übernahme der Stammeinlage erfolgte durch den Landkreis Karlsruhe, der in Höhe der Stammeinlage ab 01. Januar 2009 am Gewinn und Verlust der Gesellschaft beteiligt ist.

GESELLSCHAFTER

Landkreis Karlsruhe	1.960.000,00 €	49,00%
Regionale Kliniken Holding - RKH GmbH	2.040.000,00 €	51,00%
zusammen	4.000.000,00 €	100,00%

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft hält 100% Geschäftsanteile an der Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH.

WICHTIGE VERTRÄGE

- a) Personalüberleitungsvertrag vom 06.07.2009 über die Anwendung der für den Landkreis am 31.12.2008 geltenden Tarifverträge einschließlich der bezirklichen Zusatzverträge für die anlässlich der Einbringung der Gesellschaft übernommenen Mitarbeiter.
- b) Der Landkreis stellte mit dem Dienstleistungsüberlassungsvertrag vom 06.07.2009 der Gesellschaft insgesamt sieben Beamte. Er ist mit Wirkung zum 01.01.2009 gültig. Zum 31.12.2017 waren noch fünf der sieben Beamten bei der KLK gGmbH tätig.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Die Anzahl der durchschnittlichen Mitarbeiter beträgt im Geschäftsjahr 2017 1.352 Beschäftigte (Vj. 1.352).

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den **Landrat** vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der KLK besteht aus 15 Mitgliedern.

Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender: Herr Landrat Dr. Christoph Schnaudigel
stv. Vorsitzender: Herr Klaus-Dieter Scholz

Vertreter des Landkreises:

Herr Thomas Ackermann	Herr Willy Nees	Herr Markus Rupp
Herr Karl-Heinz Burgey	Herr Michael Nöltner	Herr Klaus-Dieter Scholz
Herr Wolfgang Eberle	Herr Uwe Rohrer	Herr Jens Skibbe
Frau Dr. Iris Müller-Reinartz	Herr Eberhard Roth	Herr Martin Wolff

Vertreter des Betriebsrates

Herr Ioannis Papadopoulos	Herr Roland Walther
---------------------------	---------------------

Gastmitglied

Herr Manfred Köhler

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind ehrenamtlich tätig. Die Aufwendungen für Aufwandsentschädigungen anlässlich der Aufsichtsratssitzungen betragen 1.920 € (Vj. 2.440 €).

Geschäftsführung

Prof. Dr. Jörg Martin, Geschäftsführer

Frau Regionaldirektorin Susanne Jansen, Gesamtprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer.

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen. Die Auszahlungen erfolgten durch die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH und wurden im Rahmen des Managementvertrages verrechnet.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0	1
Sachanlagen	69.656	77.027	88.794	103.424
Finanzanlagen	25	25	25	25
	69.682	77.052	88.819	103.450
Umlaufvermögen				
Vorräte	2.666	2.913	2.768	2.891
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	50.967	55.939	91.733	69.366
Flüssige Mittel	11.373	5.883	15.101	20.908
	65.006	64.735	109.602	93.165
Ausgleichsposten nach dem KHG	5.919	5.919	5.920	5.920
Rechnungsabgrenzungsposten	3	4	13	3
	5.922	5.923	5.933	5.923
Bilanzsumme	140.610	147.710	204.354	202.538
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital/festgesetztes Kapital	4.000	4.000	4.000	4.000
Kapitalrücklagen	6.997	6.997	6.997	6.997
Gewinnvortrag	0	96	148	612
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	96	52	465	23
	11.093	11.145	11.609	11.632
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	63.642	71.330	83.449	98.480
Rückstellungen	10.678	10.438	10.858	11.644
Verbindlichkeiten	55.133	54.746	98.398	80.749
Ausgleichsposten nach dem KHG	52	45	38	32
Rechnungsabgrenzungsposten	12	7	2	1
	129.517	136.565	192.745	190.906
Bilanzsumme	140.610	147.710	204.354	202.538

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und dem Ergebnis der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Erlöse Krankenhausleistungen	77.808	79.240	81.855	83.063
Erlöse Wahlleistungen	2.709	3.389	3.925	4.090
Erlöse ambulante Leistungen	6.366	6.934	7.915	9.263
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.275	915	814	752
Umsatzerlöse nach § 277 I HGB, soweit nicht in Zeile 1 bis 4 enthalten	-	8.295	8.343	9.962
Bestandsveränderungen unfertiger Leistungen	-7	254	-115	85
Andere aktivierte Eigenleistungen	30	27	24	32
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand, soweit nicht zur Finanzierung von Investitionen	34	577	852	787
Sonstige betriebliche Erträge	11.275	1.676	3.698	1.607
Betriebliche Erträge	99.490	101.307	107.311	109.641
Personalaufwand	60.863	63.031	65.041	67.229
Materialaufwand	23.935	24.997	26.572	28.445
Betriebliche Aufwendungen	84.798	88.028	91.613	95.673
Zwischenergebnis	14.692	13.279	15.697	13.968
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	9.736	1.823	47.178	1.837
Erträge aus Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0	0	0	0
Erträge aus Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG	3.756	3.669	4.351	4.335
Erträge aus Auflösung des Ausgleichspostens f. Darlehensförderung	7	7	6	6
Aufwendungen aus Zuführung zu Sonder- posten/Verbindlichkeiten nach dem KHG	9.769	1.173	46.512	1.317
Aufwendungen für nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	0	663	826	534
	3.731	3.663	4.196	4.328
Abschreibungen	4.219	4.140	4.814	4.784
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.715	13.187	15.554	13.124
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	774	961	1.128	795
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	914	870	827	859
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	349	-294	-173	324
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	249	294	-642	297
Sonstige Steuern	4	53	4	5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	96	51	464	23

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	5.004	-1.607	-3.652	5.767
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-12.856	-11.525	-16.582	-19.415
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	18.505	11.097	29.452	19.455
Zahlungswirks. Veränderung des Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	10.652	-2.035	9.218	5.807
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-2.734	7.918	5.883	15.101
	7.918	5.883	15.101	20.908

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis hatte 2017 an die KLK folgende Zahlungen geleistet:

Kapitaldienst zur Tilgung von Altkrediten, zur Finanzierung von Neuinvestitionen und Sanierungsmaßnahmen sowie ggf. zur Rücklagendotierung für Neuinvestitionen. 5.000.000,00 €

Zum Stand 31.12.2017 bestanden Ausfallbürgschaften zur Sicherung mehrerer Darlehen gegenüber folgenden Kreditinstituten zu Gunsten der KLK gGmbH.

- Bayrische Hypo- und Vereinsbank AG	949.250,00 €
- Commerzbank AG	3.328.244,76 €
- Landesbank Baden-Württemberg	340.000,00 €
- Landesbank Hessen-Thüringen	3.993.962,74 €
- Landeskreditbank Baden-Württemberg	180.110,50 €
- Sparkasse Kraichgau	2.999.998,00 €
- Volksbank Bruchsal-Bretten	7.883.333,30 €
- Zusatzversorgungskasse des KVBW	1.071.750,00 €
- SPK Kraichgau	600.000,00 €
- Deutsche Kredit Bank 670 024 204 0	2.166.664,00 €
- Deutsche Kredit Bank 670 024 205 7	600.000,00 €
- Deutsche Kredit Bank 670 027 034 8	2.700.000,00 €
- Deutsche Kredit Bank 670 073 006 9	2.146.666,68 €
- Deutsche Kredit Bank 670 073 007 7	1.026.000,00 €
- Deutsche Kredit Bank 670 073 010 1	1.440.000,00 €
- Deutsche Kredit Bank 670 073 012 7	1.240.000,00 €
- Deutsche Kredit Bank 670 073 002 8	387.000,00 €
	<u>33.052.979,98 €</u>
- Kontokorrentkreditrahmen	10.000.000,00 €

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Das Geschäftsjahr 2017 entwickelte sich bezogen auf die Halbjahre und Standorte unterschiedlich. Während im ersten Halbjahr in Bruchsal mehr Fälle als geplant behandelt wurden, verlief Bretten unterhalb der Erwartungen. Bezogen auf das Gesamtjahr haben sich die Leistungen gegenüber dem Vorjahr trotz Fallzahlsteigerung durch rückläufige Fallschwere um 425 Case-Mix-Punkte verringert. Insbesondere reduzierte sich der Casemix für Fälle mit Beatmung an beiden Standorten.

Bei den ambulanten Fallzahlen war an beiden Standorten – vor allem bei den ambulanten Notfällen - ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Die wesentliche Ursache liegt darin, dass durch die Inbetriebnahme der KV-Notfallpraxis zum 01.07.2017 an der Fürst-Stirum-Klinik viele Notfall-Patienten mit leichten Erkrankungen nicht mehr durch das Krankenhaus behandelt werden müssen. Die Zahl der ambulanten Operationen lag in Bruchsal auf Vorjahresniveau, in Bretten hingegen rückläufig.

Das Jahresergebnis 2017 zeigte dennoch eine deutliche Ergebnisverbesserung gegenüber den Annahmen. Von der Ergebnisverbesserung entfallen auf das Betriebsergebnis rd. 99 T€, das Finanzergebnis rd. 105 T€, das Investitionsergebnis rd. 59 T€ und das Neutrale Ergebnis rd. 240 T€.

Für das Jahr 2017 war ein Minus von 480 T€ kalkuliert. Erzielt wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 22.868 T€.

Im Jahr 2017 wurden insgesamt 19,4 Mio. € (Vj. 16,6 Mio. €) für Investitionen u.a. in die weiteren Bauphasen der Fürst-Stirum-Klinik und des Klinikneubaus der Rechbergklinik eingesetzt.

Mit der Inbetriebnahme der Erweiterung des C-Baus im Februar/März 2015 wurde der erste Bauabschnitt in der Fürst-Stirum-Klinik abgeschlossen. Im Spätjahr 2015 wurde der zweite Bauabschnitt begonnen, der an der Stelle des vormaligen Ostteils des Wirtschaftsgebäudes einen Neubau (G-Bau) vorsieht. Nach Verlagerung der ursprünglich in diesem Ostteil untergebrachten Funktionen und Bereiche (z. B. Spülküche, Technischer Dienst) in ein neu errichtetes Ersatzgebäude und dem anschließenden Abbruch wurde im Februar 2016 mit den vorbereitenden Erdarbeiten und Aushub für den neuen G-Bau begonnen. Knapp ein Jahr später konnte bereits im Februar 2017 nach Errichtung des Rohbaus das Richtfest gefeiert werden. Die Fertigstellung wurde im April 2018 gefeiert. In dem neuen Gebäudeteil werden vorwiegend Funktions- und Stationsbereiche der Frauenklinik, der Urologischen Klinik und der Psychosomatik sowie die Apotheke untergebracht.

Die Rohbauarbeiten für den Neubau der Rechbergklinik wurden im Februar 2016 begonnen. Bereits Mitte November 2016 konnte dort ebenfalls das Richtfest stattfinden. Die Fertigstellung ist im November 2018 geplant. Die Inbetriebnahme der neuen Rechbergklinik ist für März 2019 vorgesehen.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	52,2%	43,5%	51,1%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	43,8%	53,6%	46,0%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	7,5%	5,7%	5,7%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	92,5%	94,3%	94,3%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	14,5%	13,1%	11,2%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	0,06%	0,50%	0,02%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	0,5%	4,0%	0,2%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)	0,6%	0,6%	0,4%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	82,6%	58,7%	82,7%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	58,1%	40,8%	57,7%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.7 Karlsruher Verkehrsverbund GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Karlsruher Verkehrsverbund GmbH (KVV)
Tullastraße 71
76131 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 6107-0
Fax: 0721 / 6107 - 7059

Email: info@kvv.karlsruhe.de
Homepage: www.kvv.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 14.12.1998.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

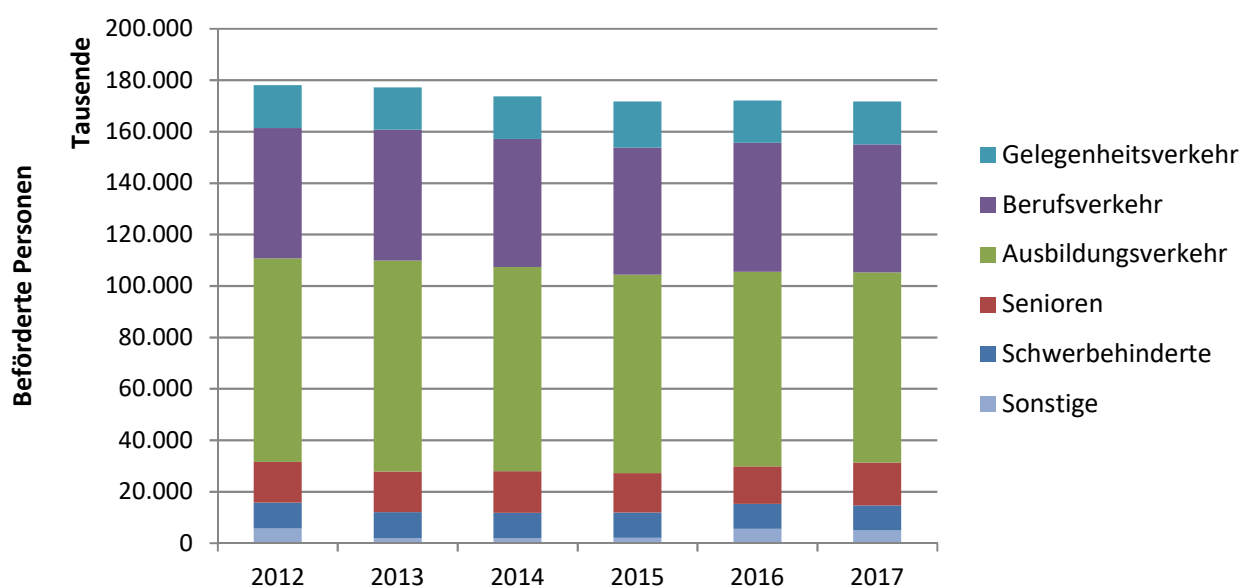
Die Gesellschaft dient im Verbundgebiet des KVV den Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs. Ihre Tätigkeit erstreckt sich im Wesentlichen auf die Region Mittlerer Oberrhein und die Südpfalz. Sie nimmt im Rahmen eines Verkehrsverbundes vor allem Aufgaben der Verkehrsplanung, der Abstimmung des verkehrlichen und betrieblichen Leistungsangebotes sowie des Vertriebssystems, der Erstellung und Weiterentwicklung eines Gemeinschaftstarifes (Verbundtarif) und der Beförderungsbedingungen, des Marketings und der Aufteilung der Einnahmen wahr. Sie betreibt Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für den Verbundverkehr.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 und 4 HGB.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Beförderte Personen	Mengenentwicklung			
	2014	2015	2016	2017
Gelegenheitsverkehr	16.568.682	17.960.328	16.350.093	16.643.003
Berufsverkehr	49.790.146	49.361.094	50.184.750	49.780.500
Ausbildungsverkehr	79.460.260	77.157.680	75.684.180	73.940.340
Senioren	16.185.260	15.406.520	14.558.840	16.657.248
Schwerbehinderte	9.831.213	9.718.034	9.735.668	9.714.587
Sonstige	1.849.208	2.081.606	5.483.271	4.888.693
Gesamt	173.684.769	171.685.262	171.996.802	171.624.371



STAMMKAPITAL

Das Stammkapital betrug wie im Vorjahr 63.911,49 €.

GESELLSCHAFTER

Stadt Karlsruhe	33.233,97 €	52,00 %
Landkreis Karlsruhe	12.782,30 €	20,00 %
Landkreis Germersheim	5.112,92 €	8,00 %
Landkreis Rastatt	5.112,92 €	8,00 %
Stadt Baden-Baden	5.112,92 €	8,00 %
Landkreis Südliche Weinstraße	1.278,23 €	2,00 %
Stadt Landau	1.278,23 €	2,00 %
zusammen	63.911,49 €	100,00 %

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an anderen Unternehmen nicht beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat des KVV besteht aus 28 Mitgliedern. Die Stadt Karlsruhe stellt zehn, der Landkreis Karlsruhe fünf, der Landkreis Rastatt, die Stadt Baden-Baden und der Landkreis Germersheim je drei Mitglieder. Der Landkreis Südliche Weinstraße und die Stadt Landau sind mit je einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten. Außer den Gesellschaftern des Verbundes haben die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz je einen Sitz im Aufsichtsrat.

Mitglieder (Stand: 31.12.2017)

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Stadt Karlsruhe

Stellvertretende Vorsitzende: **Landrat Dr. Christoph Schnaudigel**, Landrat Dr. Fritz Brechtel

Jürgen Bäuerle, Landrat Rastatt	Margret Mergen, Oberbürgermeisterin Baden-Baden
Hermann Brenk, Stadtrat Karlsruhe	Jürgen Nelson, Kreisrat Germersheim
Heinz-Jürgen Deckers, Kreisrat Karlsruhe	Josef Offele, Kreisrat Karlsruhe
Sonja Döring, Fraktionsgeschäftsführerin	Hans Pfalzgraf, Stadtrat Karlsruhe
Gerd Hickmann, Abteilungsleiter Ministerium für Verkehr BW	Michael Puschel, Referatsleiter im Ministerium (Rheinland-Pfalz), (ab 14.03.2018)
Thomas Hirsch, Oberbürgermeister Landau	Gerhard Rinck, Kreisrat
Johannes Honné, Stadtrat Karlsruhe	Dietmar Seefeldt, Landrat Südliche Weinstraße
Toni Huber, Bürgermeister Weisenbach	Günter Seifermann, Stadtrat Baden-Baden
Karl-Heinz Jooß, Stadtrat Karlsruhe	Harald Seiter, Bürgermeister a.D. Wörth
Dr. Albert Käuflein, Bürgermeister Karlsruhe	Robert Wein, Bürgermeister Bischweier
Tony Löffler, Bürgermeister Ubstadt-Weiher	Tim Wirth, Intensivfachkrankenpfleger
Klaus Maas, Stadtrat Baden-Baden	
Sven Maier, Stadtrat Karlsruhe	
Yvette Melchien, Stadträtin Karlsruhe	

Die Vergütungen und Sitzungsgelder für den Aufsichtsrat belaufen sich auf 13 T€ (Vj. 13 T€).

Geschäftsführung

Herr Dr. Alexander Pischon

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Während des Jahres beschäftigte der KVV durchschnittlich 71 (Vj.: 57) Personen. Davon waren 37 Angestellte als Vollzeitkräfte und 34 Angestellte als Teilzeitkräfte tätig. Darüber hinaus wurden nach Bedarf Aushilfskräfte eingesetzt.

WICHTIGE VERTRÄGE

- a) Vereinbarung zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, der Stadt Karlsruhe und den Landkreisen Karlsruhe und Germersheim sowie der KVV GmbH über die Bildung des KVV vom 24.05.1994
- b) Vereinbarung zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, den Landkreisen Karlsruhe, Rastatt und Germersheim, den Städten Karlsruhe und Baden-Baden sowie der KVV GmbH über die Finanzierung des KVV vom 31.01.1996. Mit Vereinbarung vom 01.12.2005 hat das Land Baden-Württemberg die Finanzierung des KVV bis zum 31.12.2009 geregelt. Eine neue Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg über die Finanzierung des KVV wurde am 25.01.2010 für die Laufzeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2018 geschlossen.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	61	141	166	140
Sachanlagen	99	98	73	56
Finanzanlagen	0	0	0	0
	160	239	239	196
Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.166	27.319	23.947	30.493
Flüssige Mittel	2	2	1	3
	13.168	27.321	23.948	30.496
Rechnungsabgrenzungsposten	12	10	16	50
Bilanzsumme	13.340	27.570	24.203	30.742
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	64	64	64	64
Gewinnvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0
	64	64	64	64
Rückstellungen	341	242	243	347
Verbindlichkeiten	12.936	27.264	22.127	28.454
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1.769	1.876
	13.277	27.506	24.139	30.677
Bilanzsumme	13.341	27.570	24.203	30.742

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	2.058	2.097	3.848	3.946
Sonstige betriebliche Erträge	11.034	11.223	10.148	10.327
Betriebliche Erträge	13.092	13.320	13.996	14.273
Materialaufwand	0	0	0	0
Personalaufwand	2.090	2.314	2.426	2.927
Abschreibungen	43	59	83	95
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.392	13.363	13.938	14.208
Betriebliche Aufwendungen	15.525	15.736	16.447	17.230
Betriebsergebnis	-2.433	-2.416	-2.451	-2.957
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	7	2	71
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	3	1	31
Finanzergebnis	9	4	1	40
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.424	-2.412	-2.450	-2.917
Steuern vom Einkommen und vom	0	0	0	0
Sonstige Steuern	1	1	1	0
Jahresfehlbetrag/ -überschuss vor	-2.424	-2.412	-2.450	-2.917
Zuschüsse der Gesellschafter nach § 5 des Gesellschaftsvertrages	2.424	2.412	2.450	2.917
Jahresergebnis	0	0	0	0

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Anteil des Landkreises Karlsruhe an den Zuschüssen der Gesellschafter nach § 5 des Gesellschaftsvertrages betrug im Geschäftsjahr 2017 rd. 603 T€.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Die statistische Zahl der beförderten Kunden im Verbundgebiet konnte annähernd auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden und betrug im Jahr 2017 171,6 Mio. Fahrgäste (i. Vj. 172 Mio.). Die im Rahmen der Verbundabrechnung auf die Verkehrsunternehmen des Verbundes zuzuschreibenden Fahrgeldeinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. Euro bzw. 1% auf insgesamt 145,4 Mio. Euro (i. Vj. 144,0 Mio. Euro).

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Mio. Euro bzw. 27,0 % auf 30,7 Mio. Euro. Nach Erträgen aus Verlustübernahme durch die Gesellschafter gemäß § 5 Gesellschaftervertrag von 2,9 Mio. Euro (i. Vj. 2,5 Mio. Euro) wird ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwirtschaftet.

Der KVV erzielte im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von 2.118 TEUR (i.Vj. 2.080 TEUR) aus der Weiterberechnung von Vertriebskosten an die Verbundteilnehmer und sonstigen Erlösen (in der Bilanzposition Umsatzerlöse enthalten) in Höhe von 1.828 (i.Vj. 1.768 TEUR). Die sonstigen Erlöse enthalten im Wesentlichen Personalkostenersatz und die Weiterberechnungen von Kosten für das Callcenter und das Weinbrennerhaus Karlsruhe.

Zum Ausgleich verbundbedingter Lasten gewähren die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auch im Jahr 2017 ihre jährliche Zuwendungen.

Als wesentliche Chance für den KVV wird langfristig die Realisierung der Kombilösung gesehen sowie die Projekte "Testfeld Autonomes Fahren" und "RegioMOVE" als Entwicklung zu einem modernen Mobilitätsverbund. Wesentliche Risiken für die zukünftige Entwicklung sind ausbleibende Ausgleichszahlungen durch die Verbundförderung, ein Imageverlust durch einen anhaltenden Fahrermangel, das Einnahmerisiko als auch Veränderungen innerhalb der Organisation.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	0,9%	1,0%	0,6%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	99,1%	98,9%	99,2%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	0,2%	0,3%	0,2%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	99,8%	99,7%	99,8%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	26,8%	26,8%	32,7%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	-115,0%	-63,7%	-73,9%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	-3768,8%	-3828,1%	-4557,8%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)	-8,7%	-10,1%	-9,4%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	13,3%	23,4%	22,9%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	14,7%	14,7%	17,0%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.8 Regionale Kliniken Holding RKH GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Regionale Kliniken Holding RKH GmbH
Posilipstr. 4
71640 Ludwigsburg

Tel.: 07141 / 99-90
Fax: 07141 / 99-60919

Email: info.rkh@verbund-rkh.de
Homepage: www.verbund-rkh.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Rechtliche Grundlage der Gesellschaft sind die Gesellschaftsverträge vom 14.12.2004 und 21.07.2009.

Neben dem Gesellschaftsvertrag wurde am 21.07.2009 auch ein Konsortialvertrag zwischen dem Enzkreis, dem Landkreis Ludwigsburg, der Großen Kreisstadt Bietigheim-Bissingen, dem Landkreis Karlsruhe, der RKH, der Kliniken Ludwigsburg Bietigheim gGmbH, der Enzkreis-Kliniken gGmbH und der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH geschlossen. Darin sind die Finanzierungsgrundsätze des Verbundes geregelt.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

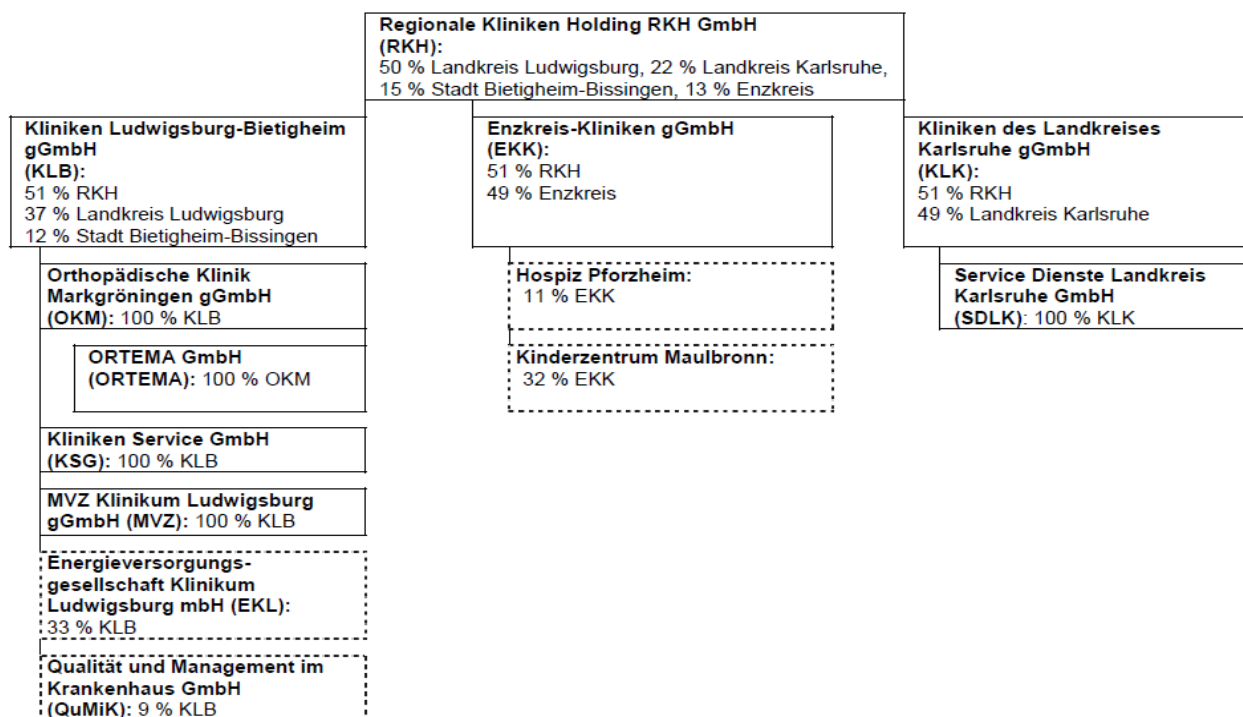
Zweck des Unternehmens ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung in den Landkreisen Ludwigsburg, Karlsruhe sowie dem Enzkreis, insbesondere durch die Organisation vor-, nach- oder vollstationärer sowie ambulanter Leistungen, deren Finanzierung sowie den Betrieb von Einrichtungen, die dem Zweck des Unternehmens dienen.

Die Gesellschaft ist hierbei entweder unmittelbar selbst tätig oder aber mittelbar durch das Halten von Beteiligungen an gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften sowie deren Steuerung und Finanzierung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessensgemeinschaften eingehen.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Der Klinikenverbund zeigt sich seit dem 01.01.2017 in folgendem Bild:



(Quelle: Bilanzbroschüre "Jahresabschluss 2017 - Wir ziehen Bilanz" der RKH GmbH, 2018)

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 2.247.000 €.

GESELLSCHAFTER

Landkreis Ludwigsburg	1.123.500,00 €	50,00 %
Landkreis Karlsruhe	494.340,00 €	22,00 %
Stadt Bietigheim-Bissingen	337.050,00 €	15,00 %
Enzkreis	292.110,00 €	13,00 %
zusammen	2.247.000,00 €	100,00 %

ANTEILSBESITZ

Die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH ist zu 51% an der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, zu 51% an der zum 01.01.2005 gegründeten Enzkreis-Kliniken gGmbH und zu 51% an der zum 01.01.2009 gegründeten Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH unmittelbar beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den **Landrat** vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RKH besteht aus den Aufsichtsratsmitgliedern der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, der Enzkreis-Kliniken gGmbH und der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind ehrenamtlich tätig. Die Aufwendungen für Aufwandsentschädigungen anlässlich der Aufsichtsratssitzungen für das Geschäftsjahr 2017 betragen 27.475,90 € (Vj. 25.556,55 €).

Geschäftsführung

Herr Prof. Dr. Jörg Martin, Geschäftsführer

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen. In den Bezügen der Geschäftsführung sind die Aufwendungen für die Häuser des Verbundlabors enthalten, die im Rahmen des Managementvertrages verrechnet werden.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Im Geschäftsjahr 2017 beschäftigte die Kliniken Holding durchschnittlich 177 Arbeitnehmer (Vj.: 175).

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	21	12	2	0
Sachanlagen	765	697	680	553
Finanzanlagen	6.375	6.375	6.375	6.375
	7.161	7.084	7.056	6.928
Umlaufvermögen				
Vorräte	320	365	357	317
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.783	1.550	2.705	2.567
Flüssige Mittel	494	267	6.253	761
	2.597	2.182	9.315	3.645
Rechnungsabgrenzungsposten	27	28	11	11
Bilanzsumme	9.785	9.294	16.382	10.584
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital/festgesetztes Kapital	2.247	2.247	2.247	2.247
Kapitalrücklagen	3.166	3.166	3.166	3.166
Gewinnrücklagen	479	570	643	36
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	91	74	-608	190
	5.983	6.056	5.449	5.639
Rückstellungen	880	934	1.123	948
Verbindlichkeiten	2.922	2.303	9.810	3.997
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	3.802	3.237	10.933	4.945
Bilanzsumme	9.785	9.294	16.382	10.584

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	16.086	19.191	19.775	19.868
Sonstige betriebliche Erträge	3.119	18	24	109
Betriebliche Erträge	19.205	19.209	19.799	19.977
Personalaufwand	10.590	10.424	10.751	11.222
Materialaufwand	5.568	5.969	6.143	5.290
Betriebliche Aufwendungen	16.158	16.394	16.894	16.513
Zwischenergebnis	3.047	2.815	2.905	3.465
Abschreibungen	186	169	184	178
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.719	2.513	3.175	3.004
	2.905	2.682	3.359	3.182
Zwischenergebnis	142	133	-453	283
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25	25	84	18
Zwischenergebnis	-25	-24	-84	-8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	117	109	-537	274
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25	35	70	84
Sonstige Steuer	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	92	74	-608	190

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis Karlsruhe leistete 2017 keine Kapitalzuführung/Gesellschafterzuschuss an die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH.

Der Kapitaldienst des Landkreises Karlsruhe an die KLK gGmbH (siehe II.2.1.6) wird an die RKH GmbH ausbezahlt und von dieser an die KLK gGmbH weitergeleitet.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Zum 01.01.2008 hat die Kliniken Holding die Aufgabenbereiche des Instituts für Laboratoriumsmedizin einschließlich Mikrobiologie, Krankenhaushygiene und Blutdepot gesellschaftsrechtlich, personell, wirtschaftlich und organisatorisch von den Krankenhäusern (Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, Enzkreis-Kliniken gGmbH und Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH) übernommen.

Das entstandene Verbundlabor verrechnet seine Leistungen nach verbundeinheitlichen Preisen. Zusätzlich werden Leistungen an Dritte außerhalb der Holding angeboten. Zum 01.01.2010 wurden die Laborstandorte der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH (Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal und der Rechbergklinik Bretten) auf gleiche Weise in das Verbundlabor aufgenommen.

Jahresabschluss 2017

Die Umsatzerlöse aus dem Kernbereich zeigen die für die Verbundstandorte erbrachten Laborleistungen. Zusätzlich werden Laborleistungen für Patienten erbracht, die ihre Leistungsabrechnung selbst bzw. über private Versicherungsnehmer begleichen. Die Verrechnungspreise innerhalb des Verbundes werden mit marktüblichen Methoden ermittelt und den Kunden (Kliniken) in Rechnung gestellt.

Der Sachbedarf wird überwiegend von der Zentralen Materialwirtschaft beim Klinikum Ludwigsburg bezogen. Reagenzien und spezielle Hilfsmittel für die labortechnische Befundung werden bei entsprechend spezialisierten Fremdlieferanten beschafft.

Der medizinische Bedarf verändert sich in Abhängigkeit des Anforderungsverhaltens der Kliniken sowie neuer Vorschriften. Z.B. ist durch die holdingweite Hygieneverordnung die MRSA-Screening-Rate gesunken und somit auch die Umsatzerlöse des Holdinglabors.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Mietaufwendungen inkl. Nebenkosten für die genutzten Räume an den Standorten enthalten.

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 190.090,00 € (Vj.: Fehlbetrag minus 607.617,64 €) ab. Geplant war ein Plus in Höhe von 78.400 €.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	76,2%	43,1%	65,5%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	23,5%	56,9%	34,4%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	65,2%	33,3%	53,3%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	34,8%	66,7%	46,7%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	85,5%	77,2%	81,4%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	0,4%	-3,1%	1,0%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	1,2%	-11,2%	3,4%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)	1,1%	-3,2%	2,0%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	100,3%	96,9%	100,4%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	54,5%	52,7%	56,7%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.9 Schwarzwald Tourismus GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Schwarzwald Tourismus GmbH
Heinrich-von-Stephan-Str. 8b
79100 Freiburg i. Br.

Tel.: 0761 / 8964
Fax: 0761 / 8964 - 670
Email: mail@schwarzwald-tourismus.info
Homepage: www.schwarzwald-tourismus.info

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 09.07.2009.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft fördert und unterstützt die naturnahe, ökologische, nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Tourismus und des Kurwesens im Schwarzwald und trägt zur positiven Imagebildung des Schwarzwaldes als Dachmarke national und international bei. Sie sorgt für die Bekanntheit und die Verbreitung des touristischen Angebotes des Schwarzwaldes und trägt zu einem optimierten Informationsservice für potentielle Gäste und Interessenten bei.

Die Gesellschaft entwickelt, betreibt und aktualisiert ein eindeutiges und unverwechselbares Erscheinungsbild des Schwarzwaldes als Urlaubs- und Erholungsregion und fördert dadurch den Bekanntheitsgrad des Schwarzwaldes. Ferner koordiniert und fördert sie die Vermarktung des touristischen Angebotes unter dem Dach des touristischen Markenbegriffs und betreibt das operative touristische Marketinggeschäft für den gesamten Schwarzwald. Dabei bezieht sie privatwirtschaftliche Unternehmen in ihre Marketingaktivitäten ein und koordiniert gemeinsame Werbung für die Marke Schwarzwald.

Die Gesellschaft fördert Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des touristischen Angebotes. Zur Erledigung ihrer Aufgaben bedient sie sich eines Marketingkonzeptes und schreibt dieses fort und setzt es um. Dabei nimmt sie ihre Aufgaben im gemeinsamen Interesse der Tourismusbranche und aller sonstiger vom Tourismus profitierenden Betriebe im Schwarzwald wahr.

Die Gesellschaft verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die tourismuspolitischen Aufgaben werden als Klammerfunktion für den gesamten Schwarzwald gegenüber dem Bund, dem Land und den Fach- und Dachverbänden vertreten.

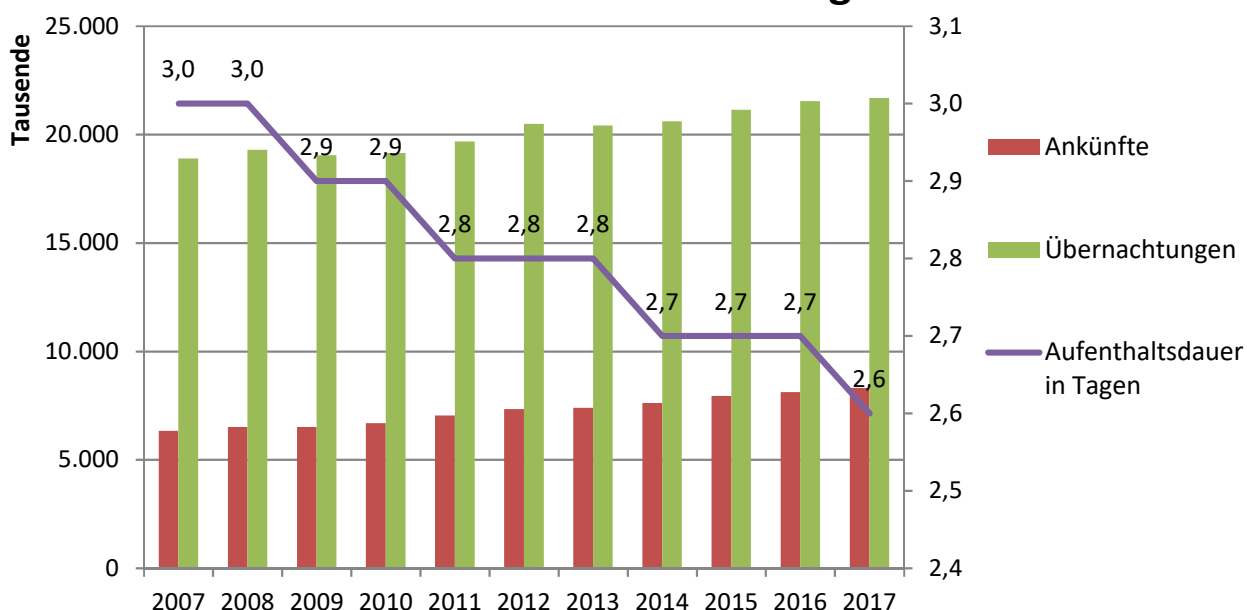
Die Gesellschaft anerkennt die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Institutionen und Verbänden des Schwarzwaldes, die sich ebenfalls um die Förderung des Tourismus bemühen. Diese Institutionen und Verbände können ihre Interessen in einem Fachbeirat einbringen, welcher durch die Gesellschaft eingerichtet wird. Der Fachbeirat ist aus dem Landkreis-Tourismusausschuss zu entwickeln. Das Unternehmen wird in gemieteten Räumen betrieben.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die Gesellschaft verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die tourismuspolitischen Aufgaben werden als Klammerfunktion für den gesamten Schwarzwald gegenüber dem Bund, dem Land und den Fach- und Dachverbänden vertreten.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und die Unterstützung der naturnahen, ökologischen, nachhaltigen und zukunftsgerichteten Entwicklung des Tourismus und Kurwesens im Schwarzwald.

Tourismusentwicklung



STAMMKAPITAL

Das Stammkapital beträgt 101.400,00 €.

GESELLSCHAFTER

Stadt Pforzheim	250,00 €	0,25%
Enzkreis	800,00 €	0,79%
Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH	900,00 €	0,89%
Karlsruher Messe- und Kongress GmbH	1.000,00 €	0,99%
Freiburg Wirtschaft, Touristik und Messe GmbH & Co. KG	1.250,00 €	1,23%
Landkreis Karlsruhe	1.400,00 €	1,38%
Landkreis Rottweil	1.700,00 €	1,68%
Landkreis Emmendingen	3.100,00 €	3,06%
Landkreis Rastatt	3.400,00 €	3,35%
Landkreis Lörrach	6.850,00 €	6,76%
Landkreis Calw	8.300,00 €	8,19%
Landkreis Waldshut	8.450,00 €	8,33%
Landkreis Schwarzwald-Baar	9.550,00 €	9,42%
Landkreis Freudenstadt	10.700,00 €	10,55%
Ortenaukreis	17.150,00 €	16,91%
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	26.600,00 €	26,23%
zusammen	101.400,00 €	100,00%

ANTEILSBESITZ

Die Schwarzwald Tourismus GmbH hält Gesellschafteranteile an der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg in Höhe von 20,30 %.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den **Landrat** vertreten.

Geschäftsführung

Herr Christopher Krull (Geschäftsführer bis 01.08.2017)
Frau Karén Weber (Interimsgeschäftsführerin vom 01.08.2017 bis 04.09.2017)
Herr Hansjörg Mair (Geschäftsführer ab 04.09.2017)
Herr Michael Kasprowicz (Einzelprokura)
Herr Ewald Knapps (Gesamtprokura)

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der sich aus den Vertretern der Gesellschafter, Vertretern aus der Privatwirtschaft und einem Vertreter aus dem Marketingausschuss zusammen setzt.

Der **Landkreis Karlsruhe** wird im Aufsichtsrat durch den Landrat vertreten.

Vorsitzende des Aufsichtsrates ist Landrätin Dorothea Störr-Ritter, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Geschäftsjahr 2017 keine Vergütung oder Aufwandsentschädigung.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 27 Angestellte und 2 Auszubildende.

WICHTIGE VERTRÄGE

Am 31. August 2014 hat die STG einen Vertrag mit dem Sport-Club Freiburg e.V. (SCF) über ein sog. Naming Right am Stadion des SC Freiburg abgeschlossen. Die STG erwirbt durch diesen Vertrag das Namensrecht als Premium-Partner. Die Laufzeit des Vertrages beginnt mit der Unterzeichnung und endet ohne weitere Erklärung zum 30. Juni 2019.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	22	14	8
Sachanlagen	62	29	68	74
Finanzanlagen	23	23	23	23
	96	74	106	105
Umlaufvermögen				
Vorräte	11	22	11	13
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	52	72	244	416
Sonstige Vermögensgegenstände	94	129	54	25
Flüssige Mittel	979	627	370	219
	1.136	851	679	673
Rechnungsabgrenzungsposten	73	4	46	81
Bilanzsumme	1.305	929	831	859
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	101	101	101	101
Gewinnvortrag	215	221	219	218
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6	-2	-1	-1
	322	321	320	319
Rückstellungen	137	80	69	70
Verbindlichkeiten	846	366	415	470
Rechnungsabgrenzungsposten	0	163	28	0
	983	609	512	540
Bilanzsumme	1.305	929	831	859

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	3.650	3.588	3.742	3.833
Sonstige betriebliche Erträge	412	420	397	388
Betriebliche Erträge	4.062	4.008	4.138	4.222
Materialaufwand	1.989	2.020	2.074	2.187
Personalaufwand	1.377	1.326	1.412	1.420
Abschreibungen	48	41	28	31
Sonstige betriebliche Aufwendungen	606	571	619	577
Betriebliche Aufwendungen	4.020	3.958	4.134	4.216
Betriebsergebnis	42	50	4	6
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	5	0	1
Finanzergebnis	7	-5	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	49	45	4	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41	42	5	6
Sonstige Steuern	3	5	0	0
Jahresfehlbetrag/- überschuss	6	-2	-1	-1

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	626	-332	-197	-2.192
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-18	-19	-60	-30
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	2.071
Zahlungswirks. Veränderung des Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	608	-351	-258	-151
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	371	979	627	370
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	979	627	370	219

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis musste den Geschäftsanteil nicht aufbringen. Die Finanzierung des Geschäftsanteils erfolgte durch die vorhandene Rücklage der zum 31.12.2009 aufgelösten Tourismusgemeinschaft Nördlicher Schwarzwald (TNS).

Der Landkreis hatte 2017 die anteilige Defizitabdeckung in Höhe von 24.335,30 € übernommen und an die STG abgeführt. Grundlage ist § 6 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages in Verbindung mit der Ordnung über die Beiträge zum Defizitausgleich bei der STG. Die Beitragsordnung gilt ab 01.01.2014.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Der Entwicklung des Tourismus im Schwarzwald diene auch im Jahr 2017 die Bearbeitung verschiedener Themenbereiche (Profilthemen Wandern und Mountainbike/Rad, sowie Wellness und Essen & Trinken) durch geeignete Marketingmaßnahmen.

Unterstützt wurde dies durch die Organisation und finanzwirtschaftliche Abwicklung der KONUS-Gästekarte und der SchwarzwaldCard.

Die gesamtwirtschaftliche konjunkturelle Erholung kam im Jahr 2017 auch dem Schwarzwald Tourismus zugute. Erneut hat sich die Auslandsnachfrage positiv entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr kam es einen Zuwachs von 0,9 % bei den Übernachtungen und zu einem Zuwachs von 1,6 % bei den Ankünften aus dem Ausland. Auch die Übernachtungen insgesamt konnten um 0,7 % und die Gästeankünfte um rd. 2,4 % gesteigert werden.

Wirtschaftliche Lage:

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Schwarzwald Tourismus GmbH schließt mit einem Jahresfehlbetrag von € 972,79 ab. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 ging von Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 4.216.457 aus. Tatsächlich wurden Umsatzerlöse und Erträge in Höhe von € 4.221.588,94 und Aufwendungen und Abschreibungen in Höhe von € 4.222.561,73 getätigt. Durch eigene Maßnahmen generierte die Schwarzwald Tourismus GmbH Erlöse von € 2.076.064,41.

Ausblick:

Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung vor dem Hintergrund der konjunkturellen Situation ist positiv. Nicht zuletzt wegen der auf Gesellschafterbeiträge ausgerichteten Finanzierung der Gesellschaft erscheint die Umsetzung der Unternehmensziele auch im Jahr 2018 gesichert.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	8,0%	12,7%	12,2%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	91,6%	81,7%	78,3%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	34,6%	38,5%	37,1%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	65,6%	61,6%	62,9%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	433,8%	302,4%	303,9%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	-0,1%	0,0%	0,0%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	-0,6%	-0,2%	-0,4%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)	0,3%	-0,1%	0,0%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	89,6%	90,4%	90,8%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	33,1%	34,1%	33,6%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.10 TechnologieRegion Karlsruhe GmbH

**TechnologieRegion
Karlsruhe**
Hightech trifft Lebensart



ALLGEMEINE ANGABEN

TechnologieRegion Karlsruhe GmbH
Weinbrennerhaus am Marktplatz
76124 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 133-1871
Fax: 0721 / 133-1879

Email: jochen.ehlgoetz@technologieregion-karlsruhe.de
Homepage: www.technologieregion-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag vom 07.04.2017 in der Fassung vom 08.12.2017 (eingetragen in das Handelsregister am 24.01.2018).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung und Weiterentwicklung der Wirtschafts-, Wissenschafts-, Innovations- und Technologieregion Karlsruhe durch intensive Zusammenarbeit aller Gesellschafter und Gesellschaftergruppen untereinander. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Geschäftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Im Rahmen des Unternehmensgegenstands ist die Gesellschaft berechtigt, ähnliche oder andere Gesellschaften zu gründen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen sowie Vertretungen oder Zweigniederlassungen zu errichten.

Die Gesellschaft verfolgt mit vorstehendem Unternehmensgegenstand ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der §§ 102 und 103 Gemeindeordnung Baden-Württemberg, §§ 85 und 87 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz und § 20 Abs. 1 des Gesetzes über das Karlsruher Institut für Technologie i. V. m. § 2 Abs. 5 Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg a.F. bzw. § 13 a Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg n.F.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die einzelnen Maßnahmen zur Unterstützung und zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit sind auf der Homepage der Gesellschaft unter www.technologieregion-karlsruhe.de aufrufbar. Auf eine Darstellung im Beteiligungsbericht wurde verzichtet.

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital beträgt 31.200 €.

GESELLSCHAFTER

Stadt Baden-Baden	1.200,00 €	3,85%
Stadt Bretten	1.200,00 €	3,85%
Stadt Bruchsal	1.200,00 €	3,85%
Stadt Bühl	1.200,00 €	3,85%
Stadt Ettlingen	1.200,00 €	3,85%
Stadt Gaggenau	1.200,00 €	3,85%
Stadt Karlsruhe	1.200,00 €	3,85%
Stadt Rastatt	1.200,00 €	3,85%
Stadt Rheinstetten	1.200,00 €	3,85%
Stadt Stutensee	1.200,00 €	3,85%
Stadt Waghäusel	1.200,00 €	3,85%
Landkreis Germersheim	1.200,00 €	3,85%
Landkreis Karlsruhe	1.200,00 €	3,85%
Landkreis Rastatt	1.200,00 €	3,85%
Landkreis Südliche Weinstraße	1.200,00 €	3,85%
Regionalverband Mittlerer Oberrhein	1.200,00 €	3,85%
EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH	1.200,00 €	3,85%
SEW Eurodrive GmbH & Co.KG	1.200,00 €	3,85%
Grenke AG	1.200,00 €	3,85%
4 L Management GmbH	1.200,00 €	3,85%
Karlsruher Institut für Technologie	1.200,00 €	3,85%
Forschungszentrum Informatik am KIT Stiftung des bürgerlichen Rechts (FZI)	1.200,00 €	3,85%
Industrie- und Handelskammer Karlsruhe	1.200,00 €	3,85%
Handwerkskammer Karlsruhe	1.200,00 €	3,85%
evohaus GmbH	1.200,00 €	3,85%
Mineraloelraffinerie Oberrhein GmbH & Co. KG	1.200,00 €	3,85%
zusammen	31.200,00 €	100,00%

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an keinen anderen Unternehmen beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, der Beirat (beratend; derzeit nicht aktiv), die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat vertreten. Den Vorsitz der Gesellschafterversammlung führt der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe oder im Verhinderungsfall sein von der Gesellschafterversammlung gewählter Stellvertreter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus bis zu 12 Mitgliedern. Den Vorsitz des Aufsichtsrats führt der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe. Die Gesellschafter der öffentlichen Hand halten 6 Mitglieder, die Gesellschafter der Wirtschaft 5 Mitglieder und die Gesellschafter der Wissenschaft 1 Mitglied.

Der Landkreis Karlsruhe wird durch den Landrat im Aufsichtsrat vertreten.

Geschäftsführer

Herr Jochen Ehlgötz

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Im Rumpfgeschäftsjahr 2017 war durchschnittlich 1 Person bei der Gesellschaft beschäftigt.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.15*	31.12.16*	29.05.17**	31.12.17
	T€	T€	T€	T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	58
Sachanlagen	12	7	0	8
Finanzanlagen	0	0	0	0
	12	7	0	67
Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	69	22	0	31
Flüssige Mittel	148	271	28	450
Übrige Aktiva	0	0	0	0
	217	293	28	481
Rechnungsabgrenzungsposten	7	8	0	15
Bilanzsumme	236	308	28	563
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	0	0	30	30
Ausstehende Einlage			-2	
Kapitalrücklage	197	189	0	560
Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0	0	0	1
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-7	101	0	-100
	189	291	28	491
Rückstellungen	4	4	0	4
Verbindlichkeiten	44	14	0	68
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	47	18	0	71
Bilanzsumme	236	308	28	563

* Daten der Vorgängergesellschaft TRK Gbr nachrichtlich aufgeführt.

** Eröffnungsbilanz

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung des Rumpfgeschäftsjahres 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2015 bis Juni 2016 der Vorgängergesellschaft TRK GbR gegenübergestellt.

	2015*	2016*	01.01.- 30.06.17*	29.05. - 31.12.17
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	551	557	557	370
Sonstige betriebliche Erträge	0	5	0	0
Betriebliche Erträge	551	562	557	370
Materialaufwand	0	0	0	195
Personalaufwand	0	0	0	84
Abschreibungen	5	5	2	5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	555	456	231	188
Betriebliche Aufwendungen	559	461	234	471
Betriebsergebnis	-8	101	323	-100
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Finanzergebnis	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7	101	323	-100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag/- überschuss vor Ausgleich	-7	101	323	-100

* Daten der Vorgängergesellschaft TRK GbR nachrichtlich aufgeführt.

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGSCHAFTEN DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis hatte 2017 an die Gesellschaft folgende Zahlungen geleistet:

Umlage 32.473,00 €

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Die Gründung der GmbH erfolgte mit der notariellen Beurkundung des Gesellschaftsvertrages zum 07.04.2017 und der Eintragung in das Handelsregister zum 22.08.2017. Die GmbH nahm Ihre Geschäftstätigkeit zum 29.05.2017 als Vor-GmbH auf. Die TechnologieRegion Karlsruhe wird von 26 Gesellschaftern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen getragen.

Die Auflösung der GbR wurde am 21.07.2017 im Rahmen der 83. Gesellschafterversammlung der GbR vollzogen.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geprägt durch einen hohen Eigenkapitalanteil von rd. 87 %, während das kurzfristige Fremdkapital lediglich 13 % ausmacht. Ursächlich für das hohe Eigenkapital ist die Tatsache, dass der Erwerb der Vermögensgegenstände der TechnologieRegion Karlsruhe GbR lediglich zu einem symbolischen Wert erfolgte und der überschießende Betrag in eine Kapitalrücklage eingestellt wurde. Im Laufe des Geschäftsjahres 2017 wurden Investitionen von rd. 72.000,00 € vorgenommen, das Anlagevermögen beträgt rd. 67 T€ zum 31.12.2017, was rd. 12 % der Bilanzsumme ausmacht. Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist kurzfristig.

Die Gesellschafterversammlung vom 08.12.2017 hat die Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 5 (Stammkapital, Geschäftsanteile) beschlossen. Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom gleichen Tag um 1.200,00 EUR auf 31.200,00 EUR durch weitere Stammkapitalanteile der Mineraloelraffinerie Oberrhein GmbH & Co. KG erhöht. Die Änderung wurde am 24.01.2018 in das Handelsregister eingetragen.

Die Gesellschaft finanziert sich im Wesentlichen durch Beiträge ihrer Gesellschafter, die für einzelne Gesellschaftergruppen definiert sind. Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2017 betrugen rd. 370 T€, die Aufwendungen betrugen rd. 471 T€, so dass ein Jahresfehlbetrag von rd. 100 T€ zu verzeichnen war. Dabei ist jedoch zu beachten, dass ein Teil der Erträge bereits durch die TechnologieRegion Karlsruhe GbR vereinnahmt wurden und deren Überführung in die TechnologieRegion Karlsruhe GmbH in der Kapitalrücklage abgebildet wurden.

Für 2018 rechnet die Gesellschaft mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage		2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)		5,0%	2,4%	11,9%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)		91,9%	95,0%	85,5%
II. Finanzlage		2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)		80,0%	94,3%	87,3%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)		20,0%	5,7%	12,7%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)		1593,2%	3979,6%	735,0%
III. Ertragslage ¹⁾		2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)		-1,3%	18,2%	-27,1%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)		-3,9%	34,9%	-20,4%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)		-3,1%	32,9%	-17,8%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)		98,6%	120,9%	78,7%
IV. Personal		2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)		-	-	17,8%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.2.11

Umwelt- und EnergieAgentur Kreis Karlsruhe GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Umwelt- und EnergieAgentur Kreis Karlsruhe GmbH
Hermann-Beuttenmüller-Str. 6
75015 Bretten

Tel.: 0721 / 936 99600
Fax: 0721 / 936 99601

Email: info@uea-kreiska.de
Homepage: www.uea-kreiska.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag vom 18.09.2008.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

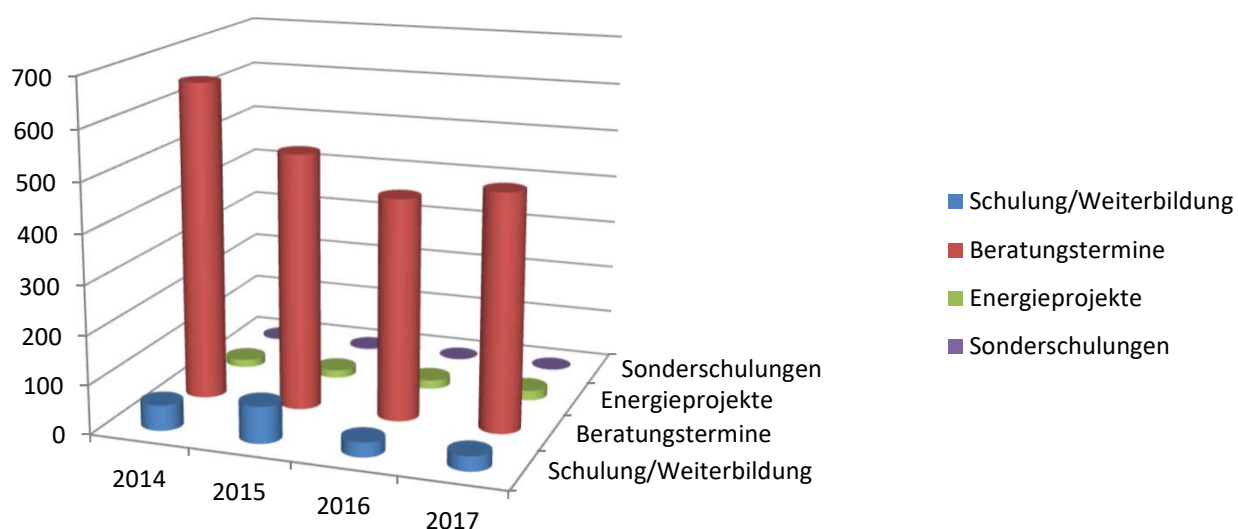
Gegenstand der Gesellschaft ist die unabhängige Durchführung von Beratungen und Maßnahmen sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Landkreis Karlsruhe zur Erreichung der Erschließung von Energieeffizienzpotentialen, der Förderung regenerativer Energien, dem Wissenstransfer sowie der Energieberatung.

Die Betätigung der Gesellschaft ist auf das Gebiet des Landkreises Karlsruhe beschränkt.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zweck im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus den oben genannten Ausführungen.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

	2016		2017	
	Anzahl	Erreichte Personen	Anzahl	Erreichte Personen
Schulung/Weiterbildung	30	900	30	900
Beratungstermine	450	450	480	480
Energieprojekte	18	n.b.	20	n.b.
Sonderschulungen	0	0	0	0



STAMMKAPITAL

Das Stammkapital beträgt 100.000,00 €.

GESELLSCHAFTER

Landkreis Karlsruhe	50.000,00 €	50,00 %
Stadtwerke Bretten GmbH, Bretten	12.500,00 €	12,50 %
Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH, Bruchsal	12.500,00 €	12,50 %
Stadtwerke Ettlingen GmbH, Ettlingen	12.500,00 €	12,50 %
EnBW Regional AG, Stuttgart	12.500,00 €	12,50 %
zusammen	100.000,00 €	100,00 %

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an keinen anderen Unternehmen beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Zusätzlich hat die Gesellschaft einen Beirat.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat vertreten.

Mitglieder

Vorsitzender: Herr Eberhard Oehler Geschäftsführer Stadtwerke Ettlingen GmbH

Herr Landrat Dr. Christoph

Herr Stefan Kleck

Herr Armin Baumgärtner

Herr Michael Gutjahr

Landrat Landkreis Karlsruhe

Geschäftsführer Stadtwerke Bretten GmbH

Geschäftsführer Energie- und Wasserv. Bruchsal

Leiter des EnBW-Regionalzentrums Nordbaden

Geschäftsführung

Frau Birgit Schwegle (Bestellung erfolgte am 18.09.2008)

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Beirat

Die Gesellschaft hat nach § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages einen Beirat, wobei die Anzahl der Mitglieder und die Personen durch den Gesellschafterbeschluss am 12.02.2009 bestimmt wurden.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Im Geschäftsjahr 2017 waren durchschnittlich 7,75 Angestellte (Vj.: 5) beschäftigt (ohne Geschäftsführung).

WICHTIGE VERTRÄGE

Seit dem Jahr 2010 wurde für den Landkreis Karlsruhe mit seinen Kommunen das "**zeozweifrei**" Energie- und Klimaschutzkonzept erarbeitet. Dieses beinhaltet u.a. eine Analyse, die das Potential für Erneuerbare Energien sowie allgemeine Energieeinsparmöglichkeiten im Landkreis Karlsruhe aufzeigt. Hieraus wurde auch ein entsprechendes Internetportal unter www.zeozweifrei.de aufgebaut und weiterentwickelt.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	18	18	11	5
Sachanlagen	38	42	51	43
Finanzanlagen	0	0	0	0
	56	60	62	48
Umlaufvermögen				
Vorräte	171	247	190	222
Forderungen	83	78	57	141
Sonstige Vermögensgegenstände	42	3	88	37
Flüssige Mittel	132	134	162	186
	428	462	497	585
Rechnungsabgrenzungsposten	0	41	7	3
Bilanzsumme	485	563	566	636
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100	100	100	100
Kapitalrücklage	295	295	295	295
Gewinn- / Verlustvortrag	-95	-90	-77	-57
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5	13	21	23
	305	318	339	361
Rückstellungen	18	13	51	31
Verbindlichkeiten	162	232	163	233
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	13	10
	180	245	227	274
Bilanzsumme	485	563	566	636

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-80	-6	46	33
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-28	-25	-27	-4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	100	33	9	-5
Zahlungswirks. Veränderung des Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-8 40	2 32	28 34	24 62
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	32	34	62	86

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	544	974	1185	1093
Erhöhung/Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	116	75	-57	34
Sonstige betriebliche Erträge	25	4	18	11
Betriebliche Erträge	685	1053	1146	1138
Materialaufwand	245	586	590	519
Personalaufwand	317	349	420	483
Abschreibungen	16	21	21	18
Sonstige betriebliche Aufwendungen	102	84	93	93
Betriebliche Aufwendungen	680	1039	1124	1114
Betriebsergebnis	5	14	23	24
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	2	1
Finanzergebnis	0	1	2	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5	13	21	23
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag/- überschuss	5	13	21	23

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Finanzielle Beziehung zum Landkreis Karlsruhe (Stand 31.12.):

	2014	2015	2016	2017
Investitionskredite	-	-	-	-
Kassenkredite	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Verlustrückstellungen	-	-	-	-

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Im Geschäftsjahr 2017 hat die Gesellschaft um 7,8 % bzw. 92 TEuro geringere Umsatzerlöse vor allem aus Beratungsleistungen, Projektmanagement und Zuschüssen (1.093 TEuro; Vorjahr 1.185 TEuro) erzielt. Zuzüglich der ergebniswirksamen Erhöhung der in Arbeit befindlichen Aufträge um 34 TEuro hat sich die Gesamtleistung der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr insgesamt nur leicht um 2 TEuro vermindert. Diesen Erträgen stehen insbesondere die geringeren Materialaufwendungen (519 TEuro; Vorjahr 590 TEuro) sowie die um 63 TEuro höheren Personalaufwendungen (483 TEuro; Vorjahr 420 TEuro) gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (93 TEuro) sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeiten war die Erarbeitung und Umsetzung von energetischen Quartiersprojekten für den Landkreis und seine Kommunen. Seit Beginn des Förderprogramms wurden über 25 Quartiersprojekte entwickelt. Darüber hinaus wurden der Landkreis und vier weitere Kommunen bei der Ein- bzw. Fortführung eines Klimaschutz- und Energiemanagementprozesses begleitet.

Um sanierungswillige Bürger zu unterstützen wurden auch im Jahr 2017 kostenfreie Erstberatungen angeboten. Abgerundet wird das Angebot mit dem Energieberater Handwerkerportal. Für einkommensschwache Haushalte stehen in der Region Bruchsal Stromsparchecks und eine Kühlschranktauschaktion zur Verfügung.

Im Bereich Mobilität läuft das E-Carsharing Projekt für die Region Bruchsal sehr erfolgreich im 2. Jahr. Erste Ladestationen und Fahrzeuge wurden eingerichtet. Begleitet wird das Projekt mit einer breit angelegten Öffentlichkeitskampagne.

Auch im Jahr 2017 stand die Sensibilisierung der Schüler im Vordergrund. Energieeinsparunterricht, Experimente mit Erneuerbaren Energien und Exkursionen wurden angeboten.

Ausblick 2018

Ein Schwerpunkt der Tätigkeiten wird die Umsetzung der Maßnahmen aus den energetischen Quartiersprojekten sein. Hier stehen insbesondere die Nahwärmeprojekte in diversen Landkreiskommunen im Fokus.

Für 2018 ist von einem Umsatzwachstum auszugehen.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	10,7%	11,0%	7,5%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	82,1%	87,8%	92,1%

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	56,5%	60,0%	56,8%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	43,5%	40,2%	43,2%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	530,0%	547,5%	755,9%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	1,3%	1,8%	2,1%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	4,1%	6,2%	6,4%
3. Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)	2,5%	4,0%	3,9%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	93,6%	105,4%	98,0%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	33,5%	37,3%	43,3%

Erläuterungen: 1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

II. 2.3 Personengesellschaften

II. 2.3.1

Neue Messe Karlsruhe GmbH & Co. KG

ALLGEMEINE ANGABEN

Neue Messe Karlsruhe GmbH & Co. KG (NMK)
Festplatz 9
76137 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 3720-0
Fax: 0721 / 3270-99-2116

Email: info@messe-karlsruhe.de
Homepage: www.messe-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11.07.2014.

Am 17.09.2001 wurde außerdem der Vertrag über den Beitritt des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein als Kommanditist zur Neuen Messe Karlsruhe GmbH & Co. KG unterzeichnet.

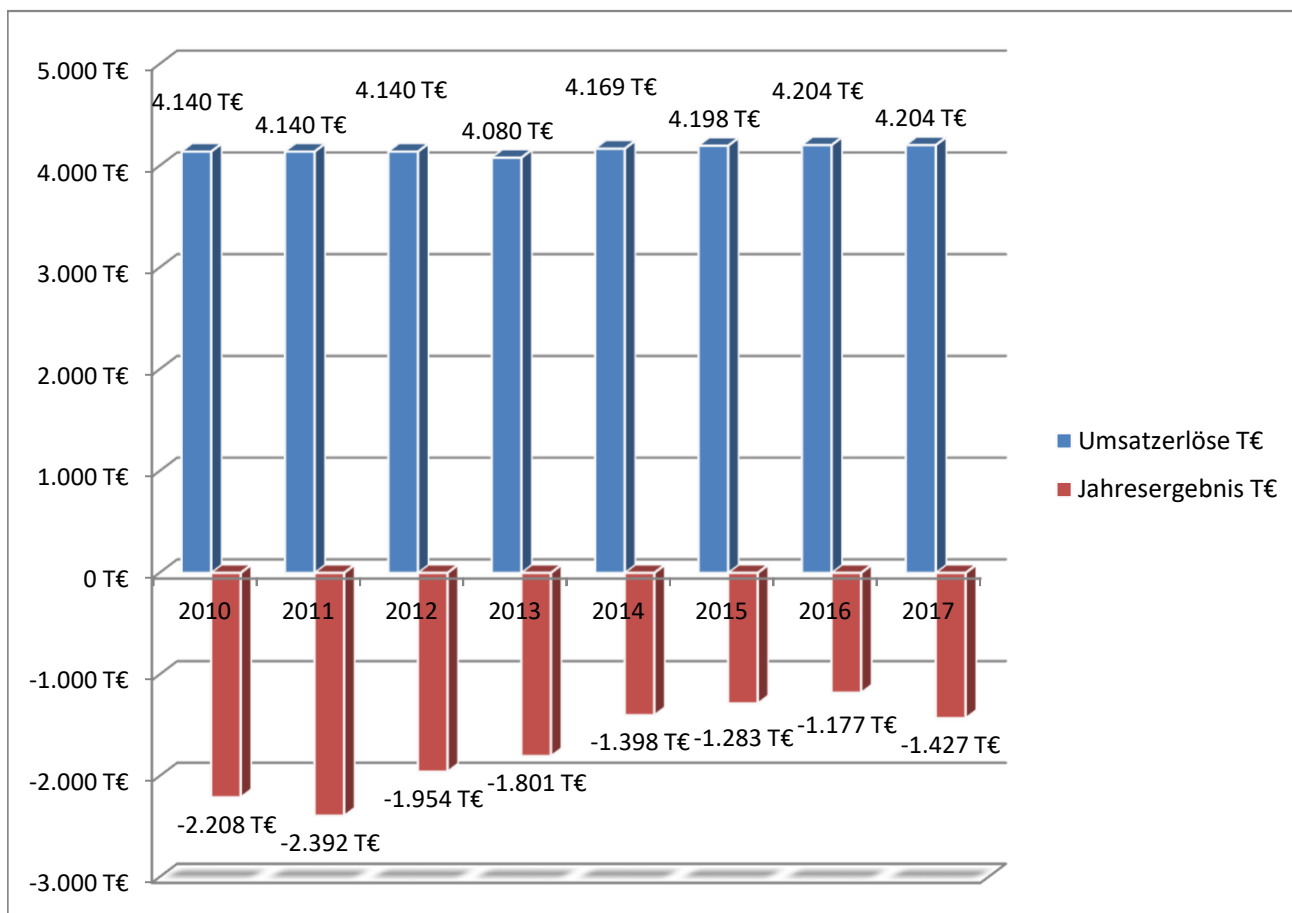
GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Erarbeitung der Planung, die Projektentwicklung, die Finanzierung und die Realisierung der Neuen Messe Karlsruhe auf dem Gelände des bisherigen Verkehrslandeplatzes Karlsruhe-Forchheim zum Zwecke der anschließenden Vermietung an eine Messebetriebsgesellschaft. Ziel der Gesellschaft ist hierbei die vertragliche Festlegung, an den Gewinnen der Messebetriebsgesellschaft beteiligt zu werden.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert oder verwirklicht werden kann.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die Umsatzerlöse entsprechen den Mieterträgen von der Messebetriebsgesellschaft, der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK).



STAMMKAPITAL

a) Komplementärin

Messe Karlsruhe GmbH

Die Messe Karlsruhe GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin leistet keine Einlage und ist nicht am Festkapital beteiligt.

b) Kommanditisten

Stadt Karlsruhe	58,277 Mio. €	69,91 %
Landkreis Karlsruhe	23,775 Mio. €	28,52 %
Stadt Baden-Baden	1,023 Mio. €	1,23 %
Handwerkskammer Karlsruhe	0,103 Mio. €	0,12 %
Industrie- und Handelskammer Karlsruhe	0,103 Mio. €	0,12 %
Landkreis Germersheim	0,020 Mio. €	0,02 %
Landkreis Südliche Weinstraße, Landau	0,020 Mio. €	0,02 %
Stadt Landau	0,020 Mio. €	0,02 %
Regionalverband Mittlerer Oberrhein	0,020 Mio. €	0,02 %
zusammen	83,361 Mio. €	100,00 %

Die Kapitalanteile der Kommanditisten betrugen wie im Vorjahr 83.361.028,33 €. Die Komplementärin war, ebenfalls wie im Vorjahr, mit einem Anteil von 0 € beteiligt.

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an keinem anderen Unternehmen beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung der persönlich haftenden Gesellschafterin.

Gesellschafterversammlung

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung ist Herr Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe.

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den **Landrat** vertreten.

Geschäftsführung der Komplementärin (Messe Karlsruhe GmbH)

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die persönlich haftende Gesellschafterin berechtigt und verpflichtet. Sie wird vertreten durch Frau Britta Wirtz. Frau Britta Wirtz erhält von der NMK GmbH keine Bezüge.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2017 keine eigenen Mitarbeiter.

WICHTIGE VERTRÄGE

- a) Erbbaurechtsvertrag über das zu bebauende Grundstück mit der Stadt Rheinstetten (Laufzeit 99 Jahre) vom 10.09.2001.
- b) Personalgestellungsvertrag mit der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH vom 20.12.2001 mit Wirkung zum 01.01.2001.
- c) Mietvertrag mit der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH über die Anmietung der Neuen Messe Karlsruhe auf 29 Jahre vom 22.07. bzw. 16.10.2002.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	95.233	91.223	86.672	82.123
Finanzanlagen	0	0	0	0
	95.233	91.223	86.672	82.123
Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	619	576	972	2.598
Flüssige Mittel	0	0	0	0
Übrige Aktiva	0	0	0	0
	619	576	972	2.598
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	95.852	91.799	87.644	84.721
Passivseite				
Eigenkapital				
Kommanditkapital	83.361	83.361	83.361	83.361
Variables Kapital ¹⁾	-25.831	-27.114	-28.292	-29.719
Gewinnrücklagen	0	0	0	0
	57.530	56.247	55.069	53.642
Sonderposten für Investitionszuschüsse	15.464	14.730	13.996	13.261
Rückstellungen	57	75	73	1.000
Verbindlichkeiten	22.801	20.747	18.507	16.818
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	38.322	35.553	32.576	31.079
Bilanzsumme	95.852	91.799	87.645	84.721

Erläuterungen:

- 1) Beim variablen Kapital handelt es sich jeweils um den aktuellen Fehlbetrag/Überschuss, addiert mit dem Vortrag des Fehlbetrages/Überschusses aus dem Vorjahr zuzüglich eventueller Steuererstattungsansprüche.

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	4.169	4.198	4.204	4.204
Sonstige betriebliche Erträge	1.079	1.083	1.088	2.378
Betriebliche Erträge	5.248	5.281	5.293	6.582
Materialaufwand	0	0	0	0
Personalaufwand	0	0	0	0
Abschreibungen	4.526	4.547	4.551	4.549
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.189	1.233	1.192	2.938
Betriebliche Aufwendungen	5.715	5.780	5.743	7.487
Betriebsergebnis	-467	-499	-451	-905
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	182
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	595	446	389	353
Finanzergebnis	-595	-446	-389	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.062	-945	-840	-905
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	336	338	338	353
Jahresfehlbetrag/- überschuss	-1.398	-1.283	-1.178	-1.258

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis hatte 2017 an die Gesellschaft keine Zahlungen geleistet.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Wie in den Vorjahren befasste sich die Gesellschaft auch 2017 hauptsächlich mit der Beseitigung von Mängeln, die nach der Fertigstellung aufgetreten sind, sowie der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen. Es sind keine Verfahren mehr anhängig, an denen die NMK als Beklagte beteiligt ist.

Um die Attraktivität für die Besucher, die Speisen- und Getränkeumsätze, sowie die Abläufe und Kosten der Gastronomie zu verbessern, wurde im Geschäftsjahr 2016 eine Planung für eine Umgestaltung der Bewirtungsbereiche, insbesondere der beiden PickUps, erstellt. Aufgrund einer zwischenzeitlich notwendigen Interimslösung im Bereich Gastronomie, für den Zeitraum der Stadthallenschließung, ist die geplante Umgestaltungsmaßnahme der PickUps voraussichtlich erst in den Jahren 2020 und 2021 durchführbar.

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich aus der Vermietung der Gebäude und Außenanlagen der Neuen Messe Karlsruhe an die KMK generiert. Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen mit TEUR 735 die Auflösung der durch das Land Baden-Württemberg sowie durch den Landkreis Rastatt gewährten Investitionszuschüsse und mit TEUR 353 die Erstattung der Grundsteuer durch die KMK. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert im Wesentlichen aus einem Gerichtsverfahren zugunsten der NMK (TEUR 649). Im Zuge dessen wurden außerdem Zinserträge in Höhe von TEUR 172 realisiert. Daneben sind kleinere Positionen in Höhe von insgesamt TEUR 469 enthalten.

Die Abschreibung in Höhe von TEUR 4.549 haben sich im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 4.551) leicht verringert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen den Erbbauzins in Höhe von unverändert TEUR 863 an die Stadt Rheinstetten, die Bildung einer Rückstellung zur Behebung von Baumängeln aufgrund eines Gerichtsurteils mit TEUR 650, Zuführungen zur Wertberichtigung auf sonstige Vermögensgegenstände mit TEUR 451, die Zuführung zu Rückstellung für Instandhaltungsmaßnahmen mit TEUR 287, Bürgschaftsgebühren in Höhe von TEUR 62 an die Stadt Karlsruhe sowie Ersatz für Personalgestellung in Höhe von TEUR 77. Daneben sind kleinere Positionen in Höhe von insgesamt TEUR 548 enthalten.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 1.427. Ursächlich dafür sind die fehlenden Mieteinnahmen aus der Mietstufe M3, die positive Ergebnisse der KMK voraussetzen.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung; Ausblick

Die wirtschaftliche Langfristplanung der NMK ging von Mieteinnahmen aus der Mietstufe M3 ab 2007 aus. Diese sind aus heutiger Sicht weiterhin nicht erkennbar, da die KMK als Mieterin ein positives Jahresergebnis nach den vorgegebenen Strukturen nicht erreicht. Die Folgen sind operative Verluste. Änderungen werden aktuell nicht gesehen.

Auch in den nächsten Jahren der Vermietungsphase werden negative Ergebnisse erwartet, da die Mietstufe 3 der von der Betriebsgesellschaft KMK zu zahlenden Miete aufgrund der zu erwartenden Jahresfehlbeträge ausbleiben wird und damit die Abschreibungen nicht in voller Höhe gedeckt werden können. Das Ergebnis für 2018 wird mit TEUR -1.985 geplant.

Für die Folgejahre 2019 wird ein leicht schlechteres Ergebnis (2019: TEUR -1.989) aufgrund von Instandhaltungsarbeiten prognostiziert. Für die Jahre 2020 bis 2023 wird mit einer Ergebnisverbesserung auf rund durchschnittlich TEUR -1.350 gerechnet.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage		2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)		99,4%	98,9%	96,9%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)		0,6%	1,1%	3,1%
II. Finanzlage		2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)		61,3%	62,8%	63,3%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)		38,7%	37,2%	36,7%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)		61,7%	63,5%	65,3%
III. Ertragslage ¹⁾		2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)		-30,6%	-28,0%	-33,9%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)		-2,3%	-2,1%	-2,7%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)		-0,9%	-0,9%	-1,3%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)		64,0%	65,0%	56,2%
IV. Personal		2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)		-	-	-

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 2.3.2

Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GdbR



ALLGEMEINE ANGABEN

Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GdbR (RRZ)
Pfannkuchstr. 4
76185 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 9529 - 0
Fax: 0721 / 9529-120

Email: mail@kivbf.de
Homepage: www.rrz-karlsruhe.de

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 10.12.2009.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck der Gesellschaft ist die Vorhaltung eines jederzeit betriebsbereiten, im Eigentum der Gesellschaft stehenden Betriebs- und Verwaltungsgebäudes in Karlsruhe, Pfannkuchstr. 4, mit allen für den Betrieb eines Rechenzentrums erforderlichen Sondereinrichtungen. Die Nutzung dieses Gebäudes erfolgt durch teilweise Vermietung an den Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIV BF) sowie an die Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH (KR BF), beide mit Sitz in Karlsruhe und, soweit möglich oder erforderlich, auch durch Vermietung an Dritte.

Die Gesellschaft ist darüber hinaus zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Geschäfte, die dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIV BF) und der Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH obliegen, darf die Gesellschaft nicht übernehmen.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus § 3 des Gesellschaftsvertrages. Da der Zweckverband KIV BF und die Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH als Mieter des Betriebs- und Verwaltungsgebäudes vertrauliche Daten der Gesellschafter des RRZ, die neben den datenschutzrechtlichen Vorschriften, z. B. auch unter das Melde-, Steuer-, und Sozialgeheimnis fallen, werden an die Gebäudesicherheit hohe Anforderungen gestellt. Diese wurden bei der Erstellung des Gebäudes mit umgesetzt.

STAMMKAPITAL

Die Gesellschaft verfügt über kein Stammkapital, lediglich über eine zweckgebundene Rücklage. Diese belief sich zum 31.12.2017 auf 6.996.214,60 €. Die Höhe der Beteiligung des Landkreises Karlsruhe beträgt **470.425,47 EUR**, dies entspricht 6,724 Prozent.

GESELLSCHAFTER

Gesellschafter sind die Stadtkreise Baden-Baden, Karlsruhe und Pforzheim, die Landkreise Calw, Enzkreis, Freudenstadt, Karlsruhe und Rastatt, 10 Große Kreisstädte sowie 110 Städte und Gemeinden der Regionen Mittlerer Oberrhein und Nordschwarzwald.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind nach § 4 des Gesellschaftsvertrages die Gesellschafterversammlung, der Verwaltungsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe wird in der Gesellschafterversammlung durch den **Landrat** vertreten.

Verwaltungsrat

Verwaltungsratsvorsitzender ist Herr Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup.

Geschäftsführer

Herr William Schmitt

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

II. 3 Weitere mittelbare Beteiligungen, Stiftungen und Zweckverbände

II. 3.1 Mittelbare Beteiligungen

II. 3.1.1 Baden-Airpark GmbH

II. 3.1.2 SDLK - Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH

II. 3.2 Stiftungen

II. 3.2.1 Stiftung Frauenalb (Stiftung mit Beteiligung des Landkreises)

II. 3.2.2 Fürst-Stirum-Hospitalfonds (Kreisstiftung)

II. 3.2.3 Großherzoglicher Unterstützungsfonds (Stiftung in der Verwaltung des Landkreises)

II. 3.3 Zweckverbände

II. 3.3.1 Eurodistrict PAMINA

II. 3.3.2 Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen

II. 3.3.3 KIVBF - Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken

II. 3.3.4 ZTN - Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken

II. 3.3.5 ZRN - Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH

Die Stiftungen und Zweckverbände werden in der Einzeldarstellung verkürzt dargestellt.

Zum 31.12.2017 bestanden 43 weitere Beteiligungen / Mitgliedschaften des Landkreises Karlsruhe an Genossenschaften, Verbänden bzw. Vereinen. Diese sind aus dem Kapitel III. ersichtlich.

II. 3.1 Mittelbare Beteiligungen

II. 3.1.1 Baden-Airpark GmbH



ALLGEMEINE ANGABEN

Baden-Airpark GmbH (BAG)
Flughafen Karlsruhe / Baden-Baden
Victoria Boulevard A 106
77836 Rheinmünster

Tel.: 07229 / 66-2000
Fax: 07229 / 66-2309

Email: info@baden-airpark.de
Homepage: www.baden-airpark.de
www.fly-baden.com

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 24.04.2001.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Anlegung, der Ausbau und der Betrieb des Baden-Airpark als Gewerbepark mit eigenständigem Regionalflyghafen sowie den angeschlossenen Freizeiteinrichtungen.

Die Gesellschaft kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Betriebsstätten errichten, Nebengeschäfte betreiben und sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Der öffentliche Zweck ergibt sich daraus, dass die Betreiberin im Sinne des Gesetzes dem allgemeinen Luftverkehr dient (Luftverkehrsordnung - Luft VO -, Luftverkehrszulassungsverordnung - LuftVZO - und Luftbetriebsordnung - LuftBO -)

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

STAMMKAPITAL

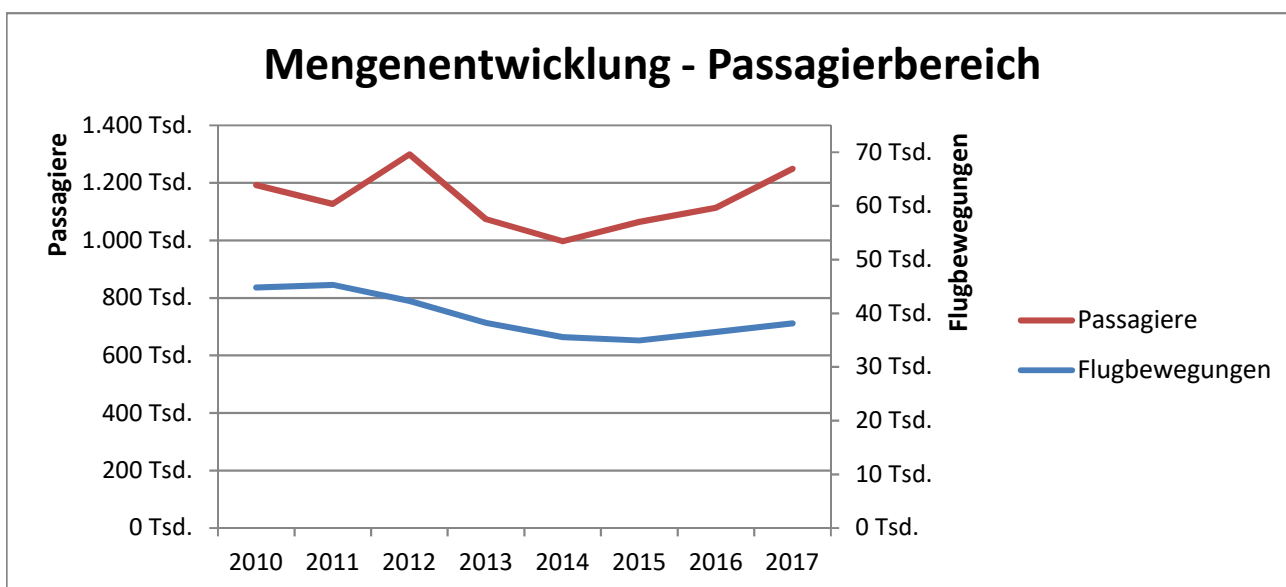
Das Stammkapital betrug wie im Vorjahr 25.050.000 €.

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Mengenentwicklung

Passagierbereich	2014	2015	2016	2017
Flugbewegungen	35.599	34.928	36.542	38.095
Passagiere	997.013	1.064.348	1.113.952	1.249.322

Umsatzerlöse	2014	2015	2016	2017
	T€	T€	T€	T€
Flugverkehr	9.530	10.387	10.518	11.381
Immobilien	7.763	8.332	8.238	8.864
Gesamt	17.293	18.719	18.756	20.245



GESELLSCHAFTER

Flughafen Stuttgart GmbH	16.490.415,00 €	65,83 %
Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH	8.559.585,00 €	34,17 %
zusammen	25.050.000,00 €	100,00 %

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an anderen Unternehmen nicht beteiligt. Die BAG wird in den Konzernabschluss der Flughafen Stuttgart GmbH einbezogen.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung und der Beirat.

Gesellschafterversammlung

Der Landkreis Karlsruhe ist in der Gesellschafterversammlung nicht vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Baden-Airpark GmbH besteht aus 15 Mitglieder.

Mitglieder

Vorsitzender: Winfried Hermann, Minister für Verkehr und Infrastruktur

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister Stadt Karlsruhe

Dieter Au	Geschäftsführer Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft
Jürgen Bäuerle	Landrat des Landkreises Rastatt
Dr. Christoph Schnaudigel	Landrat des Landkreises Karlsruhe
Nicolette Kressl	Regierungspräsidentin des RP Karlsruhe
Günther Leßnerkraus	Ministerialdirigent im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Volker Schaible	Stadtdirektor Landeshauptstadt Stuttgart
Reiner Dehmelt	Bürgermeister der Gemeinde Hügelsheim
Prof. Georg Fundel	Geschäftsführer der Flughafen Stuttgart GmbH
Walter Schoefer	Geschäftsführer der Flughafen Stuttgart GmbH
Margret Mergen	Oberbürgermeisterin der Stadt Baden-Baden
Helmut Pautler	Bürgermeister der Gemeinde Rheinmünster
Hubert Schnurr	Oberbürgermeister der Stadt Bühl
Walter Kortus	Ministerialrat im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats beliefen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 13 T€ (Vj.: 14 T€).

Geschäftsführung

Herr Manfred Jung

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Im Jahresdurchschnitt waren, umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigung ohne Geschäftsführer und ohne Auszubildende, 158 Mitarbeiter beschäftigt (Vj.: 152).

WICHTIGE VERTRÄGE

In der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg, der Flughafen Stuttgart GmbH (FSG) und der Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH (BTG) vom 30.07.2003 haben sich die FSG und die BTG als Gesellschafter der Baden-Airpark GmbH verpflichtet, zu deren Fortentwicklung, insbesondere für Investitionen und Folgekosten in den Jahren 2003 bis 2015 in jährlich gleichen Teilbeträgen Gesellschafterzuschüsse an die Baden-Airpark GmbH in Höhe von insgesamt 114 Mio. € im Verhältnis zwei Drittel (FSG) und zu einem Drittel (BTG) zu leisten.

Mit Datum vom 22.12.2015 haben das Land Baden-Württemberg, die FSG und die BTG eine Fortführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung vom 30.07.2003 abgeschlossen. Die Beteiligten sind sich einig, dass derzeit eine weitere Aufstockung der Kapitalrücklage nicht erforderlich ist. Die noch offene Einzahlungsverpflichtung der BTG in die Kapitalrücklage der BAG in Höhe von 134 TEUR zuzüglich der per 31.12.2015 gebuchten Zinsen in Höhe von 54 TEUR entfällt. Zum Ausgleich einer hierdurch bedingten weiteren Erhöhung der disquotalen Dotierung der Kapitalrücklage wurde die FSG ermächtigt, zulasten der Kapitalrücklage 377 TEUR zu entnehmen.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	172	160	118	245
Sachanlagen	100.483	94.055	87.713	83.388
Finanzanlagen	0	0	0	0
	100.655	94.215	87.831	83.633
Umlaufvermögen				
Vorräte	323	318	232	288
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.436	1.493	34.437	39.619
Flüssige Mittel	38.093	46.606	12.266	7.441
	39.852	48.417	46.935	47.348
Rechnungsabgrenzungsposten	91	98	94	75
Bilanzsumme	140.598	142.730	134.860	131.056
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.050	25.050	25.050	25.050
Kapitalrücklagen	155.231	163.435	163.435	163.435
Verlustvortrag	-40.144	-45.813	-51.804	-59.086
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-5.668	-5.992	-7.282	-3.660
	134.468	136.681	129.399	125.739
Sonderposten für Investitionszuschüsse	3.718	3.350	2.997	2.685
Rückstellungen	829	841	1.012	1.197
Verbindlichkeiten	1.581	1.858	1.450	1.434
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	1
	6.130	6.049	5.461	5.317
Bilanzsumme	140.600	142.730	134.860	131.056

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2015 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	17.293	18.709	18.756	20.245
Andere aktivierte Eigenleistung	100	100	150	100
Sonstige betriebliche Erträge	926	940	1.034	2.513
Betriebliche Erträge	18.319	19.749	19.940	22.858
Materialaufwand	4.701	4.721	4.799	4.716
Personalaufwand	7.178	7.645	8.043	8.534
Abschreibungen	8.526	8.496	8.145	7.359
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.678	4.882	6.244	5.937
Betriebliche Aufwendungen	25.083	25.743	27.231	26.546
Betriebsergebnis	-6.764	-5.994	-7.291	-3.688
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	219	92	88	107
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	83	0	0	0
Finanzergebnis	302	92	88	107
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.462	-5.902	-7.203	-3.581
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-90	-90	-80	-79
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	-5.668	-5.991	-7.283	-3.660

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.407	2.447	462	1.717
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.749	-2.326	-1.802	-1.542
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	6.749	8.392	-33.000	-5.000
Veränderung des Finanzmittelfonds	6.407	8.513	-34.340	-4.825
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	31.686	38.093	46.606	12.266
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	38.093	46.606	12.266	7.441

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGSCHAFTEN DES LANDKREISES KARLSRUHE

Finanzielle Beziehung zum Landkreis Karlsruhe

Der Landkreis leistete 2017 keine Zahlungen an die BAG.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Mit insgesamt 1.249.322 Fluggästen im Geschäftsjahr 2017 steigerte der Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (FKB) die Vorjahreszahlen um 12,2 %. Die Zahl der Flugbewegungen nahm um 4,2 % zu. Den mit Abstand größten Passagieranteil von rd. 60 % hat weiterhin die irische Fluggesellschaft Ryanair, die in 2017 wieder sechs neue Destinationen in ihren Flugplan am FKB ausgenommen hat und damit auch für mehr Incoming-Touristen in der Region sorgt. An zweiter Position steht der Pauschalreiseverkehr über TUIfly, Corendon und weitere Anbieter, gefolgt von Eurowings mit der für die Geschäftswelt wichtigen Verbindung nach Hamburg und für die Privatreisenden nach Mallorca.

In der Gunst der Passagiere steht weiterhin auf Platz 1 Palma de Mallorca mit 240.771 Passagieren. Auf Platz 2 des FKB-Rankings liegt London-Stansted, trotz Brexit mit 121.481 Passagieren und Hamburg mit 84.087 Passagieren gefolgt von Berlin-Tegel mit 70.888 Passagieren.

Die Flugbewegungen stiegen insgesamt um 4,2 %. Die Umsatzerlöse des Profitcenters Flughafen betrugen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt TEUR 11.381.

Der A-Sektor wurde in Rekordzeit baufertig gemacht. Hierzu zählten Rückbauten von Flughafengebäuden, Verlegung und Neubau von Versorgungstrassen und dem Sicherheitszaun des Flughafens. Für den Terminal wurde ein neuer Pächter für die Gastronomie gefunden, welcher ab März 2018 dort tätig sein wird. Im Non-Aviation Bereich gab es Zuwächse durch das Passagierwachstum bei den Umsatzpachten der Reisebüros, der Gastronomie und der Mietwagenfirmen. Bei den Parkierungserlösen ist ein Anstieg von rd. 8,75 % gegenüber dem Plan für 2017 erreicht worden. Im Airpark Business Center wurden zwei Mietbereiche für die neue Dienststelle des Zollamts Baden-Baden mietgerecht ausgebaut.

Die Umsatzerlöse des Profit Center Immobilien betrugen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt TEUR 8.864.

Für die Baufeldfreimachung und die Erschließung des A-Sektors wurden rd. TEUR 1.009 investiert. Als Ersatz ist eine Halle im Sicherheitsbereich für die Bodenverkehrsdienste und die Feuerwehr im Bau. Bis zum 31.12.2017 wurden hier TEUR 774 verbaut, die Fertigstellung ist für April 2018 vorgesehen. Eigenleistungen wurden mit TEUR 100 bilanziert. Das Profit Center Immobilien investierte insgesamt TEUR 2.152 im Jahr 2017.

Die Baden-Airpark GmbH weist seit 2004 durchgehend ein positives Betriebsergebnis vor Abschreibungen, Zinsen und sonstigen Steuern (EBITDA) aus. Im Jahr 2017 betrug das EBITDA 3.671.

Abschreibungen auf das Anlagevermögen wurden in Höhe von TEUR 7.359 vorgenommen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2017 TEUR 125.739. Die Eigenkapitalquote beträgt 95,9 %.

Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR 107 und der sonstigen Steuern in Höhe von TEUR 79 schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresverlust von TEUR 3.660.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage	2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	66,0%	65,1%	63,6%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)	33,9%	34,8%	36,1%
3. Investitionen	2.079 T€	1.936 T€	3.420 T€

II. Finanzlage	2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	95,8%	96,0%	95,9%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)	4,2%	4,0%	2,0%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)	145,1%	147,3%	150,3%

III. Ertragslage ¹⁾	2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)	-32,0%	-38,8%	-18,1%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)	-4,4%	-5,6%	-2,9%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ ((Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 /	-4,2%	-5,3%	-2,8%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)	72,4%	68,9%	76,3%

IV. Personal	2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)	29,6%	29,5%	27,0%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

- Leerseite -

II. 3.1.2

Service Dienste

Landkreis Karlsruhe GmbH



Service Dienste des Landkreises
Karlsruhe GmbH

Im Verbund der Regionalen
Kliniken Holding RKH

ALLGEMEINE ANGABEN

Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH (SDLK)
Robert-Koch-Str. 8
76646 Bruchsal

Tel.: 07251 / 708-5959

Fax: 07251 / 708-5138

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Gesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag vom 07.06.2010, zuletzt geändert durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 13.09.2012. Die Gesellschaft hatte ihren operativen Geschäftsbetrieb zum 01.01.2006 aufgenommen.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erbringung von hauswirtschaftlichen Servicediensten, Verpflegungs- und Gebäudedienstleistungen für Einrichtungen und Gebäude des Landkreises Karlsruhe, insbesondere für die Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH und alle mit der Kliniken des Landkreises Karlsruhe verbundenen Betriebe und Einrichtungen.

Es sind vor allem folgende Leistungen möglich:

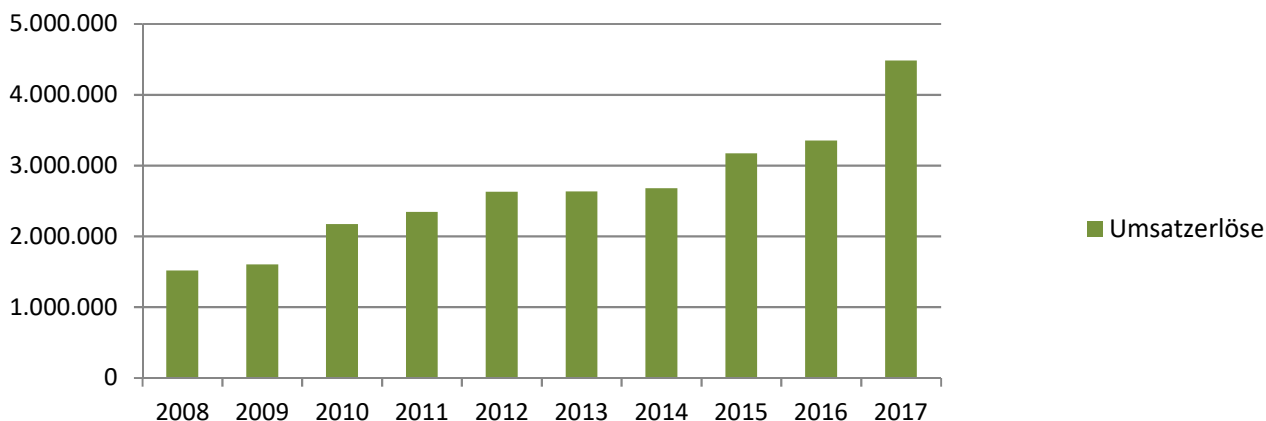
- die Durchführung von Reinigungsleistungen
- hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben
- Küchen- und Verpflegungsdienste
- interne Hol- und Bringdienste

STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die Umsatzerlöse zeigen die in Rechnung gestellten Reinigungsleistungen sowie die Personalgestellung für die Küchen. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich somit in den Umsatzerlösen wider.

Jahr	2014	2015	2016	2017
Umsatzerlöse €	2.680.493	3.173.555	3.350.737	4.482.696
Mitarbeiter Ø ¹⁾	154	175	172	172

Umsatzerlöse



¹⁾ Zahl der durchschnittlichen Mitarbeiter (absolut).

STAMMKAPITAL

Das Stammkapital betrug wie im Vorjahr 25.000,00 €.

GESELLSCHAFTER

Die Gesellschaftsanteile werden zu 100 % von den Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH gehalten.

ANTEILSBESITZ

Die Gesellschaft ist an keinem anderen Unternehmen beteiligt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH

Geschäftsführung

Prof. Dr. Jörg Martin

Axel Hechenberger

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen. Die Auszahlungen erfolgten durch die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH und wurden im Rahmen des Managementvertrages verrechnet.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Zum Stichtag 31.12.2017 waren 172 Mitarbeiter bei der SDLK beschäftigt (Vj.: 170). Im Jahresdurchschnitt ergibt dies 105 Vollzeitkräfte.

WICHTIGE VERTRÄGE

- a) Werkverträge über Reinigungsdienstleistungen zwischen der SDLK und der Rechbergklinik, Bretten sowie der Fürst-Stirum-Klinik, Bruchsal.
- b) Zum 01.04.2013 wurden die Vertragsbeziehungen zur Firma Dorfner umgestellt. Der Managementvertrag beschränkt sich nun auf die Überlassung der Reinigungs- und Waschmaschinen sowie auf Beratungs- und Qualitätsmanagement. Die Objektleitung sowie die Beschaffung der Verbrauchsmaterialien, werden von der SDLK eigenverantwortlich selbst ausgeführt.

VERMÖGENSLAGE

	31.12.14 T€	31.12.15 T€	31.12.16 T€	31.12.17 T€
Aktivseite				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	20	53	59	60
Finanzanlagen	0	0	0	0
	20	53	59	60
Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	112	231	206	314
Flüssige Mittel	276	107	230	501
	388	338	436	815
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	408	392	495	875
Passivseite				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25
Gewinn/Kapitalrücklagen	122	156	161	230
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	34	5	70	81
	181	186	255	336
Rückstellungen	60	37	61	101
Verbindlichkeiten	168	169	178	437
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	1
	228	206	240	539
Bilanzsumme	409	392	495	875

ERTRAGSLAGE

In der folgenden Übersicht wurden die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 zusammengefasst und den Ergebnissen der Jahre 2014 bis 2016 gegenübergestellt.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	2.680	3.174	3.352	4.483
Sonstige betriebliche Erträge	24	23	25	0
Betriebliche Erträge	2.705	3.197	3.377	4.483
Materialaufwand	99	141	106	103
Personalaufwand	2.453	2.920	3.030	3.058
Abschreibungen	3	8	13	14
Sonstige betriebliche Aufwendungen	102	122	129	1.195
Betriebliche Aufwendungen	2.657	3.190	3.279	4.370
Betriebsergebnis	47	7	98	113
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Finanzergebnis	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen	47	7	98	113
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13	2	28	32
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	34	5	70	81

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGschaften DES LANDKREISES KARLSRUHE

Im Rahmen der Eingliederung der Kliniken Landkreis Karlsruhe (KLK) und der Service Dienste Landkreis Karlsruhe (SDLK) in die Regionale Kliniken Holding - RKH GmbH wurde die SDLK eine 100%-ige Tochtergesellschaft der KLK. Infolgedessen ist der Landkreis Karlsruhe nicht mehr unmittelbar an der SDLK beteiligt. Alleiniger Gesellschafter wurde daraufhin die KLK. Der Landkreis erhielt seine entsprechende Stammeinlage von 25.000 € am 30.03.2010 zurück.

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Der Geschäftsverlauf kann insgesamt als planmäßig beschrieben werden.

Durch Betriebsübergang wurde für die Bereiche Bettenaufbereitung und Speiseversorgung die Betriebsführung auf die SDLK übertragen. Die Verantwortung liegt für diese Aufgaben nun in einer Hand was sich positiv auf den Personalbedarf auswirken wird. Durch den Betriebsübergang haben sich sowohl die Umsatzerlöse als auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöht.

Die Umsatzerlöse haben sich dadurch von 3.351.943,16 € in 2016 auf 4.482.891,53 € erhöht. Parallel hierzu ergaben sich erstmalig Kosten für die Personalgestellung der KLK an die SDLK in Höhe von 974.088,62 €. Diese sind den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zugeordnet.

Das Geschäftsjahr 2017 hat die SDLK mit einem Jahresüberschuss von 81.027,33 € (Plan 46.000 € Jahresüberschuss) abgeschlossen. Die Unternehmensplanung konnte somit übererfüllt werden.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

I. Vermögenslage		2015	2016	2017
1. Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)		13,5%	11,9%	6,9%
2. Umlaufintensität (Umlaufvermögen x 100 / Bilanzsumme)		86,2%	88,1%	93,1%
II. Finanzlage		2015	2016	2017
1. Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)		47,4%	51,6%	38,4%
2. Fremdkapitalquote (Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme)		52,6%	48,4%	61,6%
3. Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen)		350,9%	432,7%	560,1%
III. Ertragslage ¹⁾		2015	2016	2017
1. Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Umsatzerlöse)		0,2%	2,1%	1,8%
2. Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital)		2,7%	27,4%	24,1%
3. Gesamtkapitalrentabilität ²⁾ (Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100 / Gesamtkapital)		1,3%	14,1%	9,3%
4. Kostendeckung (Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand)		99,4%	101,4%	101,8%
IV. Personal		2015	2016	2017
1. Personalkostenintensität (Personalkosten x 100 / Gesamtaufwand)		91,5%	91,6%	69,5%

Erläuterungen:

1) Jahresüberschuss nach Steuern vor Abführung oder Verlustübernahme.

2) Gesamtkapital = Bilanzsumme

II. 3.2 Stiftungen

II. 3.2.1 Stiftung Frauenalb

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Stiftung Frauenalb wurde 1959 unter Beteiligung des Landkreises Karlsruhe, den Städten Karlsruhe und Ettlingen gegründet. Mit im Verwaltungsrat der Stiftung vertreten ist auch die Gemeinde Marxzell als Standortgemeinde.

Die Geschäftsführung der Stiftung liegt beim Landratsamt Karlsruhe im Amt für Schulen und öffentlichen Personennahverkehr.

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Stiftung ist die Stiftungssatzung vom 21.10.2011.

STIFTUNGSZWECK

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne von § 52 der Abgabenordnung vom 16.03.1976 (BGBl. I 1976, S. 613). Zweck der Stiftung ist die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege durch das Erhalten der Ruinenteile auf den Grundstücken der Gemarkung Schielberg (Gemeinde Marxzell) die das Anwesen "Frauenalb" bilden und durch den Schutz der Ruinenteile vor weiterem Verfall.

STIFTUNGSVERMÖGEN

Stiftung / Sitz	Stiftungs- vermögen ¹⁾	Anteil des Landkreises Karlsruhe	
Stiftung Frauenalb, Karlsruhe	13.109,48 €	4.195,03 €	32%

1) a) Grundstockvermögen - Sparkonto

5.612,92 €

b) Grundvermögen (Grundstück)

7.496,56 €

Jahresergebnis 2017	
Einnahmen und Ausgaben im laufenden Betrieb	
Einnahmen	39.779,29 €
Ausgaben	37.113,23 €
Saldo	2.666,06 €
Einnahmen und Ausgaben des Denkmalschutzes	
Einnahmen	0,00 €
Ausgaben	0,00 €
Saldo	0,00 €

1) Gemäß Stiftungsrecht sowie aus Vereinfachungsgründen wurde die Darstellung des Jahresergebnis in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe, entgegen der letzten Jahre (kommunale Doppik), auf eine Einnahmen - und Ausgaben Gliederung umgestellt.

ZUSCHÜSSE DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis hatte 2017 an die Stiftung eine Jahresbetriebskostenpauschale i.H.v. 6.500,00 € geleistet.

II. 3.2.2 Stiftung Fürst-Stirum-Hospitalfonds

ALLGEMEINE ANGABEN

Kreisstiftung des Landkreises Karlsruhe "Fürst-Stirum-Hospitalfonds"

Durch Vereinigung der beiden Stiftungen „Barmherziger Brüder Spitalfonds“ und „Barmherziger Schwesternfonds“ wurde im Jahre 1872 die Stiftung „Fürst-Stirum-Hospitalfonds“ in Bruchsal gebildet. Diese weltliche Distrikts-Stiftung wurde zum 01.01.1975 in die Kreisstiftung des Landkreises Karlsruhe „Fürst-Stirum-Hospitalfonds“ umgewandelt. Zweck der Stiftung war die Unterhaltung und der Betrieb eines Krankenhauses in Bruchsal sowie der dazu erforderlichen Einrichtungen.

Die Stiftung war seit Jahren nicht mehr in der Lage, den Stiftungszweck zu erfüllen. Sie hat daher mit Schenkungsvereinbarung vom 15.07.1999 dem Landkreis Karlsruhe das mit dem Krankenhaus Bruchsal zusammenhängende Vermögen für die Unterhaltung und den Betrieb des „Fürst-Stirum-Hospitalfonds“ sowie den dazu erforderlichen Einrichtungen geschenkt.

Die Stiftung wurde wegen ihrer Tradition sowie aus stiftungsrechtlichen Gründen aufrecht erhalten. Die notwendig gewordene Neufassung der Stiftungssatzung ist am 15.07.1999 erfolgt.

Die Verwaltung der Stiftung erfolgt durch die Organe des Landkreises.

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Stiftung ist die Stiftungssatzung vom 15.07.1999.

STIFTUNGSZWECK

Zweck der Stiftung ist nun die Förderung der „Fürst-Stirum-Klinik“ in Bruchsal sowie der dazu erforderlichen Einrichtungen.

STIFTUNGSVERMÖGEN

Stiftung / Sitz	Stiftungs- vermögen ¹⁾
	€
Fürst-Stirum-Hospitalfonds, Bruchsal	2.701.286,83

Erläuterungen:

1) Das Stiftungsvermögen der **Stiftung "Fürst-Stirum-Hospitalfonds"** entspricht der Bilanzsumme im Jahresabschluss.

Jahresergebnis 2017	€
Erträge (ins. Mieten und Pachten/ Zinseinnahmen)	38.797,68
Aufwendungen ²⁾	28.510,15
Summe	10.287,53

2) In den Aufwendungen ist die Ausschüttung an die Fürst-Stirum-Klinik im Jahr 2017 in Höhe von 20.575,06 € (Vj. 20.950,51 €) enthalten.

II. 3.2.3

Stiftung Großherzoglicher Unterstützungsfonds

ALLGEMEINE ANGABEN

Stiftung in der Verwaltung des Landkreises Karlsruhe

Die Stiftung „Großherzoglicher Unterstützungsfonds“ ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts im Sinne der §§ 5 ff. des Stiftungsgesetzes für Baden-Württemberg. Sie entstand mit Wirkung vom 01.01.1979 durch Zusammenlegung der weltlichen Distrikts- und Landesstiftungen „Stiftung des ehemaligen Großherzoglichen Hauses“ und „Allgemeiner Unterstützungs-, Witwen- und Waisenfonds“.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat als Stiftungsbehörde am 20.10.1979 die Stiftung und die vom Kreistag am 12.10.1978 beschlossene Stiftungssatzung genehmigt.

Eine Trennung der Stiftungsrechnung in die Stiftungsteile I „Stiftung des ehemaligen Großherzoglichen Hauses“ und II „Allgemeiner Unterstützungs-, Witwen- und Waisenfonds“ ist nicht mehr erforderlich.

Die Verwaltung der Stiftung erfolgt durch die Organe des Landkreises.

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage der Stiftung ist die Stiftungssatzung vom 15.06.2000.

STIFTUNGSZWECK

Zweck der Stiftung ist gem. § 2 Abs. 1 der Stiftungssatzung in der o. g. Fassung die Unterstützung von im Regierungsbezirk Karlsruhe und Regierungsbezirk Freiburg wohnhaften Personen in besonderen Lebenslagen durch Stiftungszuwendungen (Beihilfen) aus den Erträgen der gesamten Stiftung.

Als Empfänger solcher Zuwendungen kommen nur Personen in Frage, die durch Krankheit, Todesfall und andere Schicksalsschläge überwiegend unverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind und durch Sozialhilfeträger nicht in dem Maße unterstützt werden können, dass sie ihren Lebensbedarf mit eigenen Einkünften sowie Leistungen aus öffentlichen und privaten Quellen selbst bestreiten können.

STIFTUNGSVERMÖGEN

Stiftung / Sitz	Stiftungs- vermögen €
Großherzoglicher Unterstützungsfonds, Bruchsal	1.648.629,48

Jahresergebnis 2017	€
Erträge (Zinserträge)	45.376,43
Aufwendungen	31.974,51
Summe	13.401,92

II. 3.3 Zweckverbände

II. 3.3.1 Eurodistrict PAMINA



ALLGEMEINE ANGABEN

Eurodistrikt PAMINA
Hagenbacherstraße 5A
D-76768 Neulauterburg/Berg

Tel.: 07277 / 89990 20

Email: info@eurodistrict-pamina.eu

Homepage: <http://www.eurodistrict-pamina.eu>

Die Namensgebung PAMINA geht zurück auf den damaligen Sous-Préfet von Wissembourg, M. Sermier. Inspiriert von der gleichnamigen Heldin aus Mozart's Zauberflöte vereinigt der Name PAMINA die drei Haupteinheiten dieses deutsch-französischen geografischen Raumes: PA (Palatinat du Sud - Südpfalz), MI (Mittlerer Oberrhein), NA (Nord Alsace - Nordelsass).

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage des Zweckverbandes ist die Verbandsatzung vom 18.04.1997 in der Fassung vom 12.06.2015.

GEGENSTAND DES ZWECKVERBANDES

Gegenstand des Zweckverbandes ist die Erarbeitung gemeinsamer planerischer Konzepte und Empfehlungen zur Gewährleistung einer mittel- und langfristig kohärenten Entwicklung des PAMINA-Raumes, die Koordination und Förderung der Zusammenarbeit im Alltag, die Informationsvermittlung und Beratung öffentlicher Stellen sowie von Privatpersonen bezüglich grenzüberschreitender Fragen und die Vorbereitung und Betreuung europäischer Programme.

STAMMKAPITAL

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital.

VERBANDSMITGLIEDER

Aus dem nordelsässischen Teilraum Département du Bas-Rhin, die Région Grand Est und die Stadt Haguenau; aus dem badischen Teilraum der Regionalverband Mittlerer Oberrhein, die **Landkreise Karlsruhe** und Rastatt sowie die Städte Karlsruhe, Baden-Baden und Rastatt; aus dem pfälzischen Teilraum der Verband Region Rhein-Neckar, die Landkreise Südliche Weinstraße, Germersheim und Südwestpfalz sowie die Städte Landau und Germersheim.

ORGANE DES ZWECKVERBANDES

Organe des Zweckverbands sind die Versammlungsversammlung, der Präsident, die Vize-Präsidenten und der Vorstand.

Verbandsversammlung

Herr Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und Herr Kreisrat Jens Puchelt wurden vom Kreistag als Vertreter des Landkreises Karlsruhe in die Versammlungsversammlung gewählt.

Vorstand

Herr Rémi Bertrand	Vice-Président du Conseil départ.	Vorsitzender
Herr Dr. Christoph Schnaudigel	Landrat Landkreis Karlsruhe	- 1. Stellvertreter -
Herr Dr. Fritz Brechtel	Landrat Landkreis Germersheim	- 2. Stellvertreter -
Herr Landrat Jürgen Bäuerle	Landkreis Rastatt	
Herr Thomas Hirsch	Oberbürgermeister Stadt Landau	
Frau Stéphanie Kochert	Conseillère départementale du Bas-Rhin	
Herr Dr. Frank Mentrup	Oberbürgermeister Stadt Karlsruhe	
Herr Josef Offele	Regionalverband Mittlerer Oberrhein	
Herr Dietmar Seefeldt	Landkreis Südliche Weinstraße	
Herr Reinhard Scherrer	Bürgermeister Hagenbach	
Herr Hubert Walter	Maire de Reichshoffen	
Frau Etienne Wolf	Vice-Président du Conseil départemental du Bas-Rhin	

HAUSHALTSWIRTSCHAFTLICHE DATEN

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Ausgaben lfd. Betrieb	665	542	456	732
Einnahmen lfd. Betrieb	701	583	583	603
Ausgaben Investivbereich	0	0	0	0
Einnahmen Investivbereich	4	3	3	1
Abschluss	40	44	130	-128
Übertrag aus Vorjahren	17	56	100	230
Restbetrag bei Abschluss des Rechnungsjahrs	57	100	230	102

FINANZIERUNG DES ZWECKVERBANDES

Der Zweckverband finanziert sich hauptsächlich aus Zuwendungen und Zuschüssen sowie dem Jahresbeitrag der Mitglieder.

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGESCHAFTEN DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis hatte an den Zweckverband 2017 folgende Zahlung geleistet:

Mitgliedsbeitrag	24.354,75 €
------------------	-------------

II. 3.3.2 Gewerbepark mit Regionalflyghafen Söilingen

Zweckverband Gewerbepark
mit Regionalflyghafen **Söilingen**



ALLGEMEINE ANGABEN

Zweckverband Gewerbepark mit Regionalflyghafen Söilingen
Victoria Boulevard A 106
77836 Rheinmünster

Tel.: 07229 / 66-1220

Fax: 07229 / 66-1229

Email: zvsoellingen@aol.com

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage des Zweckverbandes ist die Verbandssatzung in der Fassung vom 21.05.2010.

GEGENSTAND DES ZWECKVERBANDES

Der Zweckverband überplant das Verbandsgebiet und vereinnahmt und verwaltet die für die Konversion zur Verfügung gestellten öffentlichen Zuschüsse. Er nimmt für das Verbandsgebiet darüber hinaus alle Aufgaben, Rechte und Pflichten - mit Ausnahme der Flächennutzungsplanung - nach dem Baugesetzbuch und BauGBMaßnahmengesetz sowie nach § 74 Landesbauordnung wahr, die ansonsten die Angelegenheit der Gemeinden Rheinmünster und Hügelsheim wären.

Der Zweckverband übernimmt für das Verbandsgebiet von den Gemeinden Rheinmünster und Hügelsheim die Verpflichtung zur Aufstellung von Grünordnungsplänen nach § 9 des Naturschutzgesetzes Baden-Württemberg.

VERBANDSMITGLIEDER

Verbandsmitglieder sind die Gemeinden Rheinmünster und Hügelsheim, die Städte Baden-Baden, Bühl, Ettlingen, Karlsruhe und die Landkreise Rastatt und Karlsruhe. Weiterhin ist die Industrie- und Handelskammer beratendes Mitglied. Die Gemeinde Sinzheim ist dem Zweckverband im Jahr 2010 beigetreten.

ORGANE DES ZWECKVERBANDES

Organe des Zweckverbands sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter eines jeden Verbandsmitglieds.

Der **Landkreis Karlsruhe** wird in der Verbandsversammlung durch den **Landrat** vertreten.

Verbandsvorsitzender

Herr Bürgermeister Reiner Dehmelt (ab 01.03.2014), Gemeinde

Herr Bürgermeister Helmut Pautler (ab 01.03.2014), Gemeinde

Herr Landrat Jürgen Bäuerle, Landkreis Rastatt

- Vorsitzender -

- 1. Stellvertreter -

- 2. Stellvertreter -

Geschäftsführung

Herr Werner Messinger (Geschäftsführer)

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Der Verband beschäftigt neben dem Geschäftsführer eine Teilzeitkraft.

HAUSHALTSWIRTSCHAFTLICHE DATEN

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Verwaltungshaushalt	1.721	1.374	1.414	1.812
Vermögenshaushalt	70	70	71	74
Gesamthaushalt	1.791	1.444	1.485	1.886
Jahresüberschuss	1.444	1.149	1.118	1.522

FINANZIERUNG DES ZWECKVERBANDES

Der Zweckverband finanziert sich hauptsächlich aus der abgeführten Gewerbesteuer der Gemeinden Hügelsheim und Rheinmünster sowie Einnahmen aus der Kapitalumlage von Verbandsmitgliedern und den Schuldendiensthilfen von Gemeinden und Gemeindeverbänden.

KAPITALZUFÜHRUNG/-ENTNAHMEN, GESELLSCHAFTERZUSCHÜSSE UND BÜRGSCHAFTEN DES LANDKREISES KARLSRUHE

Der Landkreis Karlsruhe leistete 2017 keine Zahlung an den Zweckverband.

	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Jahresüberschuss	1.444,13	1.148,79	1.117,57	1.522,21
Ausschüttung an die Verbandsmitglieder	1.444,13	1.148,79	1.117,57	1.522,21
Gewinnausschüttung an den Landkreis Karlsruhe	40,08	34,95	31,12	22,40

GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS 2017 UND AKTUELLE KURZDARSTELLUNG

Nach Abwicklung der Vorgänge im Verwaltungshaushalt ergibt sich eine mögliche Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt von 1.811.932,17 €. Die Gewerbesteuer hat einen Anstieg von TEUR 416 zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr ist das Aufkommen um 32,8 % gestiegen.

Das Jahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss von 1.522.214 € ab.

BILANZ- UND SONSTIGE KENNZAHLEN

Auf die Ausweisung der Kennzahlen wurde aufgrund der kameralen Haushaltsführung des Zweckverbandes verzichtet.

II. 3.3.3 Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken, Karlsruhe



ALLGEMEINE ANGABEN

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIV BF)

Pfannkuchstr. 4

76185 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 9529 - 0

Email: mail@kivbf.de

Homepage: www.kivbf.de

Der Zweckverband ist aus dem ehemaligen Zweckverband „Regionales Rechenzentrum Franken - Unterer Neckar“ hervorgegangen. Dieser Zweckverband hat mit Wirkung vom 1. Januar 2003 seinen Namen in „Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken“ geändert und seinen Sitz nach Karlsruhe verlegt. Die Mitglieder der ehemaligen Zweckverbände „Kommunale Datenverarbeitung Südlicher Oberrhein“ und „Regionales Rechenzentrum Karlsruhe“ sind diesem Zweckverband mit Wirkung zum 1. Januar 2003 beigetreten. Betriebsstätten befinden sich in Freiburg, Heidelberg, Heilbronn und Karlsruhe.

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage des Zweckverbandes ist die Verbandssatzung in der Fassung vom 29.06.2001, zuletzt geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 15.12.2011.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Erledigung der ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der automatisierten Datenverarbeitung im hoheitlichen Bereich. Dazu gehören der Betrieb von Leistungszentren für Dienstleistungen der automatisierten Datenverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen, die Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der automatisierten Datenverarbeitung, der Betrieb von Rechnern, die Beratung über Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung sowie die Schulung von Mitarbeitern.

STAMMKAPITAL

Die Gesellschaft verfügt über kein Stammkapital. Die Allgemeine Rücklage der KIVBF beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2016 6.758.909,05 EUR. Der Anteil des Landkreises Karlsruhe beträgt **145.664,19 EUR**. Dies entspricht einem Anteil von rd. 2,155 Prozent.

ORGANE DES ZWECKVERBANDES

Organe des KIV BF sind gemäß § 5 der Verbandssatzung:

a) Die Verbandsversammlung

b) Der Verbandsvorsitzende

Herr Landrat Stefan Dallinger

c) Der Verwaltungsrat

d) Die Geschäftsführung

Herr William Schmitt

II. 3.3.4

Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken, Mosbach



ALLGEMEINE ANGABEN

Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ZTN)
Breitenau 3
74736 Hardheim

Tel.: 06283 / 22 12 -0
Fax: 06283 / 22 12 12

Email: info@ztn-neckar-franken.de
Homepage: www.ztn-neckar-franken.de

Derzeit gibt es in Baden-Württemberg drei Tierkörperbeseitigungsanstalten (Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken in Hardheim, Zweckverband PROTEC Orsingen und Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen). Die Stadt Mannheim und der Rhein-Neckar-Kreis sind Hessen zugeordnet.

Durch das Ausführungsgesetz zum Tierkörperbeseitigungsgesetz wurden im Jahr 1978 die Stadt- und Landkreise zur Übernahme der bis dahin landeseigenen Tierkörperbeseitigungsanstalten verpflichtet (Kreise als beseitigungspflichtige Körperschaften). Der Einzugsbereich der Tierkörperbeseitigungsanstalten wurde durch Rechtsverordnung geregelt. Der Landkreis Karlsruhe war ab Gründung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung Karlsruhe Mitglied in diesem Zweckverband. Der Zweckverband wurde zum 31.12.1989 wegen Unwirtschaftlichkeit aufgelöst. Die Mitglieder wurden vom Zweckverband Tierkörperbeseitigung Neckar-Franken, Mosbach (TBA Hardheim) zum 01.01.1990 aufgenommen. Seit Juli 2005 wurde der Zweckverband umbenannt in Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ZTN).

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage des Zweckverbandes ist die Verbandssatzung vom 05.12.1984 in der Fassung vom 22.05.2006.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Der Zweckverband erfüllt in seinem Verbandsgebiet unter Beachtung der Gesichtspunkte des Umweltschutzes und unter Beachtung der tierseuchen- und hygienerechtlichen Vorschriften die Aufgaben der beseitigungspflichtigen Körperschaften i.S.v. § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes und zur Änderung lebensmittelrechtlicher Ausführungsvorschriften vom 14. Dezember 2004.

STAMMKAPITAL

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital.

VERBANDSMITGLIEDER

Die Stadtkreise Baden-Baden, Heilbronn, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim und Stuttgart und die **Landkreise** Enzkreis, Heilbronn, Hohenlohekreis, **Karlsruhe**, Ludwigsburg, Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis, Ostalbkreis, Rastatt, Rems-Murr-Kreis, Schwäbisch Hall sowie Miltenberg (Bayern).

ANTEILSBESITZ

Der Zweckverband ist an anderen Unternehmen nicht beteiligt.

ORGANE DES ZWECKVERBANDES

Organe des ZTN sind die Verbandsversammlung und die Geschäftsführung.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Landräten der beteiligten Landkreise und den Oberbürgermeistern der beteiligten Stadtkreise.

Der **Landkreis Karlsruhe** wird in der Verbandsversammlung durch den Landrat vertreten.

Geschäftsführung

Herr Elmar Dumbacher

Herr Eberhard Meder (Stv. Geschäftsführer)

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

WICHTIGE VERTRÄGE

Vertrag zwischen den drei o. g. Zweckverbänden über die künftige Kooperation (Kooperationsvertrag) vom 23.01.2007.

II. 3.3.5

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar, Mannheim

ALLGEMEINE ANGABEN

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (ZRN)

B1, 3-5

68159 Mannheim

Tel.: 0621 / 107 70-0

Fax: 0621 / 107 70-170

Email: info@vrn.de

Homepage: www.vrn.de

Der ZRN mit Sitz in Mannheim ist ein von drei Bundesländern und 24 kommunalen Gebietskörperschaften gebildeter Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (GKZ) für Baden-Württemberg.

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Grundlage des Zweckverbandes ist die Verbandssatzung vom 14.12.1995 in der Fassung vom 22.06.2017.

GEGENSTAND DES ZWECKVERBANDES

Der Zweckverband hat die Aufgabe, für das Verbandsgebiet die Grundsätze nach Artikel 2 des Grundvertrages für den Verkehrsverbund Rhein-Neckar zu verwirklichen, insbesondere den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern und zu unterstützen sowie die gemeinsamen Belange zu vertreten, den Verkehrsverbund weiterzuentwickeln und auf Dauer nach Maßgabe der Satzung sowie des Grundvertrags mitzufinanzieren, im Rahmen seiner Kompetenzen verkehrspolitische Leitlinien für die Verkehrsinfrastruktur und die Verkehrsbedienung festzulegen und fortzuschreiben, einen Rahmen für die Nahverkehrspläne der kommunalen Mitglieder vorzugeben und zur Koordination der Nahverkehrspläne der Mitglieder durch Entscheidung über den Ausgleich einander widersprechender oder miteinander unvereinbarer Vorgaben einen gemeinsamen Nahverkehrsplan aufzustellen, im Auftrag seiner kommunalen Mitglieder die Funktion des Aufgabenträgers und der zuständigen Behörde nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 für den öffentlichen Personennahverkehr wahrzunehmen, soweit ihm diese übertragen ist, als Gesellschafter einer Verbundgesellschaft im Rahmen der abgeschlossenen Verträge die Verkehrsplanung, das Leistungsangebot, den Tarif, die Einnahmenaufteilung sowie die Verbundinformation mit Fahrplan, das Verbundmarketing, die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung für den Verbundverkehr mitzugestalten und weitere ihm durch gesonderte Vereinbarung übertragene Planungen oder Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs wahrzunehmen.

STAMMKAPITAL

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital sondern lediglich über eine Allgemeine Rücklage.

VERBANDSMITGLIEDER

Die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz, der Main-Tauber-Kreis, der Neckar-Odenwald-Kreis und der Rhein-Neckar-Kreis, die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim, der Kreis Bergstraße, die Landkreise Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz, Donnersbergkreis und Rhein-Pfalz sowie die kreisfreien Städte Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen/Rh., Neustadt/Wstr., Pirmasens, Speyer, Worms und Zweibrücken.

Ursprünglich war die Stadt Waghäusel Mitglied des ZRN (seit 01.10.1985). Die Gemeinden Bad Schönborn und Oberhausen-Rheinhausen hatten lediglich Kooperationsverträge mit dem ZRN (26./27.03.1992). Nachdem der **Landkreis Karlsruhe** 1993 die volle Angebots- und Finanzverantwortung für den ÖPNV übernommen hat, übernahm er damit auch die Zahlungsverpflichtungen der Gemeinden. Der Kreistag beschloss am 09.02.1995, dem ZRN ab dem 01.01.1995 als **Gastmitglied** beizutreten.

ANTEILSBESITZ

Zur Wahrnehmung der Aufgaben der Verbandsverwaltung bedient sich der Zweckverband der Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN), deren Alleingesellschafter er ist.

ORGANE DES ZWECKVERBANDES

Organe des ZRN sind die Verbandsversammlung und der Verbandvorsitzende.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der o. g. Mitglieder.

Der **Landkreis Karlsruhe** ist als Gastmitglied berechtigt zu allen Beratungen der Verbandsversammlung einen Vertreter/in zu entsenden, der/die an den Beratungen ohne Stimmrecht teilnimmt. Der Kreis kann außerdem eine/n Stellvertreter/in und eine/n weitere/n Vertreter/in benennen, die ebenfalls berechtigt sind, an den Beratungen der Verbandsversammlung des ZRN ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Vertreter des **Landkreises Karlsruhe**:

Herr Felix Geider	Kreisrat des Landkreises Karlsruhe	Vertreter
Herr Gerd Rinck	Kreisrat des Landkreises Karlsruhe	Stellvertreter
Herr Ragnar Watteroth	Kreiskämmerer des Landkreises	weiterer Vertreter

Verbandvorsitzende

Der Verbandvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und Leiter der Verbandsverwaltung und vertritt den Zweckverband.

Herr Erster Bürgermeister Christian Specht	Stadt Mannheim	- Vorsitzender -
Herr Landrat Dr. Winfried Hirschberger	Kreis Kusel	- Stellvertreter -
Herr Landrat Winfried Werner	Donnersbergkreis	- Stellvertreter -
Herr Landrat Matthias Wilkes	Kreis Bergstraße	- Stellvertreter -
Herr Erster Bürgermeister Bernd Stadel	Stadt Heidelberg	- Stellvertreter -

Geschäftsführung des VRN

Herr Volkhard Malik

Bezüglich der Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird die Befreiung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

III. Sonstige Mitgliedschaften

Lfd. Nr.	Einrichtung / Verein	Zuständigkeit	Beitrag 2017
			€
1	Landkreistag Baden-Württemberg	Büro des Landrats	154.632,48
2	Kommunaler Arbeitgeberverband	Büro des Landrats	6.147,60
3	Europa-Union	Büro des Landrats	100,00
4	Gesellschaft der Akademie für wissenschaftl. Weiterbildung	Personal und Organisation	255,00
5	Förderverein des Generallandesarchives e. V.	Schulen und öffentlicher Personennahverkehr	50,00
6	Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit	Schulen und öffentlicher Personennahverkehr	0,00
7	Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.	Schulen und öffentlicher Personennahverkehr	225,00
8	KGSt	Büro des Landrats	11.331,87
9	Verkehrswacht im Stadt- u. Landkreis Karlsruhe e.V.	Straßenverkehr, Ordnung und Recht	20,00
10	Verkehrswacht Bruchsal-Bretten e.V.	Straßenverkehr, Ordnung und Recht	76,70
11	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA)	Umwelt und Arbeitsschutz	427,00
12	Altlastenforum Baden-Württemberg e.V.	Umwelt und Arbeitsschutz	162,00
13	Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V.	Grundsatz und Soziales	200,00
14	Badische Landesbühne e.V.	Schulen und öffentlicher Personennahverkehr	71.246,17
15	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	Grundsatz und Soziales	1.888,52
16	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	Grundsatz und Soziales	3.799,00
17	Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe	Jugendamt	240,00
18	Kommunale AG zur Bekämpfung der Schnakenplage	Kämmerei	32.560,00
19	AMSEL-Förderkreis	Gesundheit	385,00
	Übertrag		283.746,34

Lfd. Nr.	Einrichtung / Verein	Zuständigkeit	Beitrag 2017
			€
	Übertrag		283.746,34
20	Cyber-Forum e.V.	Büro des Landrats	4.635,00
21	Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord	Büro des Landrats	2.670,00
22	Naturpark Stromberg-Heuchelberg	Büro des Landrats	2.761,08
23	Bundesverband Boden e. V. Berlin	Umwelt und Arbeitsschutz	220,00
24	Deutscher Verein der Gas- und Wasserwirtschaft Köln (DVWG)	Umwelt und Arbeitsschutz	250,00
25	Arbeitsgemeinschaft für gesch. Landeskunde am Oberrhein	Schulen und öffentlicher Personennahverkehr	45,00
26	Badische -Südbrasilianische Gesellschaft e.V.	Schulen und öffentlicher Personennahverkehr	150,00
27	Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V.	Grundsatz und Soziales	550,00
28	Förderverein Kultur im Kloster e.V.	Schulen und Kultur	150,00
29	Arbeitsgemeinschaft für fahrradfreundliche Kommunen	Büro des Landrats	3.000,00
30	Fachverband der Standesbeamtinnen & Standesbeamten B.W.	Straßenverkehr, Ordnung und Recht	175,00
31	Schülerakademie Karlsruhe e.V.	Schulen und öffentlicher Personennahverkehr	14.000,00
32	Arbeitskreis Heimatpflege Regierungsbezirk Karlsruhe e.V.	Schulen und öffentlicher Personennahverkehr	51,00
33	LEADER-Kraichgau ³⁾	Büro des Landrats	0,00
34	Rat der Gemeinden und Regionen Europas RGRE ⁴⁾	Büro des Landrats	0,00
35	Eltern und Freunde für Inklusion e.V.	Grundsatz und Soziales	50,00
36	Gesellschaft für Kunststoffe im Landbau e.V.	Landwirtschaftsamt	30,00
37	Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V.	Landwirtschaftsamt	100,00
	Übertrag		312.583,42

Lfd. Nr.	Einrichtung / Verein	Zuständigkeit	Beitrag 2017
			€
	Übertrag		312.583,42
38	Deutsches Jugendherbergswerk Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e.V. (DJH)	Grundsatz und Soziales	36,00
39	Institut für europäische Politik (IEP e.V.)	Grundsatz und Soziales	24,00
40	Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene e.V. (DGKH)	Gesundheit	188,00
	Summe der sonstigen Mitgliedschaften		312.831,42
41	Verband kommunaler Abfallwirtschaft und Stadtreinigung in Verband kommunaler Unternehmen e. V. ¹⁾	Eigenbetrieb Abfallwirtschaft	10.960,00
	Summe Mitgliedsbeiträge des Eigenbetriebs		10.960,00
42	Badischer Gemeinde-Versicherungsverband, Karlsruhe ²⁾	Kämmerei	6.200,00
	Summe Stammkapital		6.200,00
43	Obst und Gemüse Absatzgenossenschaft eG, Bruchsal ³⁾	Landwirtschaft	0,00
	Summe Geschäftsanteile zum 31.12.2017		0,00

Erläuterungen:

- 1) Diese Mitgliedschaft des Landkreises Karlsruhe wird durch den Eigenbetrieb AWB begründet und im Wirtschaftsplan geführt.
- 2) Gemäß § 5 der Satzung des BGV beträgt der Anteil am Stammkapital für jedes Mitglied 50 € je angefangenen 5.000 € seiner jährlich geleisteten Beiträge. Die Höhe des gehaltenen Stammkapitals variiert demnach jährlich. Zum 31.12.2016 betrug das Stammkapital des Landkreises Karlsruhe 6.200 € (Vj: 5.600 €). Im Jahr 2017 erfolgte somit eine Stammkapitalzahlung von 600 € an den BGV.
- 3) Die Einzahlungen sind bereits in Vorjahren in voller Höhe erfolgt. Es erfolgten keine Zahlungen im Geschäftsjahr 2017.
- 4) Am Rat der Gemeinden und Regionen Europas RGRE ist der Landkreis Karlsruhe über den Landkreistag-BW mittelbar Mitglied. Der Mitgliedsbeitrag wird insgesamt für alle Landkreise vom Landkreistag-BW getragen.